Antragsheft 3 - Änderungsanträge

Änderungsanträge zu L01 2
Änderungsanträge das gesamte Programm betreffend 2
Änderungsanträge die Einleitung betreffend 3
Anträge zum Kapitel Menschen zuerst 7
Anträge zum Kapitel Wohnungen für die Menschen: bezahlbar und gemeinnützig 8
Änderungsanträge zum Kapitel Gutes Leben auf dem Land 16
Änderungsanträge zum Kapitel Aktionsplan gegen Armut 19
Änderungsanträge zum Kapitel Gesundheitsversorgung: bedarfsorientiert und nah am Menschen 19
Änderungsanträge zum Kapitel Bildung für alle 31
Änderungsanträge zum Kapitel Arbeit, die zum Leben passt 40
Änderungsantrag zu einem neuen Unterkapitel Gute Arbeit – Gute Rente 44
Änderungsanträge zum Kapitel: Kultur – Medien – Sport: für eine demokratische und vielfältige Gesellschaft 45
Änderungsanträge zum Kapitel zukunftsfähige Finanzierung 48
Änderungsanträge für Kapitel: Solidarische Migrationsgesellschaft 49
Änderungsanträge zum Kapitel Linker Feminismus 52
Änderungsantrag zum neuen Kapitel Kindheit 54
Änderungsantrag zum Kapitel Jugend 57
Änderungsanträge zum Kapitel Selbstbestimmte Behindertenpolitik 59
Änderungsantrag zum Kapitel Weltanschaulich frei 60
Änderungsantrag zum Kapitel Klimaschutz 61
Änderungsanträge zum Kapitel Sozial-ökologische Transformation der Automobilindustrie 62
Änderungsanträge zum Kapitel Verkehrswende: nachhaltig und sozial 67
Änderungsanträge zum Kapitel Für eine echte Energiewende 78
Änderungsanträge zum Kapitel Sozial-ökologische Land- und Forstwirtschaft, Arten und Tierschutz 79
Änderungsanträge im Kapitel Konsequent für Frieden 82
Änderungsanträge zum Kapitel Grundrechte schützen 85
Änderungsanträge zum Kapitel Rechtsstaatlichkeit sichern 86
Änderungsanträge zum Kapitel Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen 87
Änderungsanträge zum Kapitel Ehrenamt fördern 89

Änderungsanträge zum Abschluss 90
Änderungsanträge zu P1 91
Änderungsanträge zu I1 92
Änderungsanträge zu I2 92

Änderungsanträge zu L01

Änderungsanträge das gesamte Programm betreffend

ÄA 1 -L01: gesamtes Landtagsprogramm
Antragsteller*in: KV Emmendingen
Ersetzen von Gender „*“ durch „:“

Im Entwurf für das Landtagswahlprogramm werden alle Gendersternchen (Bsp. „Genoss*innen“) durch Genderdoppelpunkte ersetzt (Bsp. „Genoss:innen“)

Begründung: Zur besseren Zugänglichkeit des Programms, beispielsweise durch Vorleseprogramme, empfiehlt sich die Verwendung von Doppelpunkten.

ÄA 2-L01 : gesamtes Landtagswahlprogramm
Antragsteller*in: KV Heidenheim
Ersetzen des Begriff Klimakrise

Dass der Begriff Klimakrise mit dem Begriff Klimakatastrophe im Landtagswahlprogramm ersetzt wird.

Begründung des Antrages:
Laut den Studien, Messungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen, ist die Bezeichnung der aktuellen Situation des Klimawandels für die Menschen nicht Klimakrise sondern Klimakatastrophe. Durch das Verwenden der Begrifflichkeit Krise wird die Situation verharmlost und fördert die Verdrängung des Themas.

ÄA 3-L01 : ohne Zeilenangabe
Antragsteller*in: KV Heidenheim
Dass eine Definition des Begriffs „Genossenschaft“ mit in das Landtagswahlprogramm aufgenommen wird.

Begründung des Antrages:

Sicherstellung, dass der Begriff Genossenschaft richtig aufgefasst und verstanden wird, da in anderen Anträgen Genossenschaften im Landtagswahlprogramm aufgeführt werden, um demokratische Unternehmen zu stärken.

Änderungsanträge die Einleitung betreffend

ÄA 4-L01: Z 65-134
Antragsteller: KV Freiburg
Änderungen in der Einleitung

Liebe Wähler~~*innen,~~in*, lieber Wähler*
die Menschen in Baden-Württemberg – das heißt, auch Du – halten dieses Land am Laufen. Sie stehen morgens früh auf, ~~fahren ins Geschäft,~~ bringen die Kinder in die Kita, pflegen ihre Eltern. Sie arbeiten als Erzieher*innen und in der Pflege, stehen am Band oder an der Kasse, liefern Pakete und Essen aus ~~oder stehen an der Kasse~~. Sie engagieren sich in Vereinen, im Chor, bei der Feuerwehr – ~~doch viel zu oft bleibt dafür neben dem Job keine Zeit~~ oft trotz voller Arbeitswochen und knapper Zeit. Ob mit oder ohne Beschäftigung, ob gesund oder krank, ob alleinerziehend oder nicht – alle tragen Verantwortung und leisten Beiträge für die Gesellschaft in unserem Land.
Ohne ~~diese~~ die Menschen im Land - ohne Dich - gäbe es kein Daimler und kein Porsche, ohne sie wären unsere Kühlschränke leer und die Kinderbetreuung nicht organisiert. Sie erarbeiten den Reichtum in diesem Land und trotzdem können sich ~~trotzdem nicht mehr~~ viele ihre Miete nicht mehr leisten. Sie sind die Menschen, die dieses Land ausmachen und sich viel zu oft abgehängt fühlen, weil der Bus nicht mehr in den Ort fährt, der letzte Laden im Dorf geschlossen hat und der Arzt seit Monaten keinen freien Termin hat. Arbeitnehmer*innen, Menschen ohne Wohnung, Menschen mit Behinderungen oder schweren Erkrankungen, Familien, Alleinerziehende brauchen verlässliche Perspektiven und Unterstützung.
Die Politik macht Versprechungen, aber Verbesserungen ~~gibt es seit Jahren~~ sind für die große Mehrheit im Land keine in Sicht. Seit 15 Jahren wird das Land ~~die Landesregierung~~ von den Grünen im Wechsel mit SPD und CDU ~~geführt~~ regiert. Die Bilanz fällt für die Menschen im Land nicht gut aus. Gegen die Abwanderung von Arbeitsplätzen in der Automobilindustrie hat die Landesregierung genauso wenig Ideen wie gegen den Fachkräftemangel in der Pflege.
Bezahlbarer Wohnraum wird immer mehr zur Mangelware. Die Landesregierung hat zwar neue Ministerposten geschaffen, aber keine bezahlbare Wohnungen. Seit 20 Jahren wird im Kultusministerium ein Softwarefehler übersehen, der dazu führt, dass über 1.400 Lehrkräfte fehlen - mit fatalen Folgen für die Kinder in diesem Land. Die Regierung macht ihren Job nicht und erwartet von den Menschen, dass sie länger arbeiten und später in Rente gehen.

Immer mehr Menschen können sich im Alltag immer weniger leisten, während sich der Reichtum in den Händen von einigen wenigen einzelnen konzentriert. ~~Die v~~Viele~~n~~ Menschen, die unser Land tragen ~~Baden-Württemberg ausmachen~~, werden nicht gerecht am Reichtum dieser Gesellschaft beteiligt. Die Chancen junger Menschen und ihr Bildungserfolg hängen stärker vom Elternhaus als von der eigenen Leistung ab. Wer nicht erbt, ~~für den bleibt ein~~ kann von einem Eigenheim ~~meist ein unerfüllter Traum~~ nur träumen.
Die Menschen in Baden-Württemberg werden von dieser Politik nicht gesehen und nicht gehört. Diese Menschen werden im Landtag von keiner Partei vertreten, aber sie sind nicht alleine. Wir, die Linke Baden-Württemberg, sind wie viele Menschen in diesem Land davon überzeugt:, ~~dass es einen Politikwechsel für~~ Baden-Württemberg braucht einen Politikwechsel.
Wir wollen mit Dir zusammen dieser Politikwechsel sein!
Wir wollen eine Politik für die Menschen in den Landtag von Baden-Württemberg ~~eine Politik für die Menschen~~ bringen: Eine Politik, die nicht spaltet, sondern die Probleme angeht. Eine Politik, die wirklich zuhört und Demokratie ernst meint. Eine Politik, die sich mit den Konzernen und Aktionären anlegt, die sich auf unsere Kosten bereichern und sich glaubhaft für konkrete Verbesserungen für die Mehrheit der Menschen einsetzt.
Wir sind davon überzeugt, dass es keinen Unterschied machen darf, wo Du herkommst, welches Geschlecht Du hast und ob du eine Behinderung hast oder nicht. Alle Menschen sollten die gleichen Chancen auf ein gutes und selbstbestimmtes Leben in Würde und Frieden haben. Diese grundlegenden Menschenrechte sind noch immer nicht verwirklicht und das wollen wir ändern. Wir wollen ein Baden-Württemberg für alle!
Das heißt für uns, dass jeder Mensch sozial abgesichert ~~ist~~ sein und keine Angst vor der Zukunft haben muss. Jeder Mensch hat das Recht auf einen sicheren Arbeitsplatz und eine bezahlbare und sichere Wohnung. Sie sind die Voraussetzung dafür selbstbestimmt zu leben. Nicht immer läuft im Leben alles nach Plan, deshalb setzen wir uns für soziale Garantien für alle ein. In einem reichen Land wie Baden-Württemberg ~~sollte~~ muss eine gute und erreichbare Gesundheitsversorgung, verlässliche und kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Universität, Bus und Bahn, die in jeden Ort fahren, Kultur, Sport und Medien für alle selbstverständlich sein. Mit unserem Aktionsplan gegen Armut wollen wir Armut in Baden-Württemberg abschaffen.
Wir blicken mit großer Sorge auf den Rechtsruck im Land. Rechte Politik bedroht unsere Leben und die Demokratie. Sie macht Dein Leben nicht besser, sondern nutzt nur den Reichen.
Wir ~~sind überzeugt, dass es~~ wollen mehr demokratische Mitbestimmung im Alltag und im Arbeitsleben ~~braucht~~. Um gute Arbeitsplätze im Industriestandort Baden-Württemberg zu sichern, haben wir ein Konzept für eine sozial-ökologische Transformation der Automobilindustrie zur einer nachhaltigen Mobilitätsindustrie. Wir bauen den ÖPNV aus und schaffen gleichzeitig Hunderttausende neue Jobs im Ausbau der

Infrastruktur und in der Produktion von Bus und Bahn. Den Vorstoß der Landes-regierung, die strauchelnde Automobilindustrie durch die Ausweitung der Rüstungsproduktion abzusichern, lehnen wir ganz entschieden ab. Es braucht soziale Antworten gegen die Klimakrise, die niemanden zurücklässt und unsere Lebensgrundlage schützt.
Wir bringen Deine Interessen und die Interessen aller Menschen ohne Lobby ~~bringen wir~~ in den Landtag. Damit dort endlich ~~die Stimmen der~~ die vielen Menschen in Baden-Württemberg gehört werden, die ein gutes Leben für sich, für ihre Kinder und Enkelkinder wünschen, ohne nach unten zu treten.
...
Begründung:
Die ursprüngliche Einleitung fokussiert sich zu Beginn zu sehr auf Menschen, die in Lohnarbeit stehen – Menschen ohne Arbeit, Menschen mit Behinderung oder kranke Menschen sind nicht benannt und damit ausgeschlossen. Die vorgeschlagenen Änderungen sollen dieses Manko beheben.
Die Einleitung soll die Menschen direkt ansprechen. Die ursprüngliche Anrede „Liebe Wähler*innen“ entspricht nicht der Anrede „Du“ [Zeile 105]. Es soll von Anfang an klar sein, dass wir die Wählerin* und den Wähler* als Einzelperson meinen, daher wollen wir sie auch so ansprechen.
Weitere Änderungen sind redaktioneller Natur.

ÄA 5-L01: Z 83-88
Antragsteller*in: LAG 60+links
Einfügen in Z 88:

Bezahlbarer Wohnraum wird immer mehr zur Mangelware. Die Landesregierung hat zwar neue Ministerposten geschaffen, aber keine bezahlbare Wohnungen. 20 Jahre lang wird im Kultusministerium ein Softwarefehler übersehen, der dazu führt, dass über 1.400 Lehrkräfte fehlen – mit fatalen Folgen für die Kinder in diesem Land. Die Regierung macht ihren Job nicht und erwartet von den Menschen, dass sie länger arbeiten und später in Rente gehen. Baden-Württemberg ist reich, aber bei vielen Rentner*innen reicht die Rente nicht zum Leben. Frauen bekommen durchschnittlich 950 € Rente Männer 1.553 €.

ÄA 6-L01: Z 87
Antragsteller*in:
Antikapitalistische Linke (AKL):
Einfügen in Z 87

Die Regierung macht ihren Job ~~nicht~~ im Interesse der Unternehmen und Konzerne gegen die abhängig Beschäftigten und erwartet von den Menschen, dass sie länger arbeiten und später in Rente gehen.

Ansprechperson: Werner Ott

ÄA 7-L01 :Z 91
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Nebensatz in Zeile 91 ersetzen

Die vielen Menschen, die Baden-Württemberg ausmachen, ~~werden nicht gerecht am Reichtum dieser Gesellschaft beteiligt~~ haben nichts von dem Reichtum der Gesellschaft, den sie selbst erarbeiten.

Ansprechperson: Werner Ott

ÄA 8-L01: Z 99
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
In Zeile 99 einfügen

Wir wollen mit Dir zusammen dieser Politikwechsel sein und wir können ihn nur mit dir, mit euch gemeinsam erkämpfen, denn mit dem Parlament allein werden wir die ungerechten Verhältnisse nicht ändern!

Ansprechperson: Werner Ott

ÄA 9-L01 : Z 118
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Zeile 118 „abschaffen“ ändern in „bekämpfen“

Mit unserem Aktionsplan gegen Armut wollen wir Armut in Baden-Württemberg ~~abschaffen~~ bekämpfen.

Ansprechperson: Werner Ott

ÄA 10-L01: Z122
Antragsteller*in OV Cannstatt
Zeile 122 und 123 ersetzen durch:

~~Wir sind überzeugt, dass es mehr demokratische Mitbestimmung im Alltag und im Arbeitsleben braucht.~~ Wir sind überzeugt, dass die Ursache von Arbeitsplatzvernichtung, Betriebsschließungen, Klimakatstrophe, Kriegen, Flucht, Hunger und Elend ihre Ursache im krisenhaften und zerstörerischen kapitalistischen System liegen. Es beruht auf Profitproduktion und Konkurrenzkampf. Deshalb verbinden wir Gegenwehr gegen Angriffe von Seiten des Kapitals und seiner Parteien mit dem Kampf für die Überwindung des Kapitalismus. Unser Ziel ist eine sozialistische Demokratie. Banken und Konzerne müssen in Gemeineigentum überführt werden. Diejenigen, die den gesamten gesellschaftlichen Reichtum erarbeiten müssen demokratisch über Produktion und Verteilung entscheiden. Statt um den Profit geht es dann um die Bedürfnisse von Mensch und Natur. Statt Konkurrenzkampf gibt es Kooperation und

Solidarität.

ÄA 11-L01 : Z 130
Antragsteller*in: Sebastian Böhm
Ergänzung nach Zeile 130

Und ja, da wo die Lebensgrundlagen und Gesundheit von Kindern und noch Ungeborenen durch Artensterben und Ewigkeitschemikalien bedroht sind, braucht es auch eine vollumfängliche Regulierung und einen wirksamen Schutz.

Begründung:
Ein Experte aus unseren Reihen wies mich darauf hin, dass die massive Bedrohung durch Ewigkeitschemikalien (PFAS/TFA) im Programmentwurf bislang fehlt. Dieses Thema hat gerade in jüngster Zeit eine gesellschaftliche und mediale Dynamik entwickelt, die bei der ursprünglichen Aufstellung des Programms so noch nicht absehbar war. Jüngste Reportagen, wie "Gefahr im Trinkwasser" von ZDF/Die Spur, zeigen die Brisanz für die öffentliche Gesundheit. Gleichzeitig reagiert die Industrie – so wird der Chemiekonzern Solvay zum 1. Januar 2026 konzernweit aus dem Geschäft mit PFAS aussteigen. Umso wichtiger ist es, dass wir als LINKE hierzu eine klare Haltung zeigen.

ÄA 12-L01 : Z 136
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Nach Zeile 136 einfügen:

Keine leeren Versprechungen mehr. Stattdessen unser Versprechen: Wir sind nicht käuflich und vertreten Deine Interessen auch nach der Wahl. Unsere Landtagsabgeordneten behalten von den üppigen Abgeordnetendiäten (Stand 1.7.2025 9.322 plus 2.169 Euro für die Rentenversicherung) nur einen Durchschnittslohn des jeweiligen Vorjahres (derzeit 2.950 Euro netto monatlich). Der Betrag darüber geht als Abgabe an die Partei sowie in einen Fonds für soziale Bewegungen und andere Projekte, die den Zielen der Partei dienen, linke Strukturen aufzubauen und den gesellschaftlichen Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung stärken.

Ansprechperson: Werner Ott

Anträge zum Kapitel Menschen zuerst

ÄA 13-L01: Z 138
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Überschrift ersetzen
Zeile 138 „Menschen zuerst“ ersetzen durch: „Für die Menschen, nicht für den Profit. Linke Opposition in den Landtag“

~~Menschen zuerst.~~ Für die Menschen, nicht für den Profit. Linke Opposition in den Landtag

Ansprechperson: Werner Ott

Anträge zum Kapitel Wohnungen für die Menschen: bezahlbar und gemeinnützig

ÄA 14-L01: Z 138 (es müsste Z 139 gemeint sein?)
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Zeile 138 ersetzen durch „Keine Profite mit der Miete – bezahlbare Wohnungen für alle“

~~Wohnungen für die Menschen: bezahlbar und gemeinnützig~~ Keine Profite mit der Miete – bezahlbare Wohnungen für alle

Ansprechperson: Ursel Beck

ÄA 15-L01: Z 144-148
Antragsteller: KV Freiburg
Änderungen in Z 145

Doch dieses Recht müssen sich insbesondere Menschen mit niedrigem Einkommen teuer erkaufen, laut statistischem Bundesamt müssen viele Haushalte~~, viele müssen~~ 50 Prozent und mehr von ihrem monatlichen Haushaltseinkommen für Miete ausgeben oder finden gar keinen bezahlbaren Wohnraum. Wohngeld lindert die Misere nur bedingt und dient vor allem der Subventionierung hoher Mieten.

Begründung: Angabe einer geeigneten Quelle an dieser Stelle aus meiner Sicht notwendig. Es gibt weitere Stellen, an denen es notwendig wäre, aber hier besonders.

ÄA 16-L01: Z 157
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Zwischen Zeile 157 und 158 einfügen:

Das erreichen sie durch teure neue Apartments, Luxussanierungen und spekulativem Leerstand. Ein Interesse an mehr bezahlbarem Wohnraum haben sie nicht.

Der Zensus 2022 hat ergeben, dass in Baden-Württemberg insgesamt 236.214 Wohnungen leer stehen, davon 130.000 länger als ein Jahr. Hinzu

kommen hunderttausende Quadratmeter Leerstand bei Bürogebäuden. Allein in der Landeshauptstadt Stuttgart gibt es um die 500.000 Quadratmeter nicht genutzte Büroflächen. Auf der anderen Seite gibt es immer mehr Obdach- und Wohnungslose. Geflüchtete werden in Containerbauten oder sogar Turnhallen untergebracht. Laut Angaben der Liga der freien Wohlfahrtspflege wurden Anfang 2025 in Baden-Württemberg insgesamt 13.394 Personen in Einrichtungen der Wohnungsnotfallhilfe betreut.

Eine Studie des Mannheimer Zentrums für europäische Sozialforschung (2025) zeigt, dass mit steigenden Mieten auch die Zustimmung zu rechten Parteien steigt.

Begründung:
Die Spekulation mit Immobilien treibt seine Blüten in immer mehr Leerstand bei Wohnungen und Büros. Dies muss die Linke skandalisieren. Es ein Ausdruck der wachsenden Schere zwischen Arm und Reich und der Verschwendung von Ressourcen.

Ansprechperson: Ursel Beck

ÄA 17-L01 : Z 166
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Zeile 166 und 167. Letzten Satz streichen.

Zwar wurden die Mittel des Landes zur sozialen Wohnraumförderung zuletzt aufgestockt, doch aufgrund der auslaufenden Bindungen, kamen in der Summe nur wenige Wohnungen hinzu~~. Hier besteht ein enormer Nachholbedarf.~~

Ansprechperson: Ursel Beck

ÄA 18-L01: Z 179
Antragsteller*in: LAG 60+links
Ergänzung in Z 179

Wir wollen die Rechte von Mieter*innen stärken.

Je älter die Menschen werden, umso mehr Zeit verbringen sie in der eigenen Wohnung, die zunehmend zum Lebensmittelpunkt wird. Die Bedeutung des Wohnens und des Wohnumfeldes nehmen somit im Alter zu. Wir setzen uns für die Stärkung der Rechte von älteren Mieter*innen ein.

Wohnungslose Menschen müssen zuallererst mit Wohnraum versorgt werden.

Wohnungslosigkeit ist kein Ordnungsproblem – sie ist Ausdruck politischer Fehlentscheidungen. Die Linke kämpft dafür, dass alle Menschen in Baden-Württemberg das Recht auf ein Zuhause haben – ohne Ausgrenzung, Zwang oder Stigmatisierung.

ÄA 19-L01: Z 180
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Zeile 180 bis 186 ersetzen durch:

~~Wohnungslosigkeit ist kein Ordnungsproblem – sie ist Ausdruck politischer Fehlentscheidungen. Die Linke kämpft dafür, dass alle Menschen in Baden-Württemberg das Recht auf ein Zuhause haben – ohne Ausgrenzung, Zwang oder Stigmatisierung.~~

~~Wir wollen den Immobilienhaien und den Mietprofiteuren das Handwerk legen. Das Wohnen muss wieder zurück in die öffentliche Hand kommen und gemeinnützig sowie demokratisch organisiert werden. Nur so kann Spekulation mit Boden und Immobilien Einhalt geboten werden.~~

Der Kapitalismus war schon immer unfähig die Mehrheit der städtischen Bevölkerung mit ausreichend bezahlbaren Wohnungen zu versorgen. Die Krise des Kapitalismus verschärft die Wohnungskrise dramatisch. Immobilien sind zu einem bevorzugten Spekulationsobjekt für die Reichen und Superreichen und den von ihnen gefüllten Immobilienfonds geworden. Der Staat hat diese Entwicklung mit entsprechenden Gesetzen und der Privatisierung von einst öffentlichen Wohnungen befördert. Das kapitalistische System wird bestimmt von Profitlogik und Konkurrenzkampf. Dieses System wollen wir abschaffen. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die Überführung aller Immobilienunternehmen mit mehr als 3.000 Wohnungen in Gemeineigentum durch Enteignung und die demokratische Verwaltung durch Mieter:innen und Kommunen. Dann können die Mieten um den Profitanteil abgesenkt werden. Bei der VONOVIA könnten die Kaltmieten dadurch z.B. um 30% abgesenkt werden.

Begründung:
Die tiefere Ursache der Wohnungskrise besteht darin, dass im Kapitalismus Wohnungen nicht für Mieter:innen gebaut, sondern für den Profit. Parteien, die den Kapitalismus aufrechterhalten wollen (AfD, CDU, FDP, SPD, Grüne) machen Politik fürs Kapital und begünstigen Profitmacherei mit Vermietung und Spekulation. Die Linke hat die Aufgabe zu erklären, dass der Kapitalismus verantwortlich ist für den Mietenwahnsinn und die Wohnungsnot. Wir können das nicht einfach mit falscher Politik erklären. Für die kapitalistischen Verhältnisse machen die anderen Parteien die richtige Wohnungspolitik. Diesen Zusammenhang müssen wir erklären.

Ansprechperson: Ursel Beck

ÄA 20-L01 : Z 186
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Nach Zeile 186 einfügen:

Wir kämpfen an der Seite der Mieter:innen gegen Mieterhöhungen, überhöhte Betriebs- und Heizkosten, für die Durchsetzung von Mieter:innenrechten, gegen Leerstand und Immobilienspekulation. Linke-Mitglieder sind auch aktiv in Mieterinitiativen. Denn entscheidend für die Durchsetzung von Mieter:inneninteressen ist die Selbstorganisation und Selbstermächtigung der Mieter:innen, die kollektive Gegenwehr bis hin zu Mietstreiks. Wir werden unsere Präsenz im Landtag nutzen, um die Mietenbewegung mit einem Teil unserer finanziellen Ressourcen zu unterstützen, Mieter:innen eine Stimme zu geben und außer- und parlamentarischen Druck aufbauen.

Begründung:
Wir können nicht so tun, als ob wir mit unserer Präsenz im Landtag oder Bundestag über Anträge in Bezug auf Mietendeckel oder bezahlbare Wohnungen irgendwas erreichen könnten. Entscheidend ist der außerparlamentarische Widerstand der Mieter:innen, unterstützt von den Gewerkschaften. In Spanien sind im April 2025 in 42 Städten 200.000 Mieter:innen gegen zu hohe Mieten und Wohnungsnot auf die Straße gegangen. Im Kampf gegen zu hohe Mieten werden in Spanien auch Mietzahlungen verweigert. Auch in einem Sudierendenwohnheim im österreichischen Linz haben sich Studierende im Frühjahr 2025 geweigert, die volle Miete zu bezahlen.

Ansprechperson: Ursel Beck

ÄA 21-L01 : Z 190
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Zeile 190 bis 195 ersetzen durch

Deshalb wird Die Linke im nächsten Landtag ein Konzept „Wohnen und Mieten“ vorlegen mit folgenden zentralen Punkten:

- ~~Mietrecht reformieren und Mieter*innen stärken – Mietwucher und Leerstand bekämpfen~~
- ~~20.000 Sozialwohnungen jährlich schaffen – öffentlich, dauerhaft mietpreisgebunden, gemeinwohlorientiert, gut erreichbar und barrierefrei~~
- ~~Mieterhöhung stoppen – solidarische Wohnraumversorgung stärken!~~
- ~~Wohnen muss beheizbar bleiben.~~
- Runter mit den Mieten durch Abkehr vom Marktmietsystem und Mietspiegel. Für die Einführung einer an den Kosten orientierten reglementierte und kontrollierten Miete (Kostenmiete)

- Überführung aller privaten Immobilienunternehmen mit mehr als 3.000 Wohnungen und des spekulativen Leerstands bei Wohnungen und Büros in Gemeineigentum durch Enteignung. Entschädigung darf es nur für Kleinaktionäre geben. Die privatisierten 21.500 ehemaligen Wohnungen der LBBW und viele andere gehören in öffentliche Hand.
- Baugrundstücke, die trotz Baugenehmigung nicht bebaut werden, müssen ebenfalls enteignet und von den Kommunen mit preisgünstigen Wohnungen bebaut werden.
- Schaffung von 20.000 Gemeindewohnungen mit einer Quadratmetermiete von 6 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter nach dem Vorbild des Wiener Gemeindebaus in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts.
- Die Abriss-Neubaupolitik muss gestoppt werden. Bauen muss im Bestand erfolgen.
- Keine Versiegelung von weiteren Flächen durch Neubau. Stattdessen müssen bereits versiegelte Flächen (Parkplätze, Straßen) überbaut und bestehende Häuser aufgestockt werden.
- Umbau von Bestandswohnungen in barrierefreie und barrierearme Wohnungen
- Mehr Wohnraum für alternative Wohnformen (Mehrgenerationenhäuser, Wohngemeinschaften) und besonders schutzbedürftige Menschen wie von Gewalt betroffene Frauen und FLINTA* in Wohnungsnot
- Mietschulden dürfen nicht zu Zwangsräumungen führen

Begründung:
Wir brauchen klare antikapitalistische Forderungen. Wenn wir sagen „keine Profite mit der Miete“ ist das auch eine Absage an den Mietspiegel, weil er nur Marktmieten wiederspiegelt und ein Miet(erhöhungs)spiegel ist und hohe Gewinne für die Vermieter in den Mietspiegelpreisen enthalten sind.
Wir sollten nicht Sozialwohnungen fordern, sondern Gemeindebau. Sozialwohnungen bedeuten heute, dass Fördergelder bezahlt werden an Investoren und sie dann eine bestimmte Zahl von Sozialwohnungen mit einer bestimmten Laufzeit bauen. Würde die Laufzeit unbeschränkt sein, würden sie gar keine bauen. Früher galt bei Sozialwohnungen die Kostenmiete. Vermieter mussten die Baukosten offen legen. Es wurden bestimmte Kostenansätze für Instandhaltung und eine begrenzte Verzinsung des Kapitals angesetzt. Heute gibt es diese Begrenzung nicht mehr. Die Mieten von Sozialwohnungen orientieren sich heute an Marktmieten bzw. dem Mietspiegel. In Stuttgart darf eine neu gebaute Sozialwohnung aktuell 9,50 Euro kosten, das sind 30% unter dem Mietspiegel. Die Miete darf alle zwei Jahre um 5% steigen. Was ist daran noch sozial? Die Kommunen sollen selber kommunale Wohnungen bauen auf eigenen Grundstücken oder Grundstücken von Land und Bund mit Mieten von 6 Euro Kaltmiete.

Ansprechperson: Ursel Beck

ÄA 22-L01 : Z 202
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Zeile 202 bis 204 streichen

~~**Rückkauf statt Privatisierung:** Ehemals privatisierte Wohnungsbestände in öffentliches Eigentum durch ein landeseigenes Ankaufsprogramm zurückführen. 21.500 ehemaligen Wohnungen der LBBW gehören in die öffentliche Hand.~~

Begründung:
Die Rückkaufforderung macht keinen Sinn, weil die VONOVIA nicht verkauft. Sie verkauft nur einen Teil ihrer marode Bestände zu völlig überhöhten Preisen und macht damit nochmal Gewinn. Das lehnen wir ab.
Ansprechperson: Ursel Beck

ÄA 23-L02: Z 202
Antragsteller*in: OV Cannstatt
Z. 202-204 ersetzen durch

Überführung der ehemals 21.500 Wohnungen der LBBW und aller Immobilienunternehmen mit mehr als 3.000 Wohnungen in Gemeineigentum (Landes- und/oder kommunales Eigentum). Absenkung der Mieten um den Profitanteil und demokratische Verwaltung und Kontrolle dieser Wohnungen durch gewählte Vertreter von Mieter:innen, Beschäftigten, Gewerkschaften und der Bevölkerung vor Ort. Entschädigung darf es nur für Kleinaktionäre geben.

Begründung
Die Rückkaufforderung macht keinen Sinn, weil VONOVIA u.a. Immobilienkonzerne ihre Immobilienbestände nicht freiwillig verkaufen bzw. nur zu einem Preis mit dem sie mehr Profit machen als mit der Vermietung. Die Erfahrung ist, dass nur marode Bestände zu überhöhten Preisen an die Kommunen verkauft werden. Deshalb muss die Überführung in Gemeineigentum durchgesetzt werden. Entschädigung nur für Kleinaktionäre stand bereits im Wahlprogramm der Linken zur Bundestagswahl 2025.

ÄA 24-L01 : Z 231
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Zeile 231 bis 234 streichen

- ~~**Verbindliche Mietspiegel aufstellen,** für alle Städte über 25.000 Einwohner*innen. Dabei müssen bestehende Mietverhältnisse~~

~~zwingend in die Berechnung einfließen. Alternative Wohnformen wie z. B. Wohngemeinschaften sollen dabei als eine Wohnung gelten.~~

Begründung:
Mietspiegel widerspiegeln Marktmieten und entsprechen nicht der Forderung „Keine Profite mit der Miete“.

Ansprechperson: Ursel Beck

ÄA 25-L01: Z 242
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Zeile 242 streichen

- ~~Recht auf Wohnen in der Landesverfassung verankern~~

Begründung:
Es nützt uns überhaupt nichts, wenn das in der Landesverfassung steht. Abgesehen davon gibt es dafür im nächsten Landtag keine Mehrheit. In Bayern steht in Art. 106 der Landesverfassung: „Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung“. Dieser Anspruch wird aber nicht eingelöst und wird im Kapitalismus auch nie eingelöst werden.
Ansprechperson: Ursel Beck

ÄA 26-L01: Z 246
Antragsteller: KV Freiburg
Ergänzung in Z 246

- Bundesweiter Mietendeckel jetzt! – Die Linke Baden-Württemberg setzt sich auf Bundesebenes für die Einführung eines Mietendeckels ein.

ÄA 27-L01: Z 246-248
Antragsteller: KV Freiburg
Änderungen in Z 246-248

- Stärkung der Mieter*innen~~-R~~rechte ~~z. B.~~: B~~b~~ei Mietwucher ~~und~~ soll nicht mehr die Notlage nachgewiesen werden müssen, damit die öffentliche Behörde dagegen vorgehen kann, Eigenbedarfskündigungen wesentlich erschwert werden. Kommunen sollen mehr Befugnisse bei Leerstand und Zweckentfremdung erhalten.

ÄA 28-L01: Z 249
Antragsteller*in: LAG 60+links
Ergänzung in Z 249

- Für Menschen über 70 Jahre ist ein Sonderkündigungsschutz und Räumungsverbot im Mietrecht zu regeln. Wohngeld ist in einfacher Form und zeitnah zur Verfügung zu stellen.

ÄA 29-L01: Z 304
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Nach Zeile 304 weitere Forderung einfügen:

- Die EnBW und alle anderen Energiekonzerne sowie die Netzbetreiber müssen in gemeinnütziges Gemeineigentum überführt und demokratisch von gewählten Vertreter:innen der Belegschaft, von ver.di und Verbrauchern verwaltet und kontrolliert werden. Die Gewinne und Ressourcen dieser Konzerne müssen zur Senkung der Energiepreise und zum Aufbau einer dezentralen erneuerbaren Energieversorgung genutzt werden.

Begründung:
Die EnBW und alle anderen Energiekonzerne sowie die Netzbetreiber blockieren die dezentrale erneuerbare Energieversorgung, weil sie ihre Profite bedroht. Allein die EnBW hat 2024 einen operativen Gewinn von 4,9 Milliarden Euro eingefahren. Obwohl die EnBW zu 90% in der Hand der öffentlichen Hand ist (Land Baden-Württemberg und Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke) wird sie als Aktiengesellschaft von nicht kontrollierten Managern geführt. Als solches agiert sie als Abzocker gegenüber den Verbrauchern, Lohndrücker gegenüber der Belegschaft und Blockierer der dezentralen erneuerbaren Energieerzeugung. Ihre gewaltigen Investitionen dienen nicht dem Ausbau der dezentralen Energieversorgung, sondern zum Erhalt der Monopolstellung bei der Erzeugung und dem Verkauf von Energie im Interesse der Maximierung der Profite und hoher Managergehälter.

Ansprechperson: Ursel Beck

ÄA 30-L01: Z 318
Antragsteller*in: KV Tübingen
Ergänzung nach Z 318

Keinen Wohnraum vernichten: Wir wollen sanieren statt neu bauen – sozial gerecht und ökologisch. Graue Energie in den Gebäuden wollen wir weiter nutzen, statt Wohnraum abzureißen. Deshalb fordern wir eine Genehmigungspflicht, die nur in begründeten Ausnahmefällen den Abriss von Gebäuden erlaubt. Wir schließen uns den Architektenkammern und den Architekten for Future an, die eine Umbauordnung fordern, denn das heutige Baurecht ist immer noch vor allem auf den Neubau ausgerichtet. Auch die Landeswohnraumförderung sollte sich auf die Förderung der Umwandlung von nicht sozial gebundenen Mietwohnungen in sozial gebundene Mietwohnungen fokussieren, um klimaschädlichen Neubau zu reduzieren.

Begründung: Es gibt bereits eine Landesförderung für die Umwandlung von nicht mietpreisgebundenem Wohnraum in mietpreisgebundenen Wohnraum. Wenn das noch viel mehr passiert in Baden-Württemberg, würde mit weniger Neubau mehr sozialer Wohnraum geschaffen, durch bessere Verteilung von Wohnraum würde eventuell sogar insgesamt Wohnraum geschaffen.

Änderungsanträge zum Kapitel Gutes Leben auf dem Land

ÄA 31-L01: Z 324
Antragsteller*in: KV Heidenheim
Ersetzung des Kapitels zum ländlichen Raum (Z. 324-383)
Rund **34 %** der Menschen in Baden-Württemberg leben im ländlichen Raum – sie erwirtschaften etwa ein Drittel der Wirtschaftsleistung des Landes. Unsere Dörfer und Kleinstädte sind lebenswerte Orte mit eigener Kultur und Wirtschaft. Dennoch fühlen sich viele ländliche Regionen abgehängt. Der demografische Wandel trifft sie hart: Junge Menschen ziehen oft weg, weil Ausbildungs- und Kulturangebote fehlen; Ältere bleiben zurück und kämpfen mit immer dünnerer Infrastruktur. Bus- und Bahnverbindungen wurden ausgedünnt, viele Gemeinden haben keinen Arzt mehr vor Ort – geschätzt fehlen rund **1000 Hausärzt*innen** im Bundesland, besonders spürbar in den ländlichen Gebieten. Häufig gibt es kein Krankenhaus in zumutbarer Nähe, kein Gymnasium im Umkreis.
Schnelles Internet und Mobilfunk sind ebenfalls nicht überall selbstverständlich: Baden-Württemberg liegt bei Glasfaseranschlüssen bei einer Abdeckung von nur **12 %** aller Gebäude auf dem letzten Platz aller Flächenländer. Diese digitale Kluft benachteiligt ländliche Räume bei Firmensiedlungen und Homeoffice-Möglichkeiten.
Auch finanziell sind viele ländliche Kommunen klamm. Die Gemeinden müssen Kitas, Schulen, ÖPNV, Kultur etc. stemmen, haben aber oft geringere Einnahmen. 2024 verbuchten die baden-württembergischen Kommunen mit **fast 3 Mrd. € Defizit** das größte Minus ihrer Geschichte. Wenn gespart werden muss, trifft es häufig die „freiwilligen Leistungen" – etwa Jugendarbeit, Bibliotheken, Schwimmbäder – was die Lebensqualität vor Ort weiter senkt.
Unser Anspruch muss sein: **Gleichwertige Lebensverhältnisse** in Stadt und Land. Das Grundgesetz verpflichtet uns dazu. Es darf keine „zweite Klasse" von Bürger*innen geben, nur weil sie auf dem Dorf wohnen. Ein Dorf ohne Arzt, ohne Nahverkehr, ohne Laden – dort bleiben irgendwann nur noch die, die müssen. Diese Spirale wollen wir durchbrechen.
Ländliche Regionen haben enorme Potenziale – Lebensqualität, Natur, Gemeinschaft – die es zu stärken gilt.
Der Ansatz der Linken
Wir setzen auf eine **aktive Regionalpolitik**, die Kooperation statt Konkurrenz fördert. Stadt und Land dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden – sie sollen sich ergänzen. Unser Ansatz umfasst:

- **Infrastrukturgarantie für jede Region:** Jeder Bewohnerin, egal wo, muss grundlegende Daseinsvorsorge in erreichbarer Nähe haben: Gesundheitsversorgung, Bildung, Mobilität, digitale Anbindung. Wo der Markt versagt, muss das Land fördern oder selbst eingreifen – etwa durch Landarzt-Programme, kreisübergreifende Mobilitätskonzepte oder Breitband-Ausbau bis in den letzten Weiler.
- **Landesförderung regional gerecht verteilen:** Weg von der einseitigen Bevorzugung der Boomstädte, hin zu fairem Ausgleich. Wir wollen einen Regionalfonds einrichten, der strukturschwachen Gegenden gezielt Mittel für Zukunftsprojekte gibt. Die Kommunalfinanzen werden wir stärken, z.B. durch Anhebung des kommunalen Anteils am Steuerverbund und eine Aufgaben-Kosten Kopplung. Das heißt, wenn das Land Aufgaben überträgt, dann soll es auch dafür bezahlen. Kommunen sollen so handlungsfähig bleiben, ohne z.B. Bäder oder Museen schließen zu müssen.
- **Wirtschaft vor Ort stärken:** Wir setzen auf mittelständische Betriebe, Handwerk sowie soziale und ökologische Unternehmen in der Fläche. Das Land soll Gründungen im Ländlichen Raum erleichtern (Beratung, Mikrokredite, Förderprogramme), insbesondere für genossenschaftliche Unternehmen. Wir möchten die Landwirtschaft regionalisieren: Direktvermarktung und Bio-Landbau fördern, damit Wertschöpfung in der Region bleibt. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien schafft zudem Arbeitsplätze auf dem Land – diese Chancen wollen wir heben, z.B. mit Bürgerenergie-Genossenschaften.
- **Kultur und Leben auf dem Land fördern:** Dorfleben muss attraktiv bleiben. Wir wollen **Kultur für alle** – auch außerhalb der Städte: mehr mobile Angebote wie beispielsweise Kinomobile, Bücherbusse, Wandertheater sowie Unterstützung für Vereine und Jugendtreffs. Wir setzen uns dafür ein, dass es in jedem Landkreis Jugend- und Sportangebote gibt. Wenn Geld knapp ist, kürzen viele Kommunen als erstes bei Kultur und Jugendeinrichtungen – dem treten wir entgegen mit höheren Landeszuschüssen und Notfallprogrammen. Auch den Ausbau von Nachtbussen am Wochenende fördern wir, damit alle sicher nach Hause kommen.

Unser Leitbild ist die **gleichwertige Entwicklung** aller Landesteile. Dafür wollen wir einen Pakt zwischen Stadt und Land: Metropolen und ländliche Räume arbeiten zusammen, lernen voneinander und teilen Ressourcen. Große Städte können z.B. Patenschaften übernehmen – etwa ein Kulturprojekt gemeinsam mit Umlandgemeinden betreiben. Das Land soll solch einen Austausch moderieren und finanziell unterstützen.
Konkrete Maßnahmen:

- **Landesprogramm „Regionalentwicklung 2.0“:** Auflage eines Programms, das strukturschwachen Regionen gezielt Mittel für Projekte bereitstellt (z.B. Reaktivierung von Gewerbebrachen, Innovationszentren, kulturelle Begegnungsstätten). Kommunen bewerben sich mit Ideen, ein Landesbeirat entscheidet. Ziel: Pro

Regierungsbezirk mindestens ein Pilotprojekt pro Jahr.

- **Kommunale Finanzen stärken:** Wir reformieren den **Kommunalen Finanzausgleich (FAG)**. Konkret: Anhebung des Gemeindeanteils am Steuerverbund um mindestens 2 Mrd. € jährlich und eine konsequente Aufgaben-Kosten Kopplung. Ziel: Insbesondere finanzschwache Landkreise und Gemeinden erhalten mehr Spielraum. Maßnahme: Gesetzesnovelle FAG, Schaffung einer unabhängigen Schlichtungsstelle für Kostenübertragungsfälle.
- **Breitband und Mobilfunk für alle:** Gründung einer **Landesbreitband-GmbH** (ggf. gemeinsam mit kommunalen Netzgesellschaften), die den Ausbau in weißen Flecken selbst in die Hand nimmt, bei der private Anbieter nicht investieren. Finanzierung über Landesmittel und Kredite, Rückfluss über langfristige Nutzungsentgelte – ein Modell, das z.B. im Kreis Altenkirchen erfolgreich praktiziert wird. Ziel: **100 % Gigabit-Abdeckung bis 2030** – kein Haushalt bleibt offline. Ebenso setzen wir uns im Bund für verbindliche Mobilfunk-Versorgungsauflagen ein (100 % Abdeckung bis 2028). Ziel: Keine Funklöcher mehr.
- **Landärzte und Gesundheitszentren:** Ausweitung des Landarzt-Programms: Stipendien für Medizinstudierende, die sich verpflichten, nach dem Examen einige Jahre auf dem Land zu praktizieren. Zusätzlich Förderung von Gemeindeschwester- und Telemedizin-Modellen, damit auch Orte ohne Arzt zumindest übergangsweise eine Grundversorgung haben (z.B. regelmäßige Sprechstunden per Telemedizin mit Assistenz vor Ort). Ziel: Jeder Landkreis soll eine Ärzteversorgung von mind. 1 Hausarzt pro 1.600 Einwohner erreichen (aktuell fehlen ~1000 Hausärzte im Land).
- **Mobilität im ländlichen Raum:** Neben der landesweiten Mobilitätsgarantie unterstützen wir in jedem Landkreis mit Bedarf ein **Bürgerbus-Programm**. Ehrenamtlich organisierte Kleinbusse können Taktlücken im ÖPNV schließen; das Land fördert Fahrzeuge und Betrieb. Außerdem setzen wir uns für flächendeckende Rufbus- und Sammeltaxi-Systeme in den Abendstunden ein. Ziel: Kein Dorf ohne Anschluss – 24/7 soll zumindest ein Rufmobil erreichbar sein.
- **Regionale Wirtschaftsförderung:** Wir richten beim Wirtschaftsministerium eine **Stabsstelle Ländliche Wirtschaft** ein, die gezielt Unternehmen unterstützt sich auf dem Land niederzulassen (Beratung zu Förderprogrammen, Standortsuche). Existenzgründerinnen auf dem Land erhalten einen Bonus: ihre Investitionsförderung wird um z.B. 10 % erhöht gegenüber Gründungen, die in der Stadt statt finden. Wer seinen Betrieb genossenschaftlich organisiert, kann höhere Förderungen erhalten. Ziel: Mehr Arbeitsplätze vor Ort, weniger Abwanderung junger Menschen, Förderung der Mitbestimmung der Arbeiter:innen durch genossenschaftlich organisierte Betriebe.
- **Wohnen und Bauen im Dorfkern:** Das Land fördert Modellprojekte für **Neue Dorfzentren** – etwa die Umnutzung leerstehender

Gebäude zu Wohnraum, Co-Working-Spaces, Dorfläden oder Ärztehäusern. Im Landeswohnungsbauprogramm wird ein fester Anteil der Fördermittel für ländliche Kommunen reserviert, damit auch dort sozialer Wohnungsbau entsteht. Ziel: Belebte Ortskerne – **kein Dorf ohne Grundversorgung** (Bäcker, Lebensmittelgeschäft, Treffpunkt).

Begründung des Antrages:
Im aktuellen Entwurf des Landtagswahlprogramm sind einige der angegeben inhaltlichen Punkte unterrepräsentiert.

Änderungsanträge zum Kapitel Aktionsplan gegen Armut

ÄA 32-L01: Z420
Antragsteller*in: Heidi Scharf
Ersetzen

~~Frauenberufe~~ Berufe in denen mehrheitlich Frauen arbeiten besser eingruppieren.

ÄA 33-L01 : Z 427
Antragsteller*in: KV Mannheim
Forderungspunkt nach Zeile 427 Hinzufügen

- Recht auf Arbeit: die Umsetzung eines Rechtsanspruchs auf Arbeit, sodass allen Menschen die bei Anlaufstellen des Staates nach Arbeit fragen eine armutsfeste Stelle in ihrer Nähe zur Verfügung gestellt werden muss.

Änderungsanträge zum Kapitel Gesundheitsversorgung: bedarfsorientiert und nah am Menschen

ÄA 34-L01 : Z 440
Antragsteller*in: Antikapitalistische Linke (AKL)
Ergänzung in Z 440

Unser Gesundheitssystem ist besorgniserregend krank: Termine bei Fachärzten sind als gesetzlich versicherte Person schwer zu bekommen

Begründung: Privatversicherte bekommen sehr viel schneller (Fach)arzttermine, da diese häufig auf gesonderte Privatsprechstunden anbieten
Ansprechperson: Yele-Sia Kemmer

ÄA 35-L01: Z 442

Antragsteller*in: KV Emmendingen
Ergänzung in Z 442

Unser Gesundheitssystem ist besorgniserregend krank: Termine bei Fachärzten sind schwer zu bekommen; die Notfallversorgung durch die Rettungsdienste ist in einem beklagenswerten Zustand; Notfallpraxen, Apotheken, Abteilungen oder ganze Krankenhäuser schließen. Die Menschen müssen oft lange auf Behandlungen warten und auch weite Wege sowie eine schlechte Versorgungsqualität in Kauf nehmen.

ÄA 36-L01: Z. 445
Antragsteller*in: KV Tübingen
Ergänzung in Z. 445

Die Menschen müssen oft lange auf Behandlungen warten und auch weite Wege sowie eine schlechte Versorgungsqualität in Kauf nehmen. Im psychiatrischen Bereich wird zunehmend auf mehr Zwang und Kontrolle gesetzt, anstatt auf für Patient:innen hilfreiche Unterstützung. Im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarn sind die Menschen hier häufiger krank und sterben früher, trotz

ÄA 37-L01: Z. 447
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Z 447-449 ändern

Im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarn sind die Menschen hier häufiger krank und sterben früher, trotz hoher Ausgaben für das Gesundheitssystem. Personalmangel und Arbeitsbedingungen, die krank machen, sind ein Teufelskreis, ~~den wir~~ dem wir mit einer guten Krankenhausplanung und einer gezielten Ausbildungsoffensive und Rückwerbekampagne für Pflegekräfte, die aus ihrem Beruf ausgestiegen sind~~, beenden wollen.~~ begegnen wollen. Dass er wirklich beendet werden kann, dafür ist die Abschaffung des kapitalistischen Wettbewerbs- und Profitprinzips Im Gesundheitswesen notwendig.

Begründung:
man muss dem Pflegenotstand und Personalmangel im gesamten Gesundheitswesen schnell begegnen, allerdings wird diese Situation sich nur wirklich verbessern in dem kapitalistische Interessen nicht mehr verwirklicht werden können.

Ansprechperson: Yele-Sia Kemmer

ÄA 38-L01: Z. 450
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Z 450-451 bis „zusteht“ ändern in:

~~Gesundheit ist ein wichtiges Gut und gehört nicht verramscht. Gesundheit~~

~~ist ein Menschenrecht, das allen uneingeschränkt zusteht.~~ Gesundheit ist keine Ware sondern ein Menschenrecht und eine soziale öffentliche Dienstleistung und sollte deshalb nicht einem gewinnorientierten Gesundheitssystem zum Opfer fallen. Das Krankenhaus-Reformgesetz von der gescheiterten Ampelkoalition, das nun von der aktuellen Bundesregierung unter Merz umgesetzt wird, ist ein Angriff auf Patient*innen und Krankenhausbeschäftigte. Es führt zu zunehmend schlechter werdenden Versorgungsqualität und weiterem Personalverlust. Zudem führt es zu erhöhtem bürokratischen Aufwand, was schließlich zu mehr Ökonomisierung führt und nicht weniger. Da DRG's nicht komplett abgeschafft werden, wird es weiter zu Unter- und Überversorgung kommen. Zudem geht diese Reform zu Lasten von Kassenpatient*innen, da man zur Finanzierung von 25 Milliarden für die Subventionierung von politisch gewollten Krankenhausschließungen, 0,8% mehr Krankenkassenbeitrag zahlen muss. Dabei sind Abgaben für Arbeitgeber und Privatversicherte nicht erhöht worden und auch die Profite der privaten Kliniken sowie der Pharma- und Medizintechnikindustrie bleiben unangetastet.
Niemand darf bei einer ärztlichen Behandlung oder bei der Pflege benachteiligt bzw. diskriminiert werden.

Ansprechperson: Yele-Sia Kemmer

ÄA 39-L01 : Z. 451
Antragsteller*in: KV Tübingen
Ergänzung

Niemand darf bei einer ärztlichen Behandlung oder bei der Pflege benachteiligt bzw. diskriminiert werden. Insbesondere die Behandlung von psychischen Erkrankungen muss ohne Gewalt und Zwang stattfinden. Und alle, die ...

ÄA 40-L01: Z. 454
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Z 454 nach „angemessene Bezahlung" einfügen „Frühverrentung"

Und alle, die in im Gesundheitswesen arbeiten, verdienen gute Arbeitsbedingungen, verlässliche Dienstplanung, angemessene Bezahlung, Frühverrentung, Gesundheitsförderung und bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Ansprechperson: Yele-Sia Kemmer

ÄA 41-L01 : Z. 461
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Z 461 nach „zulasten" einfügen: „der gesamten arbeitenden Bevölkerung"

Das geht zulasten der gesamten arbeitenden Bevölkerung, von Patient*innen, der Beschäftigten und der flächendeckenden Versorgung.

Ansprechperson: Yele-Sia Kemmer

ÄA 42-L01 : Z. 471
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL):
Z 471 f. „Profite dürfen mit unserer Gesundheit nicht gemacht werden“ ändern in:

Krankenhäuser sowie Pflegeeinrichtungen gehören in die öffentliche Hand. ~~Profite dürfen mit unserer Gesundheit nicht gemacht werden~~ Private Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen sowie Pharma- und Medizintechnikindustrie müssen in kommunales Eigentum überführt und demokratisch verwaltet werden. Das ist eine der Grundvoraussetzungen dafür, dass mit Krankheiten kein Profit gemacht werden. Im Gegenteil, die Gutverdienenden müssen ihren Anteil in eine einheitliche Krankenversicherung einzahlen. Gleiches gilt für die Pflegeversicherung.
Begründung:
siehe oben
Ansprechperson: Yele-Sia Kemmer

ÄA 43-L01: Z 474-475
Antragsteller*in: LAG 60+links
Ergänzung in Z 474

Krankenhäuser sowie Pflegeeinrichtungen gehören in die öffentliche Hand. Profite dürfen mit unserer Gesundheit nicht gemacht werden. Im Gegenteil, die Gutverdienenden müssen ihren Anteil in eine einheitliche Krankenversicherung einzahlen. Gleiches gilt für die Pflegeversicherung. Etwa 700.000 Menschen in Baden-Württemberg sind pflegebedürftig. Neun von zehn Pflegebedürftigen werden unentgeltlich zu Hause von pflegenden Angehörigen versorgt. Diese werden von der Landesregierung eingelassen. Alle Reformen der letzten Jahre haben die Pflegeleistungen noch teurer und oft auch schlechter gemacht.

Bei der Gesundheitsforschung setzen wir auf Präventions-, Pflege- und Versorgungsforschung. Auch Forschungen zu wenig anerkannten Erkrankungen wie ME/CFS, Long COVID und PostVac oder zu Autismus-Spektrum-Störungen ASS/ADHS im Erwachsenenalter müssen gefördert werden.

ÄA 44-L01: Z 475-478
Antragsteller: KV Freiburg
Ersetzen in Z 476

Bei der Gesundheitsforschung setzen wir auf Präventions-, Pflege- und Versorgungsforschung. Auch Forschungen zu wenig

bekannten~~anerkannten~~ Erkrankungen wie ME/CFS, Long COVID und PostVac oder zu Autismus-Spektrum-Störungen ASS/ADHS im Erwachsenenalter müssen gefördert werden.

Begründung: ME/CFS ist eine seit 1959 (!) im ICD anerkannte Erkrankung. Der Skandal ist, dass sie so wenig bekannt und erforscht ist.

ÄA 45-L01: Z 475-478
Antragsteller: KV Freiburg
Änderung in Z 477-478

ME/CFS, Long COVID und PostVac ~~oder zu Autismus-Spektrum-Störungen ASS/ADHS~~, sowie zu Neurodiversität im Erwachsenenalter müssen massiv gefördert werden.

Begründung: Da Autismus keine Störung darstellt, ist die Verwendung dieses Begriffes diskriminierend.

ÄA 46-L01: Z. 494
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Z 494 f. Ändern in:

• Finanziell instabile Kliniken ~~durch Brückenfinanzierung vor Schließung bewahren. Übernahme der Investitionskosten durch das Land~~ die aufgrund von Zahlungsunfähigkeit geschlossen werden sollen, müssen rekommunalisiert werden und unter der demokratischen Verwaltung und Kontrolle von Vertreter*innen der Beschäftigten, Gewerkschaften und der Kommune weitergeführt werden. Die Ursachen der Finanzkrisen müssen geklärt und eventuelle Schadensersatzzahlungen an private Träger bzw. Manager gestellt werden.

Begründung:
Der Staat sollte Kapitalist:innen nicht zusätzlich belohnen, sondern sie nur bei Rückführung ins Allgemeineingentum Hilfen erhalten, die von Arbeiter*innen verwalteten kontrolliert werden, da so wirklich im Sinne der arbeitenden Klasse entschieden wird.

Ansprechperson: Yele-Sia Kemmer)

ÄA 47-L01: Z 508
Antragsteller*in: KV Tübingen
Ergänzung

Massive Ausweitung von psychotherapeutischer und psychiatrischer Versorgung (ambulant und stationär/teilstationär/offene Stationen nach dem Soteria-Konzept) mit besonderem Blick auf die Rechte und die Selbstbestimmung der Patient:innen

ÄA 48-L01: Z 522-524
Antragsteller*in: KV Emmendingen
Ergänzung in Z 524

- **Ganzheitliche Gesundheitsversorgung** für hausärztliche, pflegerische und psychotherapeutische Behandlung mit Gesundheits- und Sozialberatung und -hilfe, sowie pharmazeutische Betreuung, durch den Aufbau sektoren- und professionsübergreifender Strukturen.

ÄA 48-L01: Z 525
Antragsteller*in: KV Emmendingen
Ergänzung in Z 525
Im Kapitel Gesundheitsversorgung, Zeile 525, ergänzen:

- **Mobile Kliniken im ländlichen Raum** als zusätzliche Anlaufstellen etablieren~~.~~, sowie einen flächendeckenden Botendienst zur Versorgung mit Medikamenten im Nacht- und Notdienst.

ÄA 50-L01: Z. 542
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Ab Z 542 nach „Eine gesetzliche Personalbemessung“ einfügen:

Mehr Personal und eine gesetzliche Personalbemessung, die umsetzbar und realitätsgetreu ist, für alle Berufsgruppen die an der Patient*innenbehandlung beteiligt sind. Bund und Länder müssen die Einhaltung der Personalvorgaben überwachen und sanktionieren. Rückführung ausgegliederter Bereiche in den öffentlichen Dienst. Gestiegene Tariflöhne refinanzieren.

Begründung:
PPR ist 2.0 für viele nicht umsetzbar gewesen, allgemein sollte es auch den Aufwand bei der Dokumentation, Bürokratie nicht erhöhen und so für noch weniger Versorgungsqualität sorgen.
Ansprechperson: Yele-Sia Kemmer

ÄA 51-L01: Z 547
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Z 547 f. ändern in:

- ~~Attraktive Arbeitsbedingungen durch Kompetenzerweiterung und Modernisierung der Aufgabenprofile von Pflegefachpersonen.~~ Gemeinsamer Kampf von der Linken und Gewerkschaften um die 30-Stunden Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

Ansprechperson: Yele-Sia Kemmer

ÄA 52-L01: Z 549
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Z 549 f. bis „So lange“ ändern in

- Eine solidarische Finanzierung~~: Wir brauchen eine Krankenkasse, in die alle einzahlen.~~ Die Linke setzt sich ein für eine Überführung der Privatkrankenkassen in Gemeineigentum, in die Alle einzahlen, Beamt*innen, Selbständige und Spitzenverdiener*innen genauso wie alle anderen Arbeitnehmer*innen. Dabei gibt es Weiterbeschäftigung für Mitarbeitende der Kassen oder Ersatzarbeitsplätze sowie die Bezahlung der im Krankenhaussektor höchsten tariflichen Standards. Bis dahin ~~So lange~~ müssen Privatversicherte an Kosten des Klinikerhalts beteiligt werden.

Begründung:
nur so auf Dauer solidarische, gerechte Finanzierung möglich.
Ansprechperson: Yele-Sia Kemmer

ÄA 53-L01: Z 549
Antragsteller*in: LAG 60+links
Ersetzung in Z 549

- Eine solidarische Finanzierung: ~~Wir brauchen eine Krankenkasse, in die alle einzahlen. So lange müssen Privatversicherte an Kosten des Klinikerhalts beteiligt werden.~~ Wir fordern: eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung. Alle zahlen ein, Beiträge werden auf alle Einkommen erhoben, alle werden gut versorgt. Die Beitragsbemessungsgrenze fällt weg. Auch für Einkommen aus Kapitalerträgen und andere Einkommensarten wie z.B. Mieteinahmen müssen Beiträge gezahlt werden. Privatversicherte werden in die gesetzliche Krankenversicherung überführt.

ÄA 54-L01: Z 575-577
Antragsteller: KV Freiburg
Ergänzung in Z 577

- **Schwangerschaftsabbrüche gehören zur medizinischen Grundversorgung:** Der Zugang zu medikamentösen und operationellen Schwangerschaftsabbrüchen muss wohnortnah gewährleistet sein. Dazu muss die Durchführung eines sicheren Schwangerschaftsabbruches dringend ins Curriculum des Medizinstudiums aufgenommen und gelehrt werden.

Begründung: Nur durch flächendeckend gute Ausbildung können auch flächendeckend sichere Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden. Bisher gibt es nur einzelne Fortbildungen, in denen Schwangerschaftsabbrüche erlernt werden können.

ÄA 55-L01 : Z 586
Antragsteller*in: KV Karlsruhe, KV Main-Tauber und KV Rems-Murr reichen im Namen der Vernetzungsgruppe „Long Covid & ME/CFS“
Ersetzung von Z. 586-587

~~Spezialisierte Versorgungsangebote für Menschen mit ME/CFS, Long COVID und PostVac ausbauen, besonders auf dem Land.~~ Versorgung von Menschen mit ME/CFS, Long Covid und Post Vac sicherstellen. Versorgungszentren, die behandeln, müssen flächendeckend und dauerhaft eingerichtet werden. Eine Aufklärungskampagne inklusive Infektionsschutz als Prävention ist nötig, auch da es bisher im Gesundheitssystem an Anerkennung der Krankheit und Fortbildungen fehlt.
Wir setzen uns ein für Forschungsförderung, die der Schwere, der Häufigkeit und dem Forschungsrückstand bei ME/CFS angemessen ist und die die Verfügbarkeit von Medikamenten zum Ziel hat.
Medizinische Versorgung für nicht transportfähige Patient*innen sicherstellen: Barrierefreie Zugänge wie Hausbesuche oder Telemedizin anbieten, besonders in ländlichen Regionen.

Begründung:
Die bisherige Formulierung impliziert, dass es eine Versorgung gäbe, die ausgebaut werden könnte. Dem ist aber nicht so. Ambulanzen schließen bereits wieder, da sie nicht ausreichend finanziert werden. Außerdem wird in den Ambulanzen meist nicht behandelt, sondern im besten Fall eine korrekte Diagnose gestellt und im schlimmsten Fall stigmatisiert, psychiatriesiert und fehlbehandelt.
1,5 Mio. Menschen in Deutschland leiden an Long Covid, ME/CFS und Post Vac.[1] Darunter sind auch viele Kinder. Die Krankheit führt zu einem hohen Grad an Behinderung.[2] Doch die wenigsten Ärzt*innen kennen die Krankheit, da sie im Medizinstudium nicht vorkommt. Fortbildungen sind freiwillig und nicht immer an den wissenschaftlichen Erkenntnissen orientiert. Fehlende oder falsche Diagnosen führen zu Fehlbehandlungen und dauerhaften Schäden.[3]
Leider gibt es kaum Engagement von Seiten der Selbstverwaltung des Gesundheitssystems. Deshalb ist eine Aufklärungskampagne unabdingbar. Gerade bei einer Krankheit, die bisher nicht heilbar ist, ist Prävention essentiell. Die fehlende Anerkennung der Krankheit erschwert den Zugang zu Hilfsmitteln, Pflegestufe, Nachteilsausgleich, Erwerbsminderungsrente und natürlich zu Behandlung.

---

1 Daniell J, Brand J, Paessler D, Heydecke J, Schoening S, McLennan AK. 2025. The rising cost of Long COVID and ME/CFS in Germany. Hamburg and Karlsruhe: ME/CFS Research Foundation and Risklayer. https://mecfs-research.org/wp-content/uploads/2025/05/The-rising-cost-of-Long-COVID-and-MECFS-in-Germany.pdf
2 Hoffmann, K., Hainzl, A., Stingl, M. et al. 2024: Interdisziplinäres, kollaboratives D-A-CH Konsensus-Statement zur Diagnostik und Behandlung von Myalgischer Enzephalomyelitis/Chronischem Fatigue-Syndrom, in: Wien Klin Wochenschr, 136 (Suppl 5), 103–123, https://doi.org/10.1007/s00508-024-02372-yhttps://doi.org/10.1007/s00508-024-02372-y
3 Steinacker JM, Klinkisch E-M. Between progress and invisibility: Are post-viral fatigue syndromes overwhelming medicine and society? Dtsch Z Sportmed. 2024; 75: 37-40. https://doi.org/doi:10.5960/dzsm.2024.593

Trotz der Häufigkeit und der geringsten Lebensqualität (niedriger als Lungenkrebs, Depression oder MS)[4] gibt es so gut wie keine Versorgung und bisher keinerlei Förderung für Arzneimittelforschung. Der Umgang mit der Krankheit wird als der größte medizinische Skandal des 21. Jahrhunderts bezeichnet.[5] Die soziale Situation der Betroffenen ist eine Katastrophe und benötigt deshalb mehr Raum. Es werden systematisch Menschenrechte verletzt. Daher muss sich die Linke hier besonders engagieren.
Zudem haben wir einen neuen Abschnitt über die barrierefreie Versorgung durch Hausbesuche hinzugefügt. Denn nicht nur Betroffene von Long Covid, ME/CFS und Post Vac, sondern auch Menschen mit anderen Krankheiten bzw. Behinderungen sind auf Hausbesuche und Telemedizin angewiesen.

ÄA 56-L01: Z 586-587
Antragsteller: KV Freiburg
Ergänzung in Z 587

Spezialisierte Versorgungsangebote für Menschen mit **ME/CFS, Long COVID586 und PostVac ausbauen**, besonders auf dem Land.
Medizinisches Fachpersonal muss flächendeckend dazu weitergebildet werden, zudem muss ME/CFS endlich ins Curriculum des Medizinstudiums und der Pflegeausbildung aufgenommen werden.

Begründung: In Deutschland sind ca. 650.000 Menschen von der seit 1959 im ICD anerkannten chronischen Erkrankung ME/CFS betroffen, teils sehr schwer, trotzdem kennen bis heute viele Ärzt*innen diese Erkrankung nicht, da sie nicht gelehrt wird.

ÄA 57-L01 : Z 589
Antragsteller*in: KV Böblingen, Vanessa Krause
Ergänzung eines eigenen Unterkapitels „Gesundheit ist keine Frage des Geschlechts“

Gesundheit ist keine Frage des Geschlechts – Die Gender Health Gap schließen!
Frauen, inter*, nicht-binäre und trans* Personen erfahren im Gesundheitssystem systematische Benachteiligung. Medizinische Forschung, Diagnostik, Therapie und Versorgung orientieren sich bis heute vor allem am männlichen Körper. Das hat gravierende Folgen: Krankheiten werden bei Frauen und queeren Menschen später erkannt, falsch

4 Nature 2023: Women's health: End the disparity in funding, 03.05.2023, 671 (7), https://www.nature.com/articles/d41586-023-01472-5 , abgerufen am 04.01.2025
5 Montbiot, G. 2024: ‘You don’t want to get better’: the outdated treatment of ME/CFS patients is a national scandal, Guardian, 12.03.2024. https://www.theguardian.com/commentisfree/2024/mar/12/chronic-fatigue-syndrome-me-treatments-social-services, abgerufen am 30.12.2024

behandelt oder gar nicht ernst genommen. Die Gender Health Gap ist ein Ausdruck struktureller Ungleichheit – und sie kostet Leben.

Die Linke kämpft für ein solidarisches Gesundheitssystem, das alle Menschen gleich gut versorgt. Dafür fordern wir:

Gendersensible medizinische Forschung und Ausbildung: Studien müssen die Unterschiede zwischen den Geschlechtern systematisch berücksichtigen. Die Ausbildung von Ärztinnen, Pflegepersonal und Therapeutinnen muss gendersensible Inhalte verpflichtend integrieren.

Bessere Datenerhebung: Gesundheitsdaten müssen geschlechtsspezifisch, intersektional und diskriminierungssensibel erfasst werden, um Missstände sichtbar zu machen und gezielt gegensteuern zu können.

Gesundheitsversorgung für alle Lebensrealitäten: Frauen*, trans*, inter* und nicht- binäre Personen müssen Zugang zu kompetenter, diskriminierungsfreier und spezialisierter Versorgung haben – insbesondere in der Gynäkologie, Endokrinologie, Psychiatrie und Transitionsbegleitung.

Mehr Forschung zu frauenspezifischen Erkrankungen: Krankheiten wie Endometriose, PCOS, Lipödem oder Autoimmunerkrankungen müssen endlich ernst genommen und besser erforscht werden.

Psychische Gesundheit im Fokus: Frauen, queere Menschen und insbesondere trans* Personen sind deutlich häufiger von psychischer Belastung betroffen – unter anderem durch Diskriminierung, Gewalt und strukturelle Ungleichheit. Prävention und Versorgung müssen deutlich ausgebaut werden.

Gesundheit ist ein Menschenrecht – unabhängig von Geschlecht, Geschlechtsidentität oder gesellschaftlicher Rolle. Die Linke setzt sich für ein gerechtes Gesundheitssystem ein, das niemanden zurücklässt.

ÄA 58-L01: Z 590
Antragsteller*in: LAG 60+links
Ersetzung Überschrift Z 590

~~Würdevolle Pflege sichern~~ Wir brauchen eine Pflegerevolution

ÄA 59-L01: Z 603-604
Antragsteller*in: LAG 60+links
Ergänzung in Z 603

- Pflegevollversicherung, die alle Risiken abdeckt und solidarisch von allen Menschen und allen Einkommensgruppen getragen wird. Alle

medizinisch sinnvollen Leistungen wie Zahnersatz, Brillen und Schmerzmittel werden abgedeckt. Der Konkurrenzkampf zwischen den Kassen entfällt. Gebühren für Arztbesuche und weitere Zuzahlungen für Medikamente lehnen wir ab.

Wir lehnen Leistungseinschränkungen und Kontaktverbote wie in der Corona-Pandemie sowie Triageregelungen aus Altersgründen in Kriegs- und Katastrophensituationen ab.

Gebraucht werden u.a. mehr inklusive Wohngruppen/Unterstützungsangebote für Menschen mit Demenz.

- Angehörige in die Pflege einbinden: Hierzu müssen die entsprechenden Strukturen geschaffen werden.

ÄA 60-L01: Z 607-608
Antragsteller: KV Freiburg
Ergänzung, Streichung und Ersetzung in Z 607-608

Arbeitsbedingungen für freiberufliche Hebammen verbessern durch ~~bessere Bezahlung~~ höhere Vergütung und Übernahme der ~~Versicherungsbeiträge~~ Berufshaftpflichtversicherungsbeiträge.

- Arbeitsbedingungen für angestellte Hebammen verbessern durch bessere Entlohnung und einen deutlich besseren Personalschlüssel, damit eine 1:1-Betreuung während der Geburt gewährleistet werden kann.

Begründung: Es gibt unterschiedliche Faktoren, die die Arbeitsbedingungen von freiberuflichen und angestellten Hebammen prägen. Diese differenziert zu benennen ist wichtig für eine insgesamte Verbesserung.
Eine 1:1-Betreuung ist ein erheblicher Faktor für eine sichere Geburt, sowie zur Vermeidung traumatisch erlebter Geburten.

ÄA 61-L01: Z 609
Antragsteller: KV Freiburg
Ersetzen in Z 609

- Geburtshilfeabteilungen in der Fläche erhalten und die Gründung von Geburtshäusern finanziell unterstützen. ~~einrichten.~~

Begründung: Geburtshäuser werden nicht einfach eingerichtet, sondern müssen von einzelnen Hebammen gegründet werden. Diese stehen oft hohen finanziellen Hürden gegenüber.

ÄA 62-L01: Z 615
Antragsteller: KV Freiburg

Ergänzung in Z 615

- Einrichtung hebammengeleiteter Kreißsäle fördern und das Belegsystems stärken.

Begründung: Das Belegsystem fördert die 1:1-Betreuung, die ein erheblicher Faktor für eine sichere Geburt ist.

ÄA 63-L01: 624
Antragsteller*in KV Tübingen
Ergänzung zu Z 624

- Psychotherapie-Ausbildung und Traumatherapie sicherstellen und mehr Plätze schaffen auch für Menschen, die durch das Gesundheitssystem traumatisiert wurden.

ÄA 64-L01: 626
Antragsteller*in KV Tübingen
Ergänzung zu Z 624

- Sensiblisierung bezüglich sexistischer, rassistischer, ableistischer und psychistischer Diskriminierung (= Diskriminierung aufgrund der sogenannten Psyche) im Gesundheitssystem.

ÄA 65-L01 : ohne Angabe von Zeilennummer
Antragsteller*in: KV Heidenheim
Antragsinhalt

Gerade im Bereich psychischer Erkrankungen erleben viele Betroffene ein starkes Machtgefälle im Verhältnis zu Ärzt:innen und Therapeut:innen. Kritik oder Zweifel an Behandlungsverläufen werden oft als „mangelnde Kooperation“ gewertet – mit der Folge, dass Menschen aus der Behandlung ausgeschlossen werden. Die angespannte Versorgungslage verschärft diesen Druck zusätzlich. Auch willkürlich wirkende Diagnosen, die auf persönlichen Eindrücken statt auf nachvollziehbarer medizinischer Grundlage beruhen, sind ein zunehmendes Problem.
Wir fordern:

- den flächendeckenden Aufbau unabhängiger Patient*innenstellen und Ombudsstellen, bei denen Betroffene Beschwerden einreichen und sich anonym beraten lassen können.
- gesetzlich verankerte Rechte auf Zweitmeinung und Diagnosenüberprüfung, insbesondere im psychischen Bereich.
- die Einführung eines Verfahrens zur qualitätsgesicherten Diagnostik, das die Beteiligung der Patient*innen stärkt.

- verpflichtende Fortbildungen für Fachpersonal zu partizipativer Kommunikation, Diskriminierung und Machtasymmetrien in der Behandlung.
- die Möglichkeit, Behandlungen zu wechseln, ohne dadurch den Anspruch auf weitere Versorgung zu verlieren.
- Die Ausweitung von Kassenplätzen, um Wartelisten zu kürzen, oder komplett obsolet machen zu können.

Menschen in psychischer Behandlung brauchen echte Mitbestimmung, Respekt und die Möglichkeit, sich zu wehren – ohne Angst vor Ausschluss und Stigmatisierung.

Begründung des Antrages:
Menschen in psychischer Behandlung brauchen echte Mitbestimmung, Respekt und die Möglichkeit, sich zu wehren – ohne Angst vor Ausschluss und Stigmatisierung.
Deshalb sollten wir Ihnen in unserem Landtagswahlprogramm Gehör schenken.

Änderungsanträge zum Kapitel Bildung für alle

ÄA 66-L01: Z. 670
Antragsteller*in: Heidi Scharf
Ersetzen

- anti-ableistisch sein: ~~auch Menschen mit Behinderung gehören selbstverständlich dazu~~. keine Abwertung und Diskriminierung von Menschen mit Behinderung

ÄA 67-L01 : Z. 701
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Nach Zeile 701 einfügen:

Deshalb fordert Die Linke:
...

- Friedensbildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), Bildung für Toleranz und Vielfalt (BTV), Medienbildung in allen Schularten und Bildungsformen erhalten und stärken. Flächendeckend Ethikunterricht umsetzen.
- Streichung der „Ehrfurcht vor Gott“, der „christlichen Nächstenliebe“, der „Liebe zu Volk und Heimat“ aus Artikel 12(1) der Landesverfassung und Änderung der „Brüderlichkeit“ in „Geschwisterlichkeit“, Streichung der „Religionsgemeinschaften“ aus Artikel 12(2) der Landesverfassung und Änderung von „in ihren Bünden gegliederte Jugend“ in „Jugendverbände“.

Begründung:
der immer noch gültige Artikel 12 der Landesverfassung lautet:
„Artikel 12
(1) Die Jugend ist in Ehrfurcht vor Gott, im Geiste der christlichen Nächstenliebe, zur Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe, in der Liebe zu Volk und Heimat, zu sittlicher und politischer Verantwortlichkeit, zu beruflicher und sozialer Bewährung und zu freiheitlicher demokratischer Gesinnung zu erziehen.
(2) Verantwortliche Träger der Erziehung sind in ihren Bereichen die Eltern, der Staat, die Religionsgemeinschaften, die Gemeinden und die in ihren Bünden gegliederte Jugend."
Das ist einfach unerträglich, die Änderungen würden wenigstens die größten Abscheulichkeiten beseitigen. („christliche Nächstenliebe" ist obendrein antisemitisch, weil es impliziert, dass die Idee der Nächstenliebe eine Besonderheit des Christentums im Gegensatz zu anderen Religionen wie dem Judentum sei.)
Ansprechperson: Wolfram Klein

ÄA 68-L01: Z. 709
Antragsteller*in: Anne Zerr
Ergänzung zum Kapitel Kitastrophe beenden

Die Beschäftigten arbeiten am Limit und federn viele gesellschaftlichen Belastungen ab. Die Folge: Immer mehr Fachkräfte verlassen den Beruf und der Fachkräftemangel wird noch drastischer. Diesen Teufelskreis gilt es zu durchbrechen und endlich für gute Arbeitsbedingungen und gute Kitas in Baden-Württemberg zu kämpfen.

~~Dabei ist~~ Denn die Kita ist der erste und wichtigste Schritt, um allen Kindern gute Startbedingungen zu ermöglichen

ÄA 69-L01: Z. 722
Antragsteller*in: Anne Zerr
Ergänzung ab Z. 722

· **kleine Gruppen mit gutem Betreuungsschlüssel** für alle Kindertagesstätten und auch die Schulkindbetreuung. Der Betreuungsschlüssel muss nicht nur für die jährliche Personalplanung, sondern auch im täglichen Alltag verbindlich gelten. Bei Unterschreitung des Betreuungsschlüssels braucht es in Anlehnung an den TV Entlastung an vielen Krankenhäusern auch für Kitas ein Konsequenzenmanagement, sodass Überlastungssituationen für Beschäftigte mit Entlastung ausgeglichen werden. Nur so kann die Überlastungsspirale, die dazu führt, dass immer mehr

pädagogische Fachkräfte den Beruf verlassen, endlich durchbrochen werden.

· **Gute Arbeitsbedingungen für Fachkräfte** im Kitabereich, um Fachkräfteabwanderung zu reduzieren und die Nachwuchsgewinnung zu sichern. Dazu gehören nicht nur die flächendeckende Tarifbindung von Kommunen und freien Trägern, sondern auch Belastungssituationen entgegenzuwirken. Die Gefährdungsanzeige muss ein wirksameres Instrument werden: Wenn Träger nicht auf Gefährdungsmeldungen von Arbeitnehmer*innen reagieren, brauchen Beschäftigte sowohl individuell als auch ihre betrieblichen Interessensvertretungen kollektivrechtlich ein Klagerecht. Unfreiwillige Teilzeit in der Schulkindbetreuung oder weil die Arbeitsbelastung zu hoch für ein Normalarbeitsverhältnis ist, darf nicht länger Alltag für pädagogische Fachkräfte sein.

· **Für verbindliche gesetzliche Mindeststandards**: Der Erprobungsparagraph in seiner jetzigen Form führt zur Unterwanderung von gesetzlichen Standards für Kitas. Stattdessen braucht es verbindliche gesetzliche Mindeststandards. Wir wollen auf Landesebene einen Kita-Ratschlag einführen, in dem mit Fachkräften und ihren Gewerkschaften, Eltern und Trägern Lösungen für Gute Kitas erarbeitet werden.

Begründung:

Die Ergänzungen machen deutlich, dass die anhaltende Fachkräftekrise der zentrale Engpass und die Hauptursache für die aktuellen Probleme in der frühkindlichen Bildung ist. Viele „frisch“ ausgelernten Fachkräfte wandern innerhalb der ersten 1 bis 2 Berufsjahre als Fachkräfte in andere Berufszweige ab, weil dort das Verhältnis Verdienst zu Beschäftigungsbedingungen besser ist. Der Begriff Überlastungsspirale beschreibt den Teufelskreis, in dem sich viele Einrichtungen befinden und schärft somit den politischen Handlungsauftrag: Wir brauchen nicht nur mehr Kitaplätze, sondern vor allem wirksame Maßnahmen zur Fachkräftesicherung, um den Kreislauf zu durchbrechen.

Zeile 722ff.:
Für die Schulkindbetreuung gibt es bisher keinerlei verbindliche Personalschlüssel. Die Betreuungsschlüssel in der derzeitigen Regelung sind aber auch in Kitas ein völlig stumpfes Schwert, da sie nicht täglich gelten, sondern nur in der jährlichen Stellenbesetzung überhaupt relevant sind und es keine Konsequenzen für die Träger gibt, wenn die Personalschlüssel unterschritten werden. Gefährdungsanzeigen wurden in den letzten Jahren gewerkschaftlich an Kitas immer mehr genutzt,

da sie eines der wenigen Instrumente gegen Überlastung sind – allerdings bisher ohne wirksames Klagerecht, was dazu führt, dass viele Träger zu oft einfach gar nicht auf Gefährdungsanzeigen reagieren. Der Erprobungsparagraph stellt ein gefährliches Instrument dar, um die eigenen gesetzlichen Standards zu umgehen und muss angeschafft werden.

ÄA 70-L01 : Z. 725 und Z. 731 und Z. 740
Antragsteller*in: Anne Zerr
Ergänzung zum Kapitel Kitastrophe beenden

- Mangel an Studienplätzen für Kindheitspädagogik abbauen. Für die fachliche Anleitung von Auszubildenden in Kitas muss im Personalschlüssel ausreichend Anleitungszeit für qualifizierte Fachkräfte eingeplant werden. Auszubildende sind keine zusätzlichen Betreuungskräfte und dürfen auch nicht als solche ohne Anleitung eingesetzt werden.
- [...]
- **Bildung oder Aufbewahrung?** Soziales Lernen kann nicht nur stundenweise stattfinden, sondern passiert den ganzen Tag über im pädagogisch angeleiteten Miteinander. Statt Bildungs- und Betreuungszeit voneinander zu trennen, um dadurch mit weniger Fachkräften die Betreuung aufrecht erhalten zu können, muss Bildung den ganzen Tag über möglich sein. Dafür braucht es ausreichend fachlich qualifiziertes Personal. Dem Fachkräftemangel darf nicht mit Dequalifizierung begegnet werden. Stattdessen wollen wir interdisziplinäre Teams aus pädagogischen Fachkräften fördern.
- [...]
- Mehr Investitionen in Infrastruktur und Gebäude sowie die Berücksichtigung von Arbeitsplätzen für Vor- und Nachbereitung bei Neubauten.

Begründung:

Zeile 731ff.:
Immer mehr Träger und Einrichtungen begegnen dem Fachkräftemangel, indem sie entscheiden, Bildung solle nur noch vormittags stattfinden und nachmittags brauche es dann nur noch deutlich weniger Fachkräfte. Diesem gefährlichem Trend der Deprofessionalisierung sollten wir entschieden entgegentreten: Er wird nicht nur die Chancenungleichheit der Kinder vergrößern, sondern auch Sorgearbeit entwerten und die Überlastungsspirale

aufgrund von überfordertem, unterqualifizierten Betreuungskräften noch verschärfen.

Zeile 740:
Viele Kitagebäude sind in schlechtem Zustand. Berichten zufolge brechen Schaukeln zusammen, Lampenschirme fallen herunter und der Lärmschutz in manchen Räumen fehlt. Auch dies geht mit gesundheitlichen Gefahren für Beschäftigte und Kinder einher (z.B. Ohrenentzündungen, Unfälle etc.). In vielen Kitas gibt es keine Räume mit Arbeitsplätzen für Erwachsene, wo diese Verwaltungsaufgaben erledigen können.

ÄA 71-L01: Z 812
Antragsteller*in: KV Emmendingen
Ergänzung nach Z 811

- Wir lehnen pauschale Handyverbote an Schulen ab.

ÄA 72-L01: Z 824
Antragsteller*in: KV Emmendingen
Ergänzung nach Z 824

- Wir wollen ein Ende des Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen, stattdessen sollen sich alle Schüler:innen im Ethikunterricht kritisch mit Religionen auseinandersetzen.

ÄA 73-L01: Z 849-864
Antragsteller*in: KV Mannheim, Paul Maier
Ersetzung der Zeilen Z. 849-864

Zugängliche akademische Bildung und gute Forschung
~~Immer mehr Studierende leben in Armut: Wohnraumknappheit, immense Mieten und hohe Mensakosten lassen sich mit zu niedrigem BAföG und Nebenjobs kaum noch bezahlen. Wer keine Eltern hat, die unterstützen können, hat oft das Nachsehen. Wir sagen: Der Universitätsbesuch muss auch für Erstakademiker*innen attraktiv und finanzierbar sein. Ein Hebel hierfür kann die bessere Finanzierung der Studierendenwerke durch das Land sein, die damit studentischen Wohnraum, günstige und gesunde Mensen und Kitaplätze für studierende Eltern zur Verfügung stellen können. Auch knappe Studienplätze und schlechte Studienbedingungen sind Alltag an in der Breite unterfinanzierten Universitäten. Als Hilfskräfte arbeiten Studierende befristet, zu miesen Löhnen und in persönlicher Abhängigkeit. Wir unterstützen ihre gewerkschaftliche Organisierung für einen studentischen Tarifvertrag. Doch auch viele Mitarbeitende der Universitäten unterhalb der Professur hangeln sich durch Befristungen und sind ständig auf der Jagd nach Drittmitteln. Darunter leidet auch~~

~~die Wissenschaft, vor allem in nicht ökonomisch verwertbaren Bereichen. Im Gegensatz zur unternehmerischen Hochschule will sich Die Linke stark machen für soziale Sicherheit,Ausfinanzierung und demokratische Mitbestimmung~~

Immer mehr Studierende leben in Armut: Wohnraumknappheit, immense Mieten und hohe Mensakosten lassen sich mit zu niedrigem BAföG, Nebenjobs oder einem dualen Studium kaum noch bezahlen. Wen keine Eltern unterstützen, hat oft das Nachsehen. Wir sagen: Der Hochschulbesuch (Universitätsbesuch) muss auch für Erstakademiker*innen attraktiv und finanzierbar sein.

Eine Maßnahme hierfür kann eine bessere Finanzierung der Studierendenwerke durch das Land sein. Sie könnten dann studentischen Wohnraum, günstiges und gesundes Mensaessen sowie Kitaplätze für studierende Eltern zur Verfügung stellen können.

Auch knappe Studienplätze und schlechte Studienbedingungen sind Alltag an in der Breite unterfinanzierten Hochschulen (Universitäten). Als Hilfskräfte arbeiten Studierende befristet, zu miesen Löhnen und in persönlicher Abhängigkeit. Wir unterstützen ihre gewerkschaftliche Organisierung für einen studentischen Tarifvertrag. Für duale Studierende fordern wir ebenfalls eine faire Bezahlung, sowie geregelte Lern- und Urlaubszeiten und setzen uns für deren Förderfähigkeit durch das BAföG ein.

Doch auch viele Mitarbeitende der Hochschulen (Universitäten) unterhalb der Professur hangeln sich durch Befristungen und sind ständig auf der Jagd nach Drittmitteln. Darunter leidet auch die Wissenschaft, vor allem in nicht unmittelbar ökonomisch verwertbaren Bereichen. Im Gegensatz zur unternehmerischen Hochschule will sich Die Linke stark machen für soziale Sicherheit, Ausfinanzierung und demokratische Mitbestimmung.

ÄA 74-L01: Z 904-908
Antragsteller*in: KV Pforzheim
Ergänzung in Z 908

Das duale Ausbildungssystem und die Breite der beruflichen Schullandschaft sind eine Stärke und müssen erhalten, gut finanziert und sinnvoll weiterentwickelt werden. Gemeinsam mit den Gewerkschaften fordern wir eine gesetzliche Ausbildungsplatzumlage. Unternehmen, die keine Ausbildungsplätze anbieten, müssen sich solidarisch mit einer prozentualen Abgabe (nach Bremer Modell) an der Finanzierung von Ausbildungsplätzen beteiligen.

ÄA 75-L01: Z 941 + 947
Antragsteller*in: KV Pforzheim
Ergänzung fettgedruckt in Z 941 + 947

Auch Volkshochschulen**, Bibliotheken** und andere Angebote der Erwachsenenbildung leisten einen wichtigen Beitrag zu Teilhabe, doch die Lehrenden arbeiten häufig unter prekären Bedingungen.

- Volkshochschulen **und Bibliotheken** besser finanzieren

Begründung: Bibliotheken sollten im Wahlprogramm ausdrücklich neben Volkshochschulen genannt werden, weil sie nicht nur Orte der Kinder- und Erwachsenenbildung – etwa beim Lesenlernen aller Altersgruppen – sind, sondern auch zentrale Räume für demokratische Teilhabe. In Zeiten, in denen rechte Gruppierungen, wie bereits in den USA und zunehmend auch hier, versuchen, den freien Zugang zu Wissen einzuschränken und Themen wie Sexualkunde, Queerness oder gesellschaftliche Vielfalt aus Bibliotheken zu verdrängen, braucht es klare politische Unterstützung. Bibliotheken garantieren Neutralität, Offenheit und freien Zugang zu Bildung für alle Generationen und Schichten. Sie sind sichere Räume, die demokratische Werte stärken und als Gegenpol zur Zensur und Ideologisierung wirken. Eine bessere Finanzierung ist daher essentiell, um ihre Rolle als Grundpfeiler einer offenen, aufgeklärten Gesellschaft zu sichern.

ÄA 76-L01: ohne Angabe der Zeilennummer
Antragsteller*in: KV Heidenheim

:
Eine Ergänzung des Bereichs „Bildung für Alle“ im Landeswahlprogramm mit nachfolgenden Absatz vornehmen:

- Der aktuelle Bildungsplan bezüglich Gesellschaftssystemen ist verbesserungswürdig. Wir brauchen einen neuen Bildungsplan, welcher unser primäres Gesellschaftssystem fundiert lehrt. Um die Demokratie und die Zusammenhänge für alle verständlich zu erläutern, ist es wichtig die Funktionsweise des aktuellen Gesellschaftssystems ganzheitlich und vollständig zu vermitteln. So muss gelehrt werden, welche Systeme es gab, und vor allem woran sie scheiterten und welche Errungenschaften sie hervorbrachten. Ein Vergleich zu heute ist dabei essenziell. Unsere Gesellschaft muss sich stetig weiterentwickeln. Daher muss Demokratie und Wirtschaft Volkssport werden.

Begründung des Antrages:
Unsere Demokratie ist aktuell stark gefährdet und zentrale Probleme der Gesellschaft werden vernachlässigt.

ÄA 78-L01 : ohne Zeilenangabe
Antragsteller*in: KV Heidenheim
Inhaltliche Ergänzung des Bereichs „Bildung für Alle“ im Landeswahlprogramm mit nachfolgenden Inhalten:

Baden-Württemberg war einmal an der Spitze im Thema Bildung – heute sorgen marode Schulen, Lehrkräftemangel und Chancenungleichheit für

Negativschlagzeilen. Über Jahre wurde im Bildungssystem gespart: Die Bildungsausgaben pro Schüler*in liegen unter dem Bundesdurchschnitt, vielerorts bestehen erhebliche Investitionsstaus. Es werden geschätzt 3 bis 4 Mrd. € benötigt um den Sanierungsbedarf allein bei den Schulgebäuden im Land gerecht zu werden . Sichtbare Folgen der Vernachlässigung sind z.B. bröckelnde Fassaden, marode Turnhallen, veraltete Ausstattung und fehlende Digitalisierung an Schulen.
Besonders dramatisch ist der Lehrkräftemangel: Es fehlen tausende Lehrer*innen. Eine unglaubliche Verwaltungspanne machte 2024 deutlich, dass über 20 Jahre lang 1.440 Lehrerstellen unbesetzt blieben, weil ein Softwarefehler diese fälschlicherweise als besetzt auswies. Dieser Fehler hat den Lehrermangel drastisch verschärft – die Konsequenz waren hunderttausend ausgefallene Unterrichtsstunden.
Auch in den Kitas herrscht Fachkräftemangel: Laut einer Studie fehlen im Land rund 60.000 Kita-Plätze und bis 2025 werden zusätzlich etwa 14.800 Erzieherinnen benötigt. Viele bestehende Kita-Gruppen sind überfüllt – fast 48 % der Kita-Kinder in BW werden in Gruppen betreut, die unter dem Personalschlüssel liegen. Das beeinträchtigt die frühkindliche Förderung und führt zu „Kitastrophen“ – es werden Notlösungen auf Kosten der Qualität akzeptiert.
Unser Schulsystem ist sozial selektiv. Der Bildungserfolg hängt stark von der sozialen Herkunft ab. Bei Kindern aus Akademikerfamilien ist die Gymnasialquote deutlich höher als bei Arbeiterkindern. Das mehrgliedrige Schulsystem sortiert sehr früh, dadurch werden Chancen ungleich verteilt. Auch institutionelle Diskriminierung sorgt für zusätzliche Selektion.-Kurzum: Baden-Württemberg wird dem eigenen Anspruch der Bildungsgerechtigkeit nicht gerecht und verletzt damit das Menschenrecht auf Bildung.
Der Ansatz der Linken
Wir wollen eine Bildungsoffensive die von der Kita bis zur Hochschule denkt. Bildung ist ein Grundrecht und muss allen, unabhängig von sozialer Lage, Herkunft und auch individuellen Bedürfnissen offensteht. Grundprinzipien unserer Bildungspolitik sind Chancengleichheit, Kostenfreiheit und Demokratiebildung. Das bedeutet konkret:

- Frühe Förderung und gebührenfreie Kitas: Die frühkindliche Bildung legen wir als Fundament. Wir beenden die „Kitastrophe“, indem wir massiv in Kitas investieren: mehr Personal, bessere Arbeitsbedingungen und ein Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ab dem 1. Lebensjahr. Wir wollen sämtlich Kitagebühren abschaffen. Der Zugang zur Kita darf keine Kostenfrage sein. Kinder lernen durch die frühe Förderung wichtige soziale Kompetenzen und Sprache dies kann Entwicklungsunterschiede ausgleichen. Deshalb möchten wir ausreichend Kitaplätze garantieren und den Fachkraft-Kind-Schlüssel schrittweise auf das Niveau anerkannter Bildungsempfehlungen erhöhen.
- Schulen personell und baulich stärken: Ausfallende Unterrichtsstunden sollen nicht mehr ersatzlos ausfallen. Wir wollen dafür sorgen, dass Lehrerstellen vollständig besetzt und

Quer- und Seiteneinsteiger:innen qualifiziert nachgeschult werden. Durch kleinere Klassen und zusätzliche pädagogische Assistenz entlasten wir die Lehrkräfte. Wir legen ein Schulsanierungsprogramm (Sondervermögen Bildung) von 5 Mrd. €) auf, um alle maroden Schulgebäude binnen wenigen Jahren zu renovieren und digital auszustatten. Unterrichtsausfall, marode Toiletten und digitale Rückständigkeit dürfen in Baden-Württemberg nicht länger hingenommen werden.

- Gerechtes Schulsystem und individuelle Förderung: Wir setzen uns für längeres gemeinsames Lernen ein. Kein Kind soll mit 10 Jahren aussortiert werden – stattdessen wollen wir Gemeinschaftsschulen und Verbundschulen fördern, an denen alle Abschlüsse erreicht werden können. Wo das dreigliedrige System bleibt, führen wir einen sozialen Bildungsindex ein: Schulen mit schwierigen sozialen Bedingungen bekommen mehr Personal und Mittel (nach Hamburger Vorbild). Wir stärken außerdem Schulsozialarbeit und Inklusion. Ziel ist eine Schule, die allen gerecht wird – inklusiv, individuell fördernd und frei von Diskriminierung.
- Kostenfreie Bildung – auch im Studium und der Weiterbildung: Wir glauben, dass Bildungsgebühren soziale Hürden sind. Daher wollen wir nicht nur gebührenfreie Kitas, sondern auch die zuletzt eingeführten Studiengebühren für Nicht-EU-Studierende abschaffen. Langfristig streben wir sogar an, dass Meisterkurse und berufliche Weiterbildungen für alle finanzierbar oder kostenfrei sind. Lebenslanges Lernen soll Realität werden – z.B. durch öffentliche Erwachsenenbildungsangebote (Volkshochschulen stärken, Bibliotheken modernisieren etc.), die das Land fördert.
- Demokratie und Mitbestimmung in der Bildung: Wir fördern Demokratiebildung als Schulfach (z.B. Gesellschaft & Demokratie ab Klasse 5). Schüler*innen und Eltern sollen mehr Mitspracherechte erhalten – etwa verbindliche Beteiligung in Schulkonferenzen und bei Budgetentscheidungen. Schulen sollen nicht nur Lern-, sondern auch Lebensorte sein, an denen man Demokratie erlebt (z.B. durch Schülerparlamente und Projektwochen). Auch an Hochschulen wollen wir mehr Mitbestimmung für Studierende und Mittelbau – statt immer mächtigerer Rektorate.
- Explizite Bildung eines Verständnisses des Gesellschaftssystems. Um die Demokratie und die Zusammenhänge für alle verständlich zu machen, ist es auch wichtig von klein auf die Funktion des Systems und was dazugehört (Wirtschaft, Steuern, Geld, Eigentum usw.) zu erklären. So muss auch gelehrt werden, welche Systeme es gab, was darin schlecht aber auch was darin gut gelaufen ist. Vor allem im Vergleich zu heute. Unsere Welt wird niemals perfekt sein, und sich immer weiterentwickeln müssen. Demokratie und Wirtschaft muss Volkssport werden.

DIE LINKE betrachtet Bildung als öffentliche Investition in die Zukunft. Unser Ziel ist kein elitärer Bildungs-Elfenbeinturm, sondern ein starkes

„Bildungsland Nr. 1“ im Sinne echter Gerechtigkeit: Niemand darf wegen Armut oder Benachteiligung vom Lernen ausgeschlossen sein.

Begründung des Antrages:
Bildung ist ein Kernthema unseres Landtagswahlprogramm. Wir sollten es so gut und detailliert wie möglich formulieren, um transparent unseren Ansatz darzulegen.

Änderungsanträge zum Kapitel Arbeit, die zum Leben passt

ÄA 79-L01: Z 986
Antragsteller*in: Anne Zerr
Änderung ab Z. 986-989

Einige wenige werden immer reicher und damit auch immer mächtiger. ~~Alle anderen erarbeiten den Reichtum mit ihrer Arbeitskraft, erhalten jedoch kaum etwas davon. Es ist daher an der Zeit, dass die Reichen uns endlich zurückgeben, was sie uns genommen haben.~~ Die arbeitenden Menschen schaffen den Reichtum der Wenigen, erhalten jedoch kaum etwas davon. Es ist daher an der Zeit, dass wir uns von den Reichen zurückholen, was sie uns genommen haben. Gemeinsam ist Veränderung möglich.

Begründung:
Die Reichen werden niemals ihren Reichtum zurückgeben, es gilt als die Linke und als linke Bewegung sich Ziele proaktiv zu erkämpfen.

ÄA 80-L01: Z 993
Antragsteller*in: Anne Zerr
Änderung ab Z. 993-999

- **faire Bezahlung** ~~der Erwerbsarbeit~~ mit einem landesspezifischen Mindestlohn von 60 Prozent des monatlichen Medianeinkommens in Baden-Württemberg. Das entspricht aktuell etwa einem Stundenlohn von 17 Euro. Der Mindestlohn muss dauerhaft ein gutes Leben ermöglichen und daher jährlich an die Entwicklung des Medianlohns angepasst werden, mindestens jedoch in Höhe der Inflation steigen.
- **Mindestlohn für alle:** Die Ausnahmen für Langzeiterwerbslose, Jugendliche unter 18 und in Praktika wollen wir streichen.
- **ein Landestariftreuegesetz**, das in allen Bereichen gelten soll. Bei öffentlicher Auftragsvergabe sind nicht nur sozial und ökologische Kriterien zu berücksichtigen, sondern ~~auch die Einkommen der Beschäftigten~~ öffentliche Aufträge, Zuschüsse und Fördermittel sind nur an tarifgebundene Unternehmen zu vergeben. Es darf im öffentlichen Auftrag keine Dumpinglöhne geben. Noch immer sind

viel zu viele Kommunen nicht tarifgebunden: Alle kommunalen Arbeitgeber müssen im Arbeitgeberverbund Mitglied und tarifgebunden sein.

Begründung:
Es muss klar sein in welchen Bereichen der landesspezifische Mindestlohn gilt. Die Mindestlohnforderung muss um einen dauerhaften und automatischen Anpassungsmechanismus ergänzt werden und auf Gruppen ausgeweitet werden, die bisher nicht berücksichtigt sind.

ÄA 81-L01: Z 1000
Antragsteller*in: Anne Zerr
Änderung ab Z. 1000-1003

- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit – Gender Pay Gap und Migration Pay Gap müssen überwunden werden! Die Betriebe und Verwaltungen haben dabei den Nachweis über die Abschaffung bestehender Lohn-Ungleichheiten zu erbringen.
- Frauen müssen endlich gleichgestellt werden, deswegen setzen wir uns für zusätzliche Ausgleiche (z. B. Perioden-Urlaubstage) für menstruierende Menschen ein.

Begründung:
Insgesamt muss gelten: Gleichwertiger Lohn für gleiche Arbeit. Das äußert sich neben dem Gender Pay Gap unter anderem auch im Migration Pay Gap.

ÄA 82-L01: Z 1004
Antragsteller*in: Heidi Scharf
Ergänzung

- Das Land muss Vorreiter sein: Keine sachgrundlosen Befristungen im öffentlichen Dienst.

Begründung: Das halte ich für die falsche Position. Es wird immer Befristungen geben, die aufgrund eines Sachgrundes „Elternzeitvertretung, Vertretung bei langer Krankheit z.b. bei Krebserkrankungen etc., geben. Deshalb müsste es meiner Meinung nach keine sachgrundlosen Befristungen heissen

ÄA 83-L01: Z 1006
Antragsteller*in: Anne Zerr
Änderung ab Z. 1006-1008

- ~~Wir setzen uns für eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung ein.~~ **Wir unterstützen die Gewerkschaften im Kampf um kürzere**

Arbeitszeiten. Ein neues Normal-Arbeitsverhältnis von 30-Wochenstunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich ist Teil der Lösung gegen Teilzeitfalle und Altersarmut und den Abbau von Arbeitsplätzen in der Industrie.

Begründung: Echte und spürbare Arbeitszeitverkürzung muss gewerkschaftlich durchgesetzt werden. Wir sollten den gesetzlichen Rahmen und die Mindeststandards schaffen, die die Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich für Beschäftigte und ihre Gewerkschaften erleichtern.

ÄA 84-L01: Z 1008
Antragsteller*in: LAG 60+links
Ergänzung in Z 1008

Prekäre Arbeit abschaffen: keine Befristungen ohne Sachgrund, keine Leiharbeit, keine unfreiwillige Teilzeit und keine Mini- und Midi-Jobs ohne volle Sozialversicherung mehr. Jede Arbeit muss sozialversicherungspflichtig sein. Dabei muss der öffentliche Dienst eine Vorreiterrolle einnehmen.

ÄA 85-L01: Z 1009
Antragsteller*in: Anne Zerr
Streichung und Ergänzung

Prekäre Arbeit abschaffen: keine Befristungen ohne Sachgrund, keine Leiharbeit und keine Mini- und Midi-Jobs ohne volle Sozialversicherung mehr. ~~Jede Arbeit muss sozialversicherungspflichtig sein.~~ Sachgründe für Befristungen wollen wir deutlich einschränken und damit auch (Ketten-) Befristungen mit Sachgrund deutlich reduzieren. Neben einem Recht auf Teilzeit für alle, braucht es ein Recht auf Vollzeit, um ausbeuterische und unfreiwillige Teilzeit zu verhindern.

ÄA 86-L01: Z 1012
Antragsteller*in: Anne Zerr
Ergänzung von 1012-1014

- **Mehr und bessere betriebliche Mitbestimmung** bei allen Personalthemen Gesundheitsfragen, der Anwendung von Künstlicher Intelligenz und wirtschaftlichen Fragen, sowie bei geplanten Betriebsschließungen, Ausgliederungen und Verlagerungen. Im öffentlichen Dienst muss das Landespersonalvertretungsgesetz nachgebessert werden und die Mitbestimmungsrechte von Personalräten gestärkt und an diejenigen von Betriebsräten angepasst werden.
- **Anti-Stress-Verordnung: Ein Gesetz gegen Leistungsverdichtung.** Es braucht eine effektive

Arbeitsschutzverordnung gegen die zunehmende Überlastung am Arbeitsplatz. Dabei braucht es effektive Rechtswege für Betriebsräte, sowie für individuelle Beschäftigte, beispielsweise wenn auf Gefährdungsanzeigen von Arbeitgeberseite nicht ausreichend reagiert wird

Begründung:
Das Landespersonalvertretungsgesetz muss dringend reformiert werden, das ist ein zentrales Landtagsthema. Gefährdungsanzeigen sind bisher ein stumpfes Schwert zur Durchsetzung gegen Leistungsverdichtung und müssen dringend gestärkt werden

ÄA 87-L01: Z 1012
Antragsteller*in: Anne Zerr
Streichung und Ergänzung in Z. 1012-1013

- **Transformation der Arbeit im Sinne der Beschäftigten:** die derzeitigen Veränderungen in der Arbeitswelt (Digitalisierung, Einsatz von KI etc.) müssen ~~Erleichterungen und besseren Verteilung der Arbeit sowie zu Arbeitszeitverkürzungen führen.~~ zu kürzerer Arbeitszeit und geringerer Arbeitsbelastung statt nur mehr Profit für Arbeitgeber oder Leistungsverdichtung führen. Die Implementation von KI am Arbeitsplatz braucht Mitbestimmung und Kontrolle durch Betriebsräte. Dafür möchten wir im Dialog mit Gewerkschaften und Beschäftigten die KI-Strategie von Baden-Württemberg überarbeiten.

Begründung:
Herausforderungen durch Digitalisierung und KI am Arbeitsplatz sollen um Aspekte der Mitbestimmung, sowie landesspezifisches Handlungspotential erweitert werden und die Kernherausforderungen von Digitalisierung und KI konkreter benannt werden.

ÄA 88-L01 : Z1017
Antragsteller*in: KV Mannheim
Ergänzung

- Transformation der Arbeit im Sinne der Beschäftigten: [...] Aufbau und Ausbau öffentlicher Arbeitsunternehmen, die dafür da sind allen Personen, die keine Arbeit haben, sei es durch Stellenabbau oder anderen Gründen, eine armutsfeste Stelle anzubieten. Und so diese Personen vor der Arbeitslosigkeit und Armut zu beschützen.

ÄA 89-L01: Z 1018-1020
Antragsteller*in: KV Pforzheim
Ersetzen in Z 1018

~~Ein besseres Arbeitsrecht bei kirchlichen Trägern.~~ Abschaffung des kirchlichen Arbeitsrechts – das Betriebsverfassungsgesetz muss für alle gelten. Streikrecht und Schutz vor Diskriminierung, z. B. bei Scheidung oder Homosexualität, muss auch in Einrichtungen von Religionsgemeinschaften gelten.

Begründung: Im kirchlichen Arbeitsrecht gibt es im Vergleich zur Betriebsverfassung viele Nachteile für Arbeitnehmer*innen. Besonders in Bezug auf Mitbestimmung und Kündigungsschutz ist das kirchliche Arbeitsrecht deutlich schlechter. Die Mitarbeitervertretungen (MAV) haben viel weniger Rechte als Betriebsräte, und in vielen Fällen gibt es keine vergleichbare Mitbestimmung bei personellen und sozialen Entscheidungen. Zudem ist der Kündigungsschutz in kirchlichen Einrichtungen sehr schwach, insbesondere wenn es um die persönliche Lebensführung der Mitarbeitenden geht. Auch die Möglichkeit, Mitarbeitende nach religiösen Grundsätzen auszuwählen oder zu kündigen, führt zu einer großen Ungleichbehandlung im Vergleich zum allgemeinen Arbeitsrecht und diskriminiert Beschäftigte, ohne dass diese dagegen vorgehen können.

ÄA 90-L01: Z 1020
Antragsteller*in: KV Heidenheim
Ergänzung nach Zeile 1020

- **Förderung von Genossenschaften:** Genossenschaftlich organisierte Unternehmen erhalten Vorrang für Ausschreibungen, sowie potentiell höhere Förderungen in subventionierten Bereichen.

Begründung des Antrages:
Die Aufnahme und Durchsetzung des Abschnitts ist ein erster, wichtiger, reformistischer Schritt in die Richtung einer demokratischen Wirtschaft.

Änderungsantrag zu einem neuen Unterkapitel Gute Arbeit – Gute Rente

ÄA 91-L01: Z 1021
Antragsteller*in: LAG 60+links
Einfügen eines Unterkapitels ab Z 1021

Gute Arbeit – Gute Rente
Wir fordern einer sichere und auskömmliche Rente für alle. Die Frage, wer tatsächlich auf wessen Kosten lebt, ist in allererster Linie eine Frage zwischen Reich und Arm, also zwischen Kapital und Arbeit, und nicht etwa

zwischen den Generationen. Statt die Generationen gegeneinander auszuspielen, setzen wir auf Generationensolidarität und eine gerechte Finanzierung der Rente, in der alle (auch Selbstständige, Beamte und Abgeordnete) Pflichtmitglieder sind.
Wir wollen eine gesetzliche Rente, die den Lebensstandard wieder sichert und vor Armut schützt.
Wir fordern Anhebung des Rentenniveaus auf 53 % und 1.400 € Mindestrente. Eine Erhöhung des Rentenalters lehnen wir ab.

Begründung:
Von den 7,7 Millionen Wahlberechtigten in Baden-Württemberg sind etwa 20% über 70 Jahre und 38% über 60 Jahre alt. Deswegen ist die Linke gut beraten, dieser Wählergruppe auch eine besondere Beachtung im Wahlprogramm einzuräumen.

Änderungsanträge zum Kapitel: Kultur – Medien – Sport: für eine demokratische und vielfältige Gesellschaft

ÄA 92-L01: Z 1037
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Z 1037 „Kunst ist frei – aber“ ändern in

~~Kunst ist frei – aber~~ Kunst muss frei sein – und gute Kunst braucht gute Förderung.

Begründung:
angesichts der zunehmenden Zensur und Verfolgung insbesondere palästinasolidarischer Künster:innen kann von Freiheit der Kunst nicht mehr so pauschal gesprochen werden.

Ansprechperson: Wolfram Klein

ÄA 93-L01: Z 1061 + 1062
Antragsteller: KV Freiburg
Ergänzung zwischen Z 1061 + 1062

- Förderung der öffentlichen Musikschulen für faire Bezahlung der Musiklehrkräfte und zur finanziellen Unterstützung für die Teilnahme an musikalischer Früherziehung und Instrumental- und Gesangsunterricht.
- Unterstützung von Chören und Orchestern in allen Altersstufen, auch für Laien.

Begründung: In dem Kapitel über Sport und Kultur ist viel von Theater und Kultur allgemein die Rede, der Musikbereich aber fehlt.

ÄA 94-L01: Z 1066
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Nach Z 1066 (oder an anderer passender Stelle) einfügen:

- Freiheit der Kunst verteidigen: gegen Zensurmaßnahmen, wie sie in letzter Zeit immer mehr insbesondere gegen palästinasolidarische Künstler:innen zunehmen. Kritik an der Politik der Netanjahu-Regierung ist kein Antisemitismus.

Begründung:
angesichts der zunehmenden Zensur und Verfolgung insbesondere palästinasolidarischer Künster:innen kann von Freiheit der Kunst nicht mehr so pauschal gesprochen werden.
Ansprechperson: Wolfram Klein

ÄA 95-L01: Z 1070-1071
Antragsteller*in: KV Emmendingen
Ergänzung nach Z 1070

- Wir wollen ein Förderprogramm des Landes für Vereine, die sich um den Erhalt historischer Fahrzeuge, Infrastruktur oder Industrieanlagen verdient machen, beispielsweise Museumseisenbahnen.

ÄA 96-L01: Z 1117-1118
Antragsteller*in: KV Tübingen
Ergänzung in Z 1118

Freie Radios und offene Kanäle (Bürger*innenfernsehen) fördern. Fördermittel für den Sendebetrieb auf DAB+ (digitales Radio) auch für freie Radios. Eine Abschaltung der Rundfunkübertragung über UKW lehnen wir jedoch ab.

Begründung: Schleswig-Holstein hat sich auf den Weg gemacht, UKW abzuschaffen, die Schweiz hat es schon vollzogen. Es handelt sich dabei um eine aufwendige Digitalisierung ohne großen Mehrwert und mit hohen Umstellungskosten für Verbraucher (z. B. bei Autoradios). Baden-Württemberg sollte zumindest nicht vorzeitig umstellen.

ÄA 97-L01: Z 1148 + 1149
Antragsteller*in: KV Pforzheim
Streichung von Z 1148 + 1149

- ~~**Sicherheit bei Großveranstaltungen** durch die Polizei gewährleisten. Keine Abwälzung der Kosten auf die Vereine.~~

Begründung:

- Fußballspiele mit hohem Gewaltpotenzial (sogenannte Hochrisikospiele) erfordern massive Polizeieinsätze.
- Die Kosten dafür werden bislang in Baden-Württemberg vollständig vom Staat getragen – also von den Steuerzahlern.
- Das Bundesverfassungsgericht hat 2025 entschieden, dass Bundesländer berechtigt sind, Veranstaltern diese Kosten in Rechnung zu stellen.
- **Unverhältnismäßige Belastung der Allgemeinheit:** Steuerzahler finanzieren Sicherheitsmaßnahmen für kommerzielle Veranstaltungen, obwohl sie selbst keinen Nutzen davon haben.
- **Profitorientierte Veranstalter:** Fußballvereine und die DFL erzielen hohe Einnahmen durch Ticketverkauf, Sponsoring und TV-Rechte – tragen aber keine Verantwortung für die Sicherheitskosten.
- **Ungleichbehandlung gegenüber anderen Branchen:** Bei privaten Events oder Demonstrationen müssen Veranstalter oft für Sicherheitsvorkehrungen aufkommen – warum nicht auch im Profifußball?
- Die Allgemeinheit sollte nicht für privatwirtschaftliche Veranstaltungen zahlen.
- Solidarität darf nicht zur Subventionierung kommerzieller Interessen führen.
- Vereine hätten ein finanzielles Interesse, Gewalt durch Fans zu verhindern.
- Investitionen in Fanarbeit und Sicherheitskonzepte würden steigen.
- Bremen erhebt bereits Gebühren – mit Erfolg.
- Rheinland-Pfalz prüft ebenfalls eine Umsetzung.
- Das Bundesverfassungsgericht hat die rechtliche Grundlage bestätigt.
- Eine landesrechtliche Regelung wäre sofort umsetzbar.

Die aktuelle Praxis in Baden-Württemberg ist nicht mehr zeitgemäß. Eine faire und verantwortungsvolle Lösung wäre die Einführung einer Gebührenregelung für Polizeieinsätze bei Hochrisikospielen. Das schützt den Steuerzahler, fördert Gewaltprävention und stärkt das Verantwortungsbewusstsein der Veranstalter.

ÄA 98-L01: Z 1150
Antragsteller*in: KV Pforzheim
Streichung von Z 1150

- ~~**Überwachung und Kriminalisierung von Fangruppierungen beenden**~~

Begründung: Die betrifft vor allem den Männerfußball, welche in Teilen der Fankultur fragwürdige Praktiken der Gewalt Einzug gehalten haben. In vielen anderen Sportarten gibt es so etwas nicht. Als Beispiel darf man auch mal international schauen. In der Formel1, in der amerikanischen

Basketballliga und Eishockeyliga (auch sehr viel Kommerz und Geld) sitzen die Fans nebeneinander und werden nicht getrennt. Hier gibt es keine Fanblocks und keine Hochrisikospiele.
Sinnvoller wäre es mehr Zeit und Geld in Gewaltprävention von Seiten der Vereine und Fanbeauftragten zu stecken.
Wir finden dies nicht passend in einem Landtagswahlprogramm

Änderungsanträge zum Kapitel zukunftsfähige Finanzierung

ÄA 99-L01: Z. 1199
Antragsteller*innen: KV Heidelberg/Badische Bergstraße
Der Landesparteitag möge folgende Änderung beschließen:
Art der Änderung: Umformulierung/Ergänzung

Zeile: 1199-1202

- ~~Sparen wir uns die Repression: Der Landeshaushalt finanziert mit der Bezahlkarte für Geflüchtete ein inhumanes Prestigeprojekt und trägt die Kosten für zahlreiche Ersatzfreiheitsstrafen, die Menschen absitzen, weil sie zu arm um sind kleinere Geldstrafen wie etwa fürs Fahren ohne Fahrausweis zu bezahlen.~~
- Keine Gelder für Repression: Der Landeshaushalt finanziert mit der Bezahlkarte für Geflüchtete ein inhumanes Prestigeprojekt und trägt die Kosten für zahlreiche Ersatzfreiheitsstrafen, die Menschen absitzen, weil sie zu arm um sind kleinere Geldstrafen wie etwa fürs Fahren ohne Fahrausweis zu bezahlen. Diese repressiven Maßnahmen lehnen wir ab.

Begründung:
Die ursprüngliche Forderung steht unter der Überschrift: die Linke fordert und zählt dann
lediglich die repressiven Maßnahmen auf. Wir, als Linke fordern aber nicht, dass wir uns in
die Repression sparen, sondern lehnen eben diese Maßnahmen ab, was mit der neuen Formulierung klarer wird.

ÄA 100-L01: Z 1208-1216
Antragsteller*in: KV Tübingen
Streichung in Z 1208-1209

- **Grundsteuer gerecht gestalten:** ~~Wir wollen, dass der Wert des Gebäudes Bestandteil der Kalkulation der Grundsteuer wird und nicht nur der Bodenrichtwert.~~ Das neue, einfachere Grundsteuerrecht in Baden-Württemberg fördert dichtere und suffizientere (angemessene) Bebauung. Mit der Einführung wurden aber auch, absichtlich oder nicht, Gewerbegrundstücke deutlich entlastet. Die Ermäßigung für Wohngrundstücke im § 40 Landesgrundsteuergesetz wollen wir

deshalb erhöhen. Um die Mieter*innen nicht zu belasten, fordern wir ein Verbot der Umlagefähigkeit der Grundsteuer auf die Wohnungsmiete. Wir fordern daher auch von der neuen Landesregierung hierzu eine Bundesratsinitiative.

Begründung: Die neue Grundsteuer ohne Ertragswertbesteuerung fördert dichtere Bebauung und belastet so z. B. Einfamilienhäuser stärker als Wohnungen in Mietshäusern. Eine Abschaffung der neuen Grundsteuer wäre daher falsch, eine Anpassung, wie sie im folgenden Satz des Programmentwurfs auf Initiative der Antragstellerinnen bereits vorgeschlagen wird, wäre jedoch geboten. Diese von den Antragsstellerinnen vorgeschlagene und als zweiter Satz aufgenommene Formulierung war nicht als Ergänzung, sondern als Ersatz des ersten Satzes gedacht – im jetzt vorliegenden Entwurf widersprechen sich deswegen die beiden Sätze. Es gibt unterschiedliche Ansichten zum Für und Wider der Grundsteuerreform. Im Programm sollten wir uns aber für eine Richtung entscheiden – wir plädieren für die Beibehaltung der reinen Bodenwertbesteuerung und die Streichung des ersten Satzes.

ÄA 101-L01: Z. 2360
KV: Heidenheim
Ein weiteres Kapitel im Landtagswahlprogramm aufzunehmen nach Zeile 2360:

Namensvorschlag: Zukunftsfähige Finanzierung – Vermögen besteuern, nachhaltig investieren
Inhaltlich soll eine detaillierte Darstellung unserer Finanzierung erfolgen, sodass wir genau darlegen: wie unsere Finanzierung aussieht, was genau getan werden muss und warum unsere Finanzierung sinnvoll ist.
Begründung des Antrages:
Begründung: Ohne eine klare Auflistung und Darstellung unserer Finanzierung, besteht die Gefahr ein Landtagswahlprogramm zu beschließen, welches nicht finanzierbar ist. Zusätzlich erhöhen wir damit die Transparenz. .

Änderungsanträge für Kapitel: Solidarische Migrationsgesellschaft

ÄA 102-L01: Z 1276
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Nach Z 1276 einfügen:

Wir stehen an der Seite derer, die von Rassismus betroffen sind. Wir hören zu und kämpfen mit ihnen für Gerechtigkeit.

Wir weisen alle Behauptungen, dass Kritik an der Politik der israelischen

Regierung oder der zionistischen Ideologie und Praxis antisemitisch sei, zurück. Das Judentum darf weder mit dem Zionismus noch mit dem Staat Israel gleichgesetzt werden. Wir bekämpfen die rassistische Vorstellung, Antisemitismus sei ein aus muslimisch geprägten Ländern importiertes Problem. Wir werden im Landtag „gemeinsame Erklärungen", in denen derartige Behauptungen zum Ausdruck kommen, ablehnen.

Wir wollen, dass zentrale Aufgaben im Bereich Integration ...

Begründung:
Wir bekämpfen die Hetze gegen die Palästinasolidarität. In der vergangenen Legislaturperiode hat die Bundestagsfraktion nicht immer eine klare Linie eingehalten, wir wollen, dass sich das auf Landesebene nicht wiederholt. Es ist selbstverständlich, dass wir alle Versuche, **Kritik** an der israelischen Regierung oder dem Zionismus mit der **Erklärung** zu verbinden, dass ihr Vorgehen auf ihren jüdischen Charakter zurückzuführen sei, was natürlich antisemitisch wäre, kompromisslos zurückweisen.

Ansprechperson: Wolfram Klein

ÄA 103-L01: Z. 1298
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Z 1298 „fünf Jahren" ändern in „drei Monaten".

- **Wer hier lebt, soll auch hier wählen**: Alle Menschen über 16 Jahre, die seit mindestens ~~fünf Jahren~~ drei Monaten ihren Lebensmittelpunkt in Baden-Württemberg haben, sollen das uneingeschränkte Wahlrecht erhalten.

Begründung:
fünf Jahre sind viel zu lang. In dieser Formulierung würde es auch Menschen betreffen, die aus einem anderen Bundesland nach Baden-Württemberg zuziehen (z.B. von Neu-Ulm nach Ulm), für die jetzt normalerweise eine Karenzzeit von drei Monaten besteht. Es ist eine alte Erkenntnis der Arbeiter:innenbewegung, dass solche Wahlrechtseinschränkungen besonders die Arbeiter:innenklasse treffen, weil sie mobiler als andere Klassen ist.

Ansprechperson: Wolfram Klein

ÄA 104-L01: Z. 1324
Antragsteller*innen: KV Heidelberg/Badische Bergstraße
Der Landesparteitag möge folgende Änderung beschließen, das Kapitel „Antirassismus und Teilhabe" um folgenden Punkt zu ergänzen:

Keine biogeografische Analyse von DNA-Spuren: Die Justizministerin fordert, dass bei der Aufklärung schwerer Straftaten DNA-Spuren auch auf die biogeografische Herkunft untersucht werden sollen. Diese Genanalyse liefert nicht die Identität einer Person, sondern geben lediglich ungefähre Hinweise darauf, aus welcher Weltregion die Vorfahren wahrscheinlich stammen und zeigen auch keine kausalen Zusammenhänge. Diese Erkenntnisse tragen kaum zur Aufklärung von Straftaten bei und stehen in keinem Verhältnis dazu, wie diese Methode die Diskriminierung von Minderheiten und Racial Profiling befeuert. Daher lehnen wir die biogeografische Herkunftsanalyse ab.

Begründung:
Im Mai 2025 wurde von den unionsgeführten Justizministerien von Baden-Württemberg und Bayern gefordert, dass die forensische Analyse von DNA am Tatort auf die Analyse der biogeografischen Herkunft ausgeweitet wird. Anwält*innen und Wissenschaftler*innen kritisieren, dass man aus dieser Methodik kaum ermittlungstaktische Erkenntnisse liefern:
Die Daten können allenfalls einen groben Hinweis darauf geben, aus welcher kontinentalen Region die Vorfahren von Verdächtigen stammen und sind zudem stark abhängig von der Wahl der Vergleichsgruppen. Die Daten sind meist nicht eindeutig und zudem stark abhängig
von der Wahl der Vergleichsgruppen. Eine objektive und vorurteilsfreie Einteilung nach Geografie ermöglichen diese Daten nicht. Auf der anderen Seite birgt diese Methode große Gefahren, dass gerade migrantisierte Personen noch mehr als ohnehin schon zu Unrecht verdächtigt werden, obwohl die Methode eigentlich keine zuverlässigen Rückschlüsse auf das äußere Erscheinungsbild zulassen. Die biogeografische Herkunftsanalyse trägt damit zu Racial Profiling und Diskriminierung von Minderheiten bei. Dem sollten wir uns als Linke klar und deutlich entgegenstellen.

ÄA 105-L01: Z 1341
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Z 1341 einfügen:

- **Wohnungen statt Lager:** Wir fordern freie Wohnortwahl für Geflüchtete und ein landesweites Wohnraumförderprogramm für alle. Beschlagnahmung von aus Spekulationsgründen leerstehendem Wohnraum auch zur Unterbringung von Geflüchteten.

Ansprechperson: Wolfram Klein

ÄA 106-L01: Z 1374
Antrag: Gegen die Abschiebung sogenannter „krimineller Ausländer“
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Z 1374 einfügen:

- Wir lehnen auch die Abschiebung sogenannter „krimineller Ausländer“ ab. Mit Kriminellen muss aufgrund der von ihnen begangenen Straftaten und ihrer Persönlichkeit, nicht ihrer Herkunft oder Staatsangehörigkeit verfahren werden.

Begründung:
wir stellen uns der um sich greifenden rassistischen Hetze entgegen. Wenn andere implizit argumentieren, dass Verbrechen weniger schlimm wären, wenn die Täter:innen sie nach einer Abschiebung im Ausland statt in Deutschland begehen würden, weisen wir das zurück.
Ansprechperson: Wolfram Klein

Änderungsanträge zum Kapitel Linker Feminismus

ÄA 107-L01: Z 1412
Antragsteller*in: LAG 60+links
Ergänzung in Z 1412

Frauen in Baden-Württemberg verdienen weniger und sind öfter von befristeten Arbeitsverträgen, Minijobs oder unfreiwilliger Teilzeitarbeit betroffen. Das drückt sich deutlich im Rentenbescheid aus. Männer erhalten in Baden-Württemberg 63 % mehr Rente als Frauen.
Frauen sind die Hälfte der Bevölkerung, aber noch immer nicht dementsprechend in ökonomischen und politischen Entscheidungen beteiligt. Wir wollen die Arbeit von Frauen sichtbar machen und materiell aufwerten. In allen Entscheidungspositionen muss Gleichberechtigung herrschen. Wir brauchen hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte in den Kommunen und sorgende Städte mit wohnortnahen Versorgungs-, Beratungs- und Gemeinschaftsangeboten.

ÄA 108-L01: Z 1414
Antragsteller*in: Heidi Scharf
Ergänzung

In allen Entscheidungspositionen, in allen Qualifikationsstufen und in der Ausbildung muss Gleichberechtigung herrschen.

Begründung:
Wir wollen doch nicht nur in den oberen Entscheidungspositionen Gleichberechtigung. Es muss die Gleichberechtigung doch durchgehend sein.

ÄA 109-L01: Z 1431-1435
Antragsteller*in: LAG 60+links
Streichung in Z 1432-1433

Jede Rente muss zum Leben reichen, Altersarmut darf nicht vorprogrammiert sein. ~~Der Unterschied zwischen Männern und Frauen bei der Rente ist in Baden-Württemberg so hoch wie in kaum einem anderen Bundesland.~~ Wir wollen, dass Seniorinnen selbstbestimmt ihr Leben führen können. Kindererziehung muss bei der Alterssicherung besser berücksichtigt werden.

Begründung: (siehe Einfügungsantrag Zeile 1412) Der Gender Pension Gap ist im Saarland, NRW, Niedersachsen, Bayern, RP nahezu gleich hoch oder höher.

ÄA 110-L01: Z 1480
Antragsteller: KV Freiburg
Ersetzen und Ergänzen in Z 1480

„Nur Ja heißt Ja“ ~~muss EU-weit gelten. Dafür machen wir uns stark.~~ - Wir fordern die konsequente Umsetzung des Zustimmungsprinzips „Nur Ja heißt Ja“ im Sexualstrafrecht. Sexuelle Handlungen dürfen nur dann rechtmäßig sein, wenn alle Beteiligten ausdrücklich und freiwillig zustimmen; ein fehlendes „Nein“ darf nicht als Zustimmung gewertet werden. Sexuelle Gewalt und Übergriffe werden nach wie vor zu selten strafrechtlich verfolgt und aufgeklärt. Viele Betroffene erleben Scham oder das Gefühl, dass eine Anzeige ohnehin nichts ändern wird. Das muss sich ändern: Opfern muss geglaubt werden, und wir müssen weg von dieser Scham. Deshalb setzen wir uns für klare gesetzliche Regelungen, eine bessere Sensibilisierung von Polizei, Justiz und Gesellschaft sowie eine verlässliche Finanzierung von Beratungsstellen und Präventionsarbeit ein. So schaffen wir eine Gesellschaft, in der sexuelle Selbstbestimmung wirksam geschützt ist.

Begründung: Die Forderung ist nicht ausreichend ausformuliert. Wie will die Landesregierung BW Druck auf die EU ausüben? Ich finde die Forderung geht zu weit mit dem Zusatz EU und ist meines Erachtens gehaltlos.

ÄA 111-L01: Z 1485-1488
Antragsteller: KV Freiburg
Streichen und Ergänzen ab Z 1486

- **Gesundheitsberatungen für Frauen ausbauen** und Frauengesundheitszentren dauerhaft finanziell besser absichern. ~~Schwangerschaftsabbrüche gehören zur medizinischen Grundversorgung. Wir kämpfen weiter gegen den Paragraf 218 StGB!~~
- **Abschaffung des Paragraf 218 StGB.** Wir streben eine vollständige Streichung des Paragrafen und die Beendigung der Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen an. Stattdessen soll Beratung zu

Schwangerschaftsabbrüchen möglich, legal und einfach zugänglich sein, da sie zur medizinischen Grundversorgung dazu gehören. Der Eingriff des Staates über die Körper von Schwangeren ist nicht akzeptabel. Daher werden wir als Linke Druck auf den Bundesrat ausüben und weiterhin gegen Paragraf 218 kämpfen.

Begründung: Die Forderung geht mir hier nicht weit genug und ich finde dieser Punkt hat es verdient als eigene Forderung ins Programm aufgenommen zu werden. Eine klare Position für die Streichung des Paragrafen ist wichtig. Zwar kann das Land BaWü nicht das StGB selber ändern, jedoch wurden auch andere Forderungen im Programm aufgenommen, die das Land BaWü selber nicht umsetzen kann.

ÄA 112-L01: Z 1491
Antragsteller: KV Freiburg
Ergänzen nach Z 1491

- Der 8. März, der feministische Kampftag, muss ein gesetzlicher Feiertag werden!

Begründung: In der Einleitung zum Thema „Linker Feminismus“ wird gefordert, dass der 8. März ein gesetzlicher Feiertag werden soll. In den Forderungen weiter unten findet man dazu nichts mehr, daher bitte aufnehmen (gesetzliche Feiertage kann das Land BW selbst erlassen).

ÄA 113-L01: Z 1491 und 1726-1730
Antragssteller*in: Andreas Willhauk (KV Mannheim), mitgezeichnet von KV Mannheim und KV Göppingen, unterstützt durch KV Main–Tauber, KV Pforzheim, KV Konstanz und KV Rems–Murr.
Abschnitt Z 1726-1730 in Z 1491 verschieben

- Die Mobilitätsstudie der Technischen Universität Dresden aus dem Jahr 2023 zeigt, dass Frauen zwischen 30 und 50 deutlich mobiler als Männer sind, also mehr Wege zurücklegen. Das ist zurückzuführen auf die überdurchschnittliche Übernahme von Sorgetätigkeiten durch Frauen. Für uns bedeutet das, dass wir Mobilität und Verkehr feministisch denken müssen.

Begründung: Das alte Programm hat viel darüber geschrieben, *dass* wir etwas fordern, aber fast gar nicht, *wie* wir das konkret umsetzen wollen. Dieses Problem behebt dieser Änderungsantrag.

Änderungsantrag zum neuen Kapitel Kindheit

ÄA 114-L01 : Z 1535
Antragsteller*in: KV Böblingen, Katrin Penzenstadler
Ergänzung neues Kapitel zu Kindheit

Kindheit

Kinder sind eigenständige Persönlichkeiten mit Rechten – nicht nur „zukünftige Erwachsene“. In Baden-Württemberg wächst jedes fünfte Kind in Armut auf, viele erfahren fehlenden Schutz oder ungleiche Chancen. Deshalb macht Die Linke Kindheit zu einem eigenen Punkt im Wahlprogramm: weil Kinderrechte Menschenrechte sind, weil Kinderschutz Priorität hat und weil gerechte Zukunftschancen hier beginnen.

Jedes Kind hat das Recht auf Schutz, Förderung, Beteiligung und Bildung – wie es die UN-Kinderrechtskonvention festschreibt. Wir fordern, dass die UN-Kinderrechte in die Landesverfassung Baden-Württemberg eingefügt werden und diese Rechte in allen politischen Entscheidungen verbindlich zu verankern. Kindheit ist kein Durchgangsstadium, sondern eine eigene Lebensphase mit eigenen Rechten und Bedürfnissen. Wer Kinder nur als „zukünftige Erwachsene“ sieht, macht sie unsichtbar. Wir kämpfen für eine Politik, die Kinder als Subjekte ernst nimmt – mit Mitbestimmung, Schutz und Raum zur freien Entfaltung, hier und heute.

Um Kinderarmut entschieden zu bekämpfen, fordern wir kostenfreie und qualitativ hochwertige Betreuung und Bildung von der Kita bis zur Hochschule sowie eine bessere finanzielle Unterstützung von Familien. Kinderschutz muss in Baden-Württemberg oberste Priorität haben: durch eine personell gut ausgestattete Jugendhilfe, durch niedrigschwellige Beratungsangebote und durch verbindliche Schutzkonzepte in Schulen, Kitas und Freizeiteinrichtungen.

Kinder brauchen sichere Orte, an denen sie spielen, lernen und sich entfalten können. Deshalb wollen wir mehr öffentliche, barrierefreie Spiel- und Begegnungsräume schaffen, sichere Schulwege und eine kinderfreundliche Mobilität gewährleisten sowie Kultur- und Sportangebote ausbauen, die allen Kindern unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern offenstehen. Ein kinderfreundliches Baden-Württemberg bedeutet für uns: kein Kind wird zurückgelassen, jedes Kind wird geschützt, und alle Kinder haben die Möglichkeit, ihre Welt aktiv mitzugestalten.
Auch im digitalen Raum brauchen Kinder besonderen Schutz. Wir setzen uns ein für klare gesetzliche Regelungen gegen Überwachung, Datenmissbrauch, Cybermobbing und kommerzielle Ausbeutung von Kindern im Netz. Gleichzeitig setzen wir uns für altersgerechte, werbefreie und nicht-kommerzielle digitale Angebote ein, die Kindern Zugang zu Information, Bildung und Teilhabe ermöglichen – unter demokratischer Kontrolle und fernab von Profitinteressen.

Eine kinderfreundliche Gesellschaft erfordert mehr als gute Bildung und sichere Orte. Sie beginnt mit der grundsätzlichen Haltung, Kinder nicht zu bevormunden oder zu marginalisieren. Wir stellen uns entschieden gegen

Adultismus – die systematische Abwertung von Kindern aufgrund ihres Alters. Kinder werden häufig übergangen, nicht ernst genommen oder auf später vertröstet. Wir kämpfen dafür, dass ihre Stimmen, Perspektiven und Bedürfnisse heute zählen – in der Politik, in der Familie, in der Schule und im öffentlichen Raum.

Kinder dürfen nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden – weder symbolisch noch sozial. Sie gehören ins Zentrum politischer Entscheidungen. Dazu braucht es nicht nur kinderfreundliche Institutionen, sondern auch Räume, in denen Kinder ohne Leistungsdruck, Aufsicht oder Konsumzwang einfach Kind sein können. Wir setzen uns für nicht-institutionalisierte, kindgerechte Räume und Mobiliar in Nachbarschaften, Wohnanlagen, Parks und öffentlichen Gebäuden ein – Orte, die Kinder selbst gestalten können und die ihnen echte Selbstbestimmung ermöglichen.

Auch Familien müssen gestärkt werden – nicht durch Kontrolle, sondern durch Solidarität. Wir setzen uns ein für unabhängige, wohnortnahe Familienberatungsstellen, die kostenlos, mehrsprachig und ohne Angst vor Repression zugänglich sind. Denn gute Familienpolitik bedeutet, allen Menschen, die Verantwortung für Kinder tragen, verlässliche Unterstützung anzubieten – frei von Stigmatisierung und Leistungslogik.

Ein kinderfreundliches Baden-Württemberg heißt für uns: Kinder werden nicht übergangen, sondern gehört. Sie werden nicht angepasst, sondern ermutigt, sich frei zu entfalten. Und sie werden nicht aussortiert, sondern als gleichwürdige Mitglieder unserer Gesellschaft anerkannt.

Begründung:
Ein eigener Punkt „Kindheit“ im Wahlprogramm der Linken Baden-Württemberg ist wichtig, weil er eine zentrale politische Botschaft sichtbar macht:

Kinder sind eigenständige Persönlichkeiten mit Rechten
Die UN-Kinderrechtskonvention stellt klar, dass Kinder nicht nur als „zukünftige Erwachsene“ betrachtet werden dürfen. Ein eigener Abschnitt hebt hervor, dass Kinderrechte in allen politischen Bereichen – von Bildung über Gesundheit bis hin zu Mitbestimmung – ein eigenständiges Gewicht haben.

Kinderarmut ist ein gesellschaftliches Kernproblem
In Baden-Württemberg lebt jedes fünfte Kind in Armut oder ist armutsgefährdet. Das wirkt sich unmittelbar auf Gesundheit, Bildungschancen und soziale Teilhabe aus. Ein eigener Programmpunkt macht deutlich, dass Die Linke Armut nicht als Randthema, sondern als eine der größten sozialen Ungerechtigkeiten betrachtet, die direkt bei den Jüngsten beginnt.

Kinderschutz braucht Sichtbarkeit und Priorität
Der Schutz von Kindern vor Gewalt, Missbrauch, Vernachlässigung und Ausbeutung darf nicht zwischen anderen Politikfeldern verschwinden. Ein eigener Abschnitt betont, dass Kinderschutz verbindlich, umfassend und ressortübergreifend gedacht werden muss.

Öffentliche Räume und Zukunftschancen
Kinderfreundliche Orte, sichere Mobilität und kostenfreie kulturelle wie sportliche Angebote sind keine Nebensache, sondern Grundvoraussetzung für ein gutes Aufwachsen. Mit einem eigenständigen Kapitel wird signalisiert: Politik für Kinder bedeutet Politik für die Zukunft des Landes.

Gesellschaftspolitisches Signal
Ein Wahlprogramm, das Kindheit klar hervorhebt, macht deutlich: Die Linke versteht Kinderrechte als Menschenrechte und als Prüfstein für eine gerechte Gesellschaft. Es zeigt, dass Politik nicht nur kurzfristige Interessen verfolgt, sondern konsequent die Bedingungen für kommende Generationen verbessern will.

Änderungsantrag zum Kapitel Jugend

ÄA 115-L01: Z 1536-1537
Antragsteller*in: Linksjugend, KV Heidelberg/ Bad. Bergstr.
Ergänzung des Jugendprogramms ab Z 1536
Jugend braucht Freiräume, Jugend braucht Freiheit!
Ob im Zeltlager in den Ferien, beim Lernen in der Schule oder im Jugendzentrum im Heimatdorf: Kinder und Jugendliche brauchen Räume, um sich selbst zu verwirklichen und demokratische Teilhabe zu leben. Und obwohl Baden-Württemberg eines der reichsten Bundesländer Deutschlands ist, wächst trotzdem jedes fünfte Kind in unserem Bundesland armutsgefährdet auf. Für uns ist das nicht hinnehmbar.
Wir wollen neue Prioritäten in der Jugendpolitik setzen und jungen Menschen mehr Kontrolle über ihr Umfeld und ihre Zukunft ermöglichen. Stattdessen setzen die anderen Parteien nach den, besonders für junge Menschen strengen, Corona Einschränkungen auf Social-Media Verbote. Die Wehrpflicht wird wiedereingeführt und in den Debatten mit Merz, Kretschmann und co meint man zu hören, Jugendliche seien alle faul und könnten keine Entscheidungen selbst treffen.
Gleichzeitig zweckentfremdet die Landesregierung 30 Millionen Euro für Azubi Wohnheime und fördert damit lieber Eigenheimbau.
Es reicht! Daher fordern wir:

- Kein Werben fürs Sterben: Die Bundeswehr darf nicht in Schulen für die Rekrutierung werben! 151 Länder verzichten auf das Einziehen von Minderjährigen ins Militär. In Deutschland ist jede 10. rekrutierte Person unter 18.

- Keine Wehrpflicht: Junge Menschen sollen selbst entscheiden dürfen, wie sie ihr Leben nach der Schule weiterführen. Baden-Württemberg muss sich gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht stellen!
- Freie Fahrt in jedes Dorf und jede Stadt: ein kostenfreies Deutschlandticket für alle Jugendlichen, Schüler:innen, Azubis und Studierenden.
- Förderung für Wohnheime: Von Zuhause ausziehen darf kein Luxus sein. Durch extrem hohe Mieten wird die Wahl von Studiums- und Ausbildungsplatz immer weiter eingeschränkt. Immer mehr junge Menschen können deshalb aus rein finanzieller Sicht nicht von zuhause ausziehen. Es braucht mehr Wohnheime für Studis und Azubis. Die Fördergelder dafür müssen aufgestockt werden und zweckgebunden sein.
- Kein Lernen auf leeren Magen: Es braucht ein kostenloses Frühstück und Mittagessen in Kita und Schule.
- Soziale Teilhabe in der Schule ist nur möglich, wenn Klassenfahrten und Ausflüge kostenfrei sind. Kosten für den Schulweg müssen ebenso übernommen werden.
- Wer nicht ausbildet, wird umgelegt: Wir fordern, dass jeder Betrieb ab einer Größe von 10 Arbeitsplätzen ausbildet. Um dies zu fördern, wollen wir einen Ausbildungsumlage einführen. Die Betriebe, die diese Forderung nicht erfüllen, müssen in die Ausbildungsumlage einzahlen. Dieser Ausbildungsausgleich darf nur zur Finanzierung der Ausbildungen genutzt werden. Weiter muss eine Ausbildung für alle Menschen möglich sein unabhängig von schulischen Leistungen oder Abschlüssen. Außerdem fordern wir endlich die Durchsetzung des Rechts auf die betriebliche Bereitstellung von Lernmitteln.
- Studium muss für alle Menschen möglich sein. Deshalb fordern wir die Abschaffung von Semesterbeiträgen, Zweitstudiengebühren und Gebühren für ausländische Studierende. Zudem fordern wir eine Bereitstellung von Lernmaterialien für Studierende.
- BAföG muss auch ausgezahlt werden: Die Bearbeitung der Anträge dauert häufig mehre Monate. Das zwingt viele Studierende, KfW-Kredite aufzunehmen und sich hoch zu verschulden. Deshalb fordern wir eine deutlich bessere Ausstattung und Besetzung der BAföG-Ämter.
- Wahlalter ab 14: Junge Menschen brauchen eine Stimme. Es stärkt die politische Bildung und Teilhabe von Jugendlichen.
- Keine Social Media Verbote: Die Debatte um Social-Media-Verbote für unter 16-jährige geht an den gesellschaftlichen Herausforderungen vorbei. Stattdessen fordern wir Medienbildung in allen Fächern ab der ersten Klasse. Fakenews und Manipulation betreffen alle Generationen und nicht nur Jugendliche.
- Starke und unabhängige Jugendarbeit: Das Land muss die offene und verbandliche Jugendarbeit über den Landesjugendplan (LJP) voll finanzieren.

- Dynamisierung und Erhöhung der Förderung für Bildungsreferent:innen (BiRef) analog zum Tarifvertrag der Länder (TV-L)
- Erhalt und Förderung von Jugendzeltplätzen als Orte der außerschulischen Bildung und Jugendfreizeit
- Ehrenamt stärken: Inhaber:innen der Juleica Karte sollten günstigere Eintritte in Kultur- und Sozialeinrichtungen erhalten.

Änderungsanträge zum Kapitel Selbstbestimmte Behindertenpolitik

ÄA 116-L01: Z 1543
Antragsteller*in: LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik, Utz Mörbe
Ergänzung

Barrieren in Gebäuden, Verkehrssystemen oder in der Kommunikation. Behinderungen sind vielfältig und nicht immer sichtbar. Frauen mit Behinderungen sind oft besonders von Erwerbslosigkeit, Armut und Abhängigkeit betroffen.

ÄA 117-L01: Z 1551
Antragsteller*in: KV Tübingen
Ersetzung

~~Bisher finden viele Menschen mit Behinderungen nur in Sondereinrichtungen geeignete Bedingungen vor.~~ Bisher wohnen und arbeiten viele Menschen mit Behinderungen in Sondereinrichtungen. Dagegen wollen wir...

ÄA 118-L01: Z 1579
Antragsteller*in: KV Tübingen
Ergänzung

- **Barrierefreie Kultur- und Medienangebote:** Es braucht eine verbindliche Landesförderung für [...] reizreduzierte Beleuchtungs- und Akustiklösungen für neurodivergente Menschen und soziale Assistenz für psychiatrisierte Menschen

Begründung:
Die Psychisch-Kranken-(Hilfe)-Gesetze sind Landessache. Sie legitimieren deutschlandweit Unterbringung und Zwangsbehandlungen, was beides Praktiken sind, die als Folter zu klassifizieren sind (seit 2008 haben sich alle UN-Sonderberichterstatter über Folter gegen diese Behandlungsweisen ausgesprochen und sie als Folter klassifiziert). Die Behandlungen von Psychisch Kranken in Deutschland entsprechen daher

NICHT den Menschenrechten, der UN-Behindertenrechtskonvention und eben auch nicht der UN-Anti-Folter-Konvention.

Zurzeit gibt es Bestrebungen von der großen Koalition, die Maßnahmen gegen Psychisch Kranke zu verschärfen (im Koalitionsvertrag, S. 82/83). Dies wurde nicht unter den Gesundheitsministerien, sondern über das Thema „Innere Sicherheit“ und der Bundesinnenministerkonferenz weiter ausgeführt. Ein Register gegen Psychisch Kranke (persönliche und Gesundheitsdaten sollen bei Entlassung an die Polizei-/Sicherheitsbehörden übermittelt werden) und die ambulante Zwangsbehandlung werden gefordert (Sammlung zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse, 18.6.2025, S. 77/78).

Hessen war das erste Bundesland, welches bereits einen Gesetzesentwurf dazu vorgelegt hat. DieLinke Hessen hat hiergegen einen Protest in Kooperation mit dem Bundesverband der Psychiatrie-Erfahrenen organisiert. Hamburg hat konkrete Vorschläge in die Innenministerkonferenz zur ambulanten Zwangsbehandlung eingebracht. Auch in Baden-Württemberg ist die ambulante Zwangsbehandlung (hier genannt „Ambulante Behandlungsweisung“) seit längerem im Gespräch. Der derzeitige Minister für Soziales, Gesundheit und Integration Manfred Lucha – selbst als ehemaliger Psychiatrie-Mitarbeiter psychiatrischer Gewalt positiv eingestellt – hat sich hierfür eingesetzt (Veranstaltung „Ethik-Tagung“ 2023 in Zwiefalten).

Änderungsantrag zum Kapitel Weltanschaulich frei

ÄA 119-L01: Z 1605-1609
Antragsteller*in: KV Tübingen
Ergänzung in Z 1609

- Staatlich geschützte Feiertage für christliche, jüdische und muslimische Religionsgemeinschaften. Das muslimische Fest des Fastenbrechens Eid al-Fitr bzw. Ramadan Bayrami und das jüdische Yom Kippur sollen gesetzliche Feiertage in Baden-Württemberg und auch in ganz Deutschland werden, denn der Islam und das Judentum gehören zu Deutschland. Im Ausgleich für diese beiden und den 8.3. schlagen wir zur Abschaffung vor: das Erscheinungsfest, den Pfingstmontag und Allerheiligen.

Begründung: Wenn man neue Feiertage fordert, ist es glaubwürdiger, auch zu benennen, welche man abschaffen würde. Baden-Württemberg hat jetzt schon ein, zwei Feiertage mehr als die anderen Bundesländer. Wir setzen uns zwar für eine Arbeitszeitreduzierung mit Lohnausgleich ein, das aber über die Hintertür über das Feiertagsgesetz zu machen wäre

unehrlich (und würde den arbeitenden Menschen nicht so viel bringen). Die vorgeschlagenen Feiertage zu streichen, beträfe Schüler*innen und Lehrer*innen wegen der Lage der Schulferien fast gar nicht. Sie sind teilweise überhaupt nur in sehr wenigen anderen Bundesländern bzw. EU-Mitgliedsstaaten gesetzliche Feiertage. Welche Feiertage man nennen würde, ist aber zweitrangig.

Änderungsantrag zum Kapitel Klimaschutz

ÄA 120-L01: Z 1624-1630
Antragsteller: KV Freiburg
Streichen und Ergänzen in Z 1628-1630

Um den Klimawandel zu stoppen, braucht es einen Wandel in unserer Wirtschaftsweise. Konzerne und Reiche müssen in die Verantwortung genommen werden. Menschen mit wenig Einkommen brauchen Entlastungen und Beschäftigte in der Industrie eine Arbeitsplatzgarantie für einen zukunftsfähigen und klimafreundlichen Arbeitsplatz. Wir setzen uns für das Ziel der Netto-Null-Emissionen ~~Klimaneutralität~~ bis zum Jahr 2035 ein. Dieses ambitionierte Ziel erreichen wir mit umfangreichen Maßnahmenpaketen und einer jährlichen Reduzierung der Treibhausgasemissionen um mindestens 10 Prozent. ~~Das erreichen wir mit einer jährlichen Reduzierung des Klimagasausstoßes um mindestens 10-12 Prozent und mit ökologischen Maßnahmen, um die CO2-Konzentration in der Atmosphäre zu verringern.~~

Begründung: Klimaneutralität 2035 nicht eindeutig (Kompensation wäre erlaubt und beinhaltet Ausgleich aller weiteren Effekte wie Reflektions- und Absorbtionseigenschaften der Erdoberfläche) und ist schlicht nicht realistisch. Netto-Null-Emissionen: Nicht oder nur sehr schwer vermeidbare Emissionen können durch Senken (Humus Aufbau, Moore etc.) „ausgeglichen“ werden. (CCS - Carbon Capture and Storage gilt nicht als Senke)

ÄA 121-L01: Z 1628-1630
Antragsteller*in: KV Emmendingen
Ersetzen in Z 1629

Das erreichen wir mit einer jährlichen Reduzierung des ~~Klimagasausstoßes~~ Treibhausgasausstoßes um mindestens 10-12 Prozent und mit ökologischen Maßnahmen, um die CO2- Konzentration in der Atmosphäre zu verringern.

Änderungsanträge zum Kapitel Sozial-ökologische Transformation der Automobilindustrie

ÄA 122-L01: Z 1642
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Zeile 1642 zweiter Satz bis 1652 ersetzen durch

Seit Jahren verliert die Baden-Württembergische Industrie massiv Arbeitsplätze. In der Automobil- und Zuliefererindustrie – der Schlüsselbranche des Landes – wurden bereits Zehntausende von Arbeitsplätzen vernichtet. ~~Der Einfluss der Automobilindustrie auf die Politik hat die Industrie in eine tiefe Krise gestürzt. Nicht die Abschaffung des Verbrennermotors, sondern das Festhalten daran, hat dazu geführt, dass die Absatz- und Exportzahlen der Automobilindustrie eingebrochen sind. Eine Politik nach Lobby- und Konzernwünschen bedroht Wohlstand und Arbeitsplätze. Eine Politik der sozial-ökologischen Transformation schafft zukunftsfähige Arbeitsplätze und neuen Wohlstand. Die Konzeptlosigkeit der grün-schwarzen Landesregierung ist erschreckend. Weder die klimapolitisch unverantwortbare Verlängerung des Verbrenners, die Luxusstrategie, teure und unverhältnismäßig große Autos zu bauen, noch die reine Antriebswende oder gar das boomende Geschäft mit dem Tod, der Rüstungsindustrie, sind Lösungen im Interesse der Beschäftigten und der Mehrheit der Bevölkerung.~~
Der Grund für die Krise der Autoindustrie ist die weltweite Überproduktion von Autos. Kapazitäten für 100 Millionen Autos steht nur ein globaler Absatz von 80 Millionen gegenüber. Diese Überproduktion wird verursacht durch das chaotische kapitalistische System mit seinem Privateigentum an Produktionsmitteln, Produktion für Profit und Konkurrenzkampf. Jeder Konzern, jeder Nationalstaat versucht auf Kosten der Konkurrenz seinen Markt zu verteidigen bzw. zu vergrößern. Dies ist der Hintergrund für die von Trump verhängten Zölle, die die deutschen Autoexporte hart treffen. Gleichzeitig machen die technologisch überlegenen chinesischen Autokonzerne den deutschen Herstellern in China und Europa Konkurrenz. Noch stärker als die Absätze sind aufgrund von Zöllen, Abwertung des Dollars und des Konkurrenzdruck die operativen Gewinne eingebrochen.

Begründung:
Es sind nicht Managementfehler und auch keine falsche Politik, die die Krise der Autoindustrie verursacht hat. Die Krise der Autoindustrie ist eine typische Überproduktions- oder besser gesagt, Überkapazitätskrise und entspricht der marxistischen Krisentheorie.

Ansprechperson: Ursel Beck

ÄA 123-L01: Z. 1652
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
In Zeile 1652 einfügen:

Die Überkapazitätskrise der Autoindustrie fällt zusammen mit der Klimakatastrophe. Um die CO2-Emissionen zu reduzieren, muss der Individualverkehr drastisch reduziert werden. Batterieelektrisch betriebene Autos sind keine Zukunftstechnologie für die Sicherung von Arbeitsplätzen und für die Rettung des Klimas. Beim Bau von E-Autos entsteht mehr CO2 als bei Verbrennern. Da der Strom nur zum Teil aus erneuerbaren Energien stammt, sind E-Autos auch im Betrieb nicht CO2-frei. Der Bau der geplanten Million Ladepunkte bis 2030 emittiert viel CO2. Der Abbau von Rohstoffen, die für E-Autos gebraucht werden, hat in der neokolonialen Welt desaströse ökologische und soziale Folgen. Alle anderen Schäden des Individualverkehrs gelten auch für das E-Auto: Verkehrstote, Verletzte, Flächenverbrauch, Lärm, Feinstaub, Mikroplastik durch Reifenabrieb. Die angebliche Transformation ist Propaganda fürs Greenwashing und für den Abbau von Arbeitsplätzen.
Mit einer Konversion der der Autoindustrie für vorrangig öffentliche Verkehrsmittel könnten die Arbeitsplätze und die Qualifikation der Beschäftigten in der Autoindustrie und das Klima gerettet werden. Stattdessen werden brachliegende Kapazitäten derzeit für Rüstungsproduktion genutzt. Das lehnen wir ab. Denn jede Waffe sucht einen Krieg als Abnehmer. Wo Panzer produziert werden, können auch nützliche Fahrzeuge produziert werden. Wenn der Staats Panzer bestellen kann, kann er auch Schienenfahrzeuge bestellen.

Begründung:
Auf die Frage ob Verbrenner oder E-Autos besser sind sollte sich DIE LINKE gar nicht einlassen. Beides rettet weder Arbeitsplätze noch das Klima und überwindet nicht die Krise. Wir brauchen einen gut ausgebauten öffentlichen Verkehr mit Nulltarif im Nahverkehr und günstigen Tarifen im Fernverkehr. Die Erfahrung zeigt, dass Menschen dann mehr und mehr auf den öffentlichen Verkehr umsteigen.
Ansprechperson: Ursel Beck

ÄA 124-L01: Z. 1657
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Zeile 1657: „als Sofortmaßnahmen“ streichen

Um Arbeitsplätze und Standorte zu sichern, fordert Die Linke ~~als Sofortmaßnahmen~~:

Begründung:
Wir vermuten und hoffen, dass mit „Arbeitsplätze und Standorte zu sichern“ nicht nur ein paar Arbeitsplätze und Standorte, sondern alle Arbeitsplätze und Standorte gemeint sind. Dafür ist ein Kampf notwendig, der zwar sicher bei Sofortmaßnahmen beginnt, aber bei ihnen nicht stehen bleibt. Deshalb können wir uns nicht auf Sofortmaßnahmen beschränken, sondern müssen für eine ganze Palette von Maßnahmen eintreten, die eine Brücke von den unmittelbaren Kämpfen zur

Überwindung des Kapitalismus bilden.
Ansprechperson: Ursel Beck

ÄA125-L01: Z. 1658
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Zeile 1658 und 1659 ersetzen durch:

- ~~Kein Personalabbau durch Kündigungen.~~ Nein zu Arbeitsplatzvernichtung. „Stunden entlassen statt Menschen~~“, durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Einkommensausgleich.~~ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Begründung:
Wir sind nicht nur für Arbeitsplatzvernichtung durch Kündigungen sondern gegen jede Arbeitsplatzvernichtung. Und wir sind für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Löhnen.

Ansprechperson: Ursel Beck

ÄA 126-L01: Z. 1669
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
1669 ergänzen:

- Zukunft und Perspektive für die Jugend durch Erhalt der Ausbildungsplätze und unbefristete Übernahme in dem erlernten Beruf.

Ansprechperson: Ursel Beck

ÄA 127-L01: Z. 1670
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
1670 bis 1676 ersetzen durch

- ~~Beschäftigungsbrücke für die älteren Beschäftigten in die ungekürzte Rente.~~
- ~~Keine staatlichen Gelder ohne Garantien für Beschäftigung und Standorte.~~
- ~~Sichere tarifliche Standards für die Beschäftigten.~~
- ~~Die Belegschaften mit ihren Betriebsräten und die Gewerkschaften, müssen beiwichtigen Entscheidungen zur Beschäftigungs- und Standortsicherung ein Vetorecht bekommen.~~
- Überführung aller Betriebe, die dicht gemacht oder verlagert werden in Landeseigentum und Erstellung eines demokratisch mit Gewerkschaften und Belegschaften erarbeiteten Produktionsplanes mit Erhalt aller Arbeitsplätze und des erreichten Lohnniveaus

- Überführung der Autokonzerne und großen Zulieferbetriebe in Gemeineigentum und demokratische Verwaltung und Kontrolle durch Belegschaften und Gewerkschaften. Erstellung eines Produktionsplanes zur Umstellung der Autoindustrie auf gesellschaftlich sinnvolle Produktion mit garantierter staatlicher Abnahme. In die Erstellung eines solchen Produktionsplanes sind neben gewählten Vertreterinnen aus den Belegschaften und Gewerkschaften auch Vertreterinnen von Kommunen, Umwelt- und Verkehrsverbänden sowie Vertreter:innen der Klimabewegung, des BUND und des Aktionsbündnisses gegen Stuttgart 21 einzubeziehen.

Begründung:
Grundvoraussetzung für den Erhalt der Arbeitsplätze und der Rettung des Klimas, ist, dass den Aktionären und Managern der Autoindustrie die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel entzogen wird. Dann können die riesigen Gewinnrücklagen, die aktuellen Gewinne, die Fähigkeiten der Beschäftigten endlich genutzt werden für eine gesellschaftlich sinnvolle Produktion bei Erhalt aller Arbeitsplätze und erkämpften tariflichen Standards. Die Porsche- und Quandtclans, die reichen und Superreichen Aktionäre von Daimler, Porsche und Co. können sich dann nicht länger mehrstellige Millionenbeträge jedes Jahr durch Ausbeutung der Belegschaften aneignen.

Ansprechperson: Ursel Beck

ÄA 128-L01: Z 1671
Antragsteller*in: KV Emmendingen
Ergänzung in Z 1671

- Keine staatlichen Gelder ohne langfristige Garantien für Beschäftigung und Standorte.

ÄA 129-L01: Z. 1675
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Nach Zeile 1675 einfügen:

- Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfkraft zur Verteidigung aller Arbeitsplätze, zur Entmachtung der Konzerne wie es § 2, Punkt 4 der IGM-Satzung vorsieht und für eine Verkehrswende im Interesse von Beschäftigten, Klima, Umwelt und Gesellschaft.

Begründung:
in § 2 Punkt 4 der Satzung der IG Metall steht weiterhin: „Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum (https://www.igmetall.de/download/20231222_IGM_Satzung_2024_232da4272e6e85e92c762acbccd45acb4569dafd.pdf) Wir sollten daran

anknüpfen.

Ansprechperson: Ursel Beck

ÄA 130-L01: Z 1681-1685
Antragsteller*in: KV Emmendingen
Ergänzung in Z 1684 + 1685

Dazu ist der konsequente Umbau der Automobilindustrie in eine Mobilitätsindustrie erforderlich, damit außer weniger werdenden Autos, Ausrüstungsgüter für die Bahn und den ÖPNV, Lokomotiven, Wagons, Straßenbahnen, ~~Elektro- und Elektrokleinbusse~~ Elektrobusse oder digitale Ausstattung des Verkehrsbereiches und Fahrräder produziert werden ~~kann~~ können.

ÄA 131-L01: 1687
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
1687 bis 1693 streichen

~~Konversion und Transformation der Automobilkonzerne und Zulieferer in die Produktion von nachhaltigen Mobilitätsgütern, unter Beteiligung der Betriebsräte und Gewerkschaften. Dazu hat die Landesregierung Transformationsräte zu bilden, die dafür ein tragfähiges Konzept erstellen. Mitglieder sind neben den Unternehmensvertretern, Betriebsräte, Gewerkschafter, Vertreter*innen von Kommunen, Umwelt- und Verkehrsverbänden sowie Vertreter*innen der Klimabewegung.~~

Begründung:
Transformationsräte in denen Unternehmer, Betriebsräte, Gewerkschafter:innen und andere ein Konzept für eine Transformation im Interesse aller erarbeiten, sind völlig illusorisch. Die Unternehmer werden sich nicht darauf einlassen. Solange ihnen das Kapital gehört, können sie entscheiden was sie wollen, ob sie die Produktion schließen, ins Ausland verlagern, auf Rüstungsproduktion umstellen...
Die Linke darf keine Illusionen in den Kapitalismus schüren, sondern muss anhand der Krise deutlich machen, dass der Kapitalismus abgeschafft werden muss.
Ansprechperson: Ursel Beck

ÄA 132-L01: Z 1691
Antragsteller*in: KV Emmendingen
Änderung in Z 1691-1692

Dazu hat die Landesregierung Transformationsräte zu bilden, die dafür ein tragfähiges Konzept erstellen. Mitglieder sind ~~neben den Unternehmensvertretern,~~ Betriebsräte, Gewerkschafter, Unternehmen,

Vertreter*innen von Kommunen, Umwelt- und Verkehrsverbänden sowie Vertreter*innen der Klimabewegung.

Begründung: Den Unternehmen sollte hier keine herausgehobene Position gegeben werden, der alle anderen untergeordnet sein sollen, wie es im alten Text der Fall ist.

Änderungsanträge zum Kapitel Verkehrswende: nachhaltig und sozial

ÄA 133-L01: Z 1724-1811
Antragssteller*in: Andreas Willhauk (KV Mannheim), mitgezeichnet von KV Mannheim und KV Göppingen, unterstützt durch KV Main–Tauber, KV Pforzheim, KV Konstanz und KV Rems–Murr.
Änderungen ab Z 1724-1811

Baden-Württemberg gehört zu den Bundesländern mit der höchsten Autodichte: pro 1000 Einwohner*innen 613 Autos. Wer kein Auto besitzt, ist besonders im ländlichen Raum in seiner Mobilität stark eingeschränkt, weil kaum Busse fahren, kein Bahnanschluss besteht, Barrierefreiheit ein Fremdwort ist oder der ÖPNV mehr Lücken als Verlässlichkeit aufweist. In Städten wohnen viele mit niedrigen Einkommen an vielbefahrenen Straßen und tragen das Gesundheitsrisiko. Das wollen wir ändern. Schon allein aus klimapolitischen Gründen brauchen wir eine Mobilitätswende. Schließlich ist der ~~Verkehr bundesweit für rund 1/5 der CO2 -Emissionen verantwortlich, im Ländle sind es rund 1/4.~~ Verkehrssektor für ein Viertel der Treibhausgas-Emissionen im Land verantwortlich – und hat als einziger nicht zur Reduktion beigetragen.

~~Die Mobilitätsstudie der Technischen Universität Dresden aus dem Jahr 2023 zeigt, dass Frauen zwischen 30 und 50 deutlich mobiler als Männer sind, also mehr Wege zurücklegen. Das ist zurückzuführen auf die überdurchschnittliche Übernahme von Sorgetätigkeiten durch Frauen. Für uns bedeutet das, dass wir Mobilität und Verkehr feministisch denken müssen.~~

~~Viele Menschen haben Sorge, dass bei der Umstellung auf E-Mobilität die Kosten weiter hoch bleiben und die Langlebigkeit der Autos nicht gewährleistet ist. Um eine klimafreundliche und langlebige Mobilität zu gewährleisten, fordern wir ein gesichertes Recht auf Reparatur und die Produktion und Bevorratung entsprechender Ersatzteile. Mobilität ist eine wichtige Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe.~~ Baden-Württemberg liegt in einer Schlüsselposition für den Gütertransport in Europa. Durch das Ländle gehen die wichtigen Korridore Rotterdam–Genua und Paris–Budapest/Prag. Die Autobahnen 5, 6, 8 und 81 sind am Limit und gehören zu den meistbefahrenen in Deutschland. Bis 2040 erwarten Experten etwa

20 % Zuwachs im Güterverkehr. Dem allen muss eine richtige Verkehrs- und Klimawende standhalten. Ein Güterzug emittiert pro Tonne und Kilometer etwa 80 % weniger Treibhausgase als ein Lkw. Und doch werden nur 18 Prozent des Güterverkehrs in Baden-Württemberg über die Schiene transportiert. Damit das von der letzten Koalition verabschiedete Ziel von 25 Prozent Anteil erreicht wird, wollen wir den Transport von Gütern auf der Schiene und den Bundeswasserstraßen ausbauen. Denn gerade in den Ballungsräumen muss der Schwerlastverkehr auf den Straßen reduziert werden.

~~Die Linke will~~ Als Hauptziel will Die Linke eine Mobilitätsgarantie, dass jede*r Einwohner*in Baden-Württemberg jederzeit von A nach B kommt, ohne ein Auto besitzen zu müssen.

Um dieses Ziel zu erreichen, wird Die Linke im nächsten Landtag ein nachhaltiges Mobilitätskonzept vorlegen. Schwerpunkte sind:

- **Städte und Kommunen der kurzen Wege:** Die Besorgungen des täglichen Bedarfs, wie Bürgeramt, Lebensmittel einkaufen, Arztbesuche, Apotheke, usw. müssen in der Regel zu Fuß erreich~~t werden.~~bar sein. Dazu sind die städtebaulichen Voraussetzungen und Förderprogramme für die Kommunen zu schaffen.
- **Fahrradwege werden zügig und umfassend ausgebaut.** Kinder müssen zu Fuß oder mit dem Fahrrad sicher zur Schule kommen. Radschnellwege ~~an vorhandene Straßen koppeln.~~ wollen wir mit Hochdruck ausbauen – auch außerhalb der Metropolregion Stuttgart. Keine weiteren Flächen für Asphaltstraßen verbrauchen, sondern vorhandene Straßen zurückbauen. Baden-Württemberg stockt die Mittel des Bundes für den Ausbau der Fahrradwege um jährlich 100 Millionen Euro auf. Die Höchstförderbeträge für die Kommunen werden deutlich aufgestockt. Ärmere Kommunen sollen nicht das Nachsehen haben.
- **An den Treffpunkten für soziales Leben gibt es Mobilitätsstationen mit Umstiegs-, Leih- und Abstellmöglichkeiten für unterschiedliche Fahrzeuge.** Wir wollen dies durch den landesweiten Ausbau eines Netzes von On-Demand-Kleinbussen, Carsharing, Rideshare-Fahrzeugen und Leihfahrrädern erreichen. Wir machen **multimodale Strecken** und **klimafreundliche Mobilität** so einfach wie möglich. So sollen perspektivisch das Rideshare-Auto zum nächsten Bahnhof, das Zugticket in die Stadt und das Leihrad in der Stadt alle über eine Schnittstelle zugänglich sein.
- **[…]**
- Wir setzen uns für eine **Entkriminalisierung von Schwarzfahren** ein. Wer ohne Fahrkarte fährt, macht sich bisher strafbar, während Falschparker und Temposünder mit einer Ordnungswidrigkeit

davonkommen. Gegen diese Kriminalisierung von Armut wenden wir uns entschieden.

- Wir setzen uns dafür ein, dass die Landesregierung die **Regionalisierungsmittel** (die Gelder für den Schienenpersonennahverkehr) von 12,7 Mrd. auf 25,4 Mrd. Euro **verdoppelt**. Außerdem soll die Landesregierung ein Programm in Höhe von jährlich 500 Millionen Euro zur Finanzierung der kommunalen Verkehrsgesellschaften auflegen, damit der ÖPNV zügig ausgebaut werden kann.

Begründung:
Das alte Programm hat viel darüber geschrieben, *dass* wir etwas fordern, aber fast gar nicht, *wie* wir das konkret umsetzen wollen. Dieses Problem behebt dieser Änderungsantrag.

Zu neuem Absatz „Güterverkehr“: Hier wird das wichtige Thema des Güterverkehrs in den Vordergrund gebracht. Im Leitantrag stand dort der Absatz über ein *Recht auf Reparatur* von Elektroautos. Abgesehen davon, dass Verkehrswende „Weg vom Auto“ bedeutet und nicht „Hin zum E-Auto“, ist das Thema *Recht auf Reparatur* bei Verkehrswende fehl am Platz und hat mehr mit Verbraucherschutz zu tun. Darüber hinaus operieren wir hier mit Halbwahrheiten – es gibt keine Knappheit an Ersatzteilen bei Elektroautos und Langlebigkeit ist ein Verbrenner-Problem.

Zu Stichpunkt „Mobilitätsstationen“: Notwendige Ergänzungen, Stichpunkt alleine ist nicht aussagekräftig bzw. klar genug. Teilweise inhaltliche Einbettung von Z. 1759–1763 im Leitantrag.

Darüber hinaus kleinere redaktionelle Anpassungen aus Vorschlägen im KV Konstanz ohne weitere Begründung.

ÄA 134-L01: Z 1731-1737
Antragsteller*in: KV Emmendingen
Ersetzen in Z 1736-1737

Viele Menschen haben Sorge, dass bei der Umstellung auf E-Mobilität die Kosten weiter hoch bleiben und die Langlebigkeit der Autos nicht gewährleistet ist. Um eine klimafreundliche und langlebige Mobilität zu gewährleisten, fordern wir ein gesichertes Recht auf Reparatur und die Produktion und Bevorratung entsprechender Ersatzteile. Mobilität ist eine wichtige Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe. Die Linke will eine Mobilitätsgarantie, ~~dass jede*r Einwohner*in Baden-Württemberg jederzeit von A nach B kommt, ohne ein Auto besitzen zu müssen~~ das heißt einen Rechtsanspruch auf eine adäquate ÖPNV-Anbindung und Taktung für alle Orte und Ortsteile mit mind. 1000 Einwohnern.

Begründung: Die Formulierung „jederzeit von A nach B kommen“ ist sehr schwammig und unkonkret – die ganze Forderung einer „Mobilitätsgarantie“ wirkt dann unglaubwürdig. Daher schlagen wir vor eine ganz konkrete Perspektive aufzuzeigen, was unter einer „Mobilitätsgarantie“ verstanden werden könnte.

ÄA 135-L01: Z 1759-1763
Antragsteller*in: KV Emmendingen
Ersetzen in Z 1761-1763
Den ÖPNV kontinuierlich ausbauen: Insbesondere i~~I~~m ländlichen Raum werden Taktzeiten von mindestens 30 Minuten verwirklicht, so dass auch dort die Menschen ohne Auto mobil sind. ~~Die letzte Strecke von der Endhaltestelle bis zum Wohngebiet wird durch den zügigen Ausbau eines Netzes beispielsweise von Kleinbussen und Ruftaxis abgedeckt~~. Auch nachts soll es ein durchgehendes Grundangebot geben.

Begründung: Auch in größeren Gemeinden und Städten ist ein 30-min-Takt nicht überall selbstverständlich, daher sollten wir das nicht ausschließlich für den ländlichen Raum fordern. Nachts fährt vielerorts garnichts auch das sollte thematisiert werden.

ÄA 136-L01: Z. 1769
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Z 1769-1770 ändern in:

~~Der immer weiter verschobene Betrieb des Tunnelbahnhofs kann die oberirdischen Gleise nicht ersetzen, allenfalls ergänzen.~~ Wir fordern weiterhin den Baustopp von Stuttgart 21 und die sinnvolle Nutzung der bereits gebauten Teilstücke ausgehend von den Vorschlägen der Bewegung gegen Stuttgart 21 (Umstieg 21)

Begründung:
auch wenn der Bau inzwischen weit fortgeschritten und damit ein gigantischer und unumkehrbarer finanzieller, ökologischer etc. Schaden angerichtet ist, ist 1. der vollständige Bau keineswegs gesichert, drohen 2. weitere unmittelbar damit zusammenhängende ebenfalls teure und umweltschädliche Projekte wie der Pfaffensteigtunnel als notwendige Ergänzung, bleiben 3. die Risiken und Schäden durch einen Betrieb von Stuttgart 21 wie unlösbare Brandschutzrisiken oder höherer Energieverbrauch bei Zugfahrten in Tunneln.
Ansprechperson: Wolfram Klein

ÄA 137-L01: Z 1772-1173
Antragsteller*in: KV Emmendingen
Ergänzung nach Z 1772

- Der viergleisige Ausbau der Rheintalbahn muss beschleunigt werden. Kompromisse mit Bürgerinitativen dürfen nicht auf Kosten der späteren Betriebsqualität gehen. Während des Ausbaus der Bestandsstrecke soll Freiburg nicht über Jahre vom Fernverkehr abgeschnitten werden: für einen provisorischen Fernverkehrshalt an der Neubaustrecke.

Begründung: Zwei Punkte im Entwurf widmen sich der Bahnanbindung Stuttgarts aber die Rheintalbahn, die lokal und gesamteuropäisch von zentraler Bedeutung für den Bahnverkehr ist, findet bisher keine Beachtung. Dabei ist die Strecke Bestandteil des wichtigsten europäischen Güterkorridors zwischen Genua und Rotterdam. Dennoch geht der viergleisige Ausbau grotesk schleppend voran. Die DB rechnet mit einer Fertigstellung im Jahr 2041 (das Projekt wurde schon im Verkehrswegeplan von 1980 vorgesehen), während in der Schweiz der Gotthard- und der Lötschbergbasistunnel längst dem Betrieb übergeben wurden.

ÄA 138-L01: Z 1783-1784
Antragsteller*in: KV Emmendingen
Ergänzung nach Z 1783

- Wir lehnen die Verlagerung von Nahverkehrsleistungen auf ehrenamtliche ‚Bürgerbusse' ab: für ein gutes Busangebot mit tariflich entlohnten Busfahrer:innen.

ÄA 139-L01: Z 1784-1786
Antragsteller*in: KV Emmendingen
Ergänzung nach Z 1786

- Bahnhöfe, stillgelegte Gleisanlagen und Gleisstrecken werden grundsätzlich nicht mehr privatisiert, sondern reaktiviert, um den Bahnverkehr zügig auszubauen. Das Land soll sich auf Bundesebene für Erhalt und Stärkung des Entwidmungsverbots von Eisenbahnflächen einsetzen.

ÄA 140-L01: Z 1786-1787
Antragsteller*in: KV Emmendingen
Ergänzung nach Z 1786

- Wir wollen weitere grenzüberschreitende Schienenverbindungen einrichten, und insbesondere die Verbindung von Freiburg nach Colmar wiederherstellen.

ÄA 141-L01: Z 1793-1796
Antragsteller*in: KV Emmendingen
Änderung in Z 1795

Gerade in den Ballungsräumen muss der ~~Schwerlastverkehr~~ Güterfernverkehr auf den Straßen reduziert werden.

Begründung: Der Begriff Schwerlastverkehr ist eine viel zu starke Einschränkung und nicht immer vermeidbar (bspw. Rotorblätter von Windkraftanlagen). Der gewöhnliche Waren-LKW ist das wesentlich größere Problem.

ÄA 142-L01: Z 1796-1797
Antragsteller*in: KV Emmendingen
Ergänzung nach Z 1796

- Wir wollen eine Studie, in wie weit Autobahnen in Straßen mit weniger Spuren konvertiert werden können, um Flächen für neue Bahntrassen zu gewinnen. Die verminderte Straßenkapazität kann z.B. mit LKW-Fahrverboten und LKW-Transport auf der Schiene ausgeglichen werden.

Begründung: Werden Fernstraßen umfunktioniert, können bereits versiegelte und verdichtete Flächen wiederverwendet werden und auch einiges an Aufwand vermieden werden. Außerdem ist es unser Aufgabe neue (radikale) Ideen in Umlauf zu bringen.

ÄA 143-L01: Z 1800-1801
Antragsteller*in: KV Emmendingen
Ergänzung in Z 1801

- Das **Deutschland-Ticket muss erhalten** bleiben, der Ticketpreis muss sinken. In einem ersten Schritt fordern wir ein flächendeckendes 29-Euro-Ticket und ein Ticket zum Nulltarif für Studierende, Schüler*innen, Auszubildende, Rentner*innen und einkommenslose bzw. einkommensschwache Menschen. **Wir fordern den ticketfreien ÖPNV~~.~~, das heißt die kostenfreie Beförderung im ÖPNV**. Es hat sich gezeigt, dass günstige Tickets den Umstieg zu Bussen und Bahn befördert. Die Landesregierung stellt dafür im Haushalt 400 Millionen jährlich zur Verfürgung.

Begründung: Der Begriff „ticketfrei“ könnte nicht für alle Menschen allgemein verständlich sein. Beispielsweise könnten Konzepte, die im Ausland existieren, wie die Verwendung des Personalausweises statt eines konventionellen Tickets gemeint sein. Daher möchten wir die Klarstellung hinzufügen.

ÄA 144-L01: Z 1804-1806
Antragsteller*in: KV Emmendingen
Ergänzung in Z 1805-1806

Wir setzen uns für eine Entkriminalisierung von Schwarzfahren ein. Wer ohne Fahrkarte fährt, macht sich bisher strafbar. ~~Gegen diese Kriminalisierung von Armut wenden wir uns entschieden.~~ Wir wehren uns entschieden gegen diese Kriminalisierung von Armut.

Begründung: Die Formulierung „sich gegen etwas wenden“ wirkt passiv. Daher schlagen wir „sich gegen etwas wehren“ als engagierteres, kämpferisches Pendant vor.

ÄA 145-L01: Z 1807-1812
Antragsteller*in: KV Emmendingen
Ergänzung nach Z 1811

Wir setzen uns dafür ein, dass die Landesregierung die Regionalisierungsmittel (die Gelder für den Schienenpersonennahverkehr) von 12,7 Mrd. auf 25,4 Mrd. Euro verdoppelt. Außerdem soll die Landesregierung ein Programm in Höhe von jährlich 500 Millionen Euro zur Finanzierung der kommunalen Verkehrsgesellschaften auflegen, damit der ÖPNV zügig ausgebaut werden kann. Bei der Ausschreibung von Nahverkehrsleistungen soll auf eine ausschließliche Anforderung von Neufahrzeugen verzichtet werden. Auch gut gewartete Bestandsfahrzeuge, insbesondere mit ausreichendem Platzangebot, sollen ausdrücklich zulässig sein.

ÄA 146-L01: Z 1813-1828
Antragssteller*in: Andreas Willhauk (KV Mannheim), mitgezeichnet von KV Mannheim und KV Göppingen, unterstützt durch KV Main–Tauber, KV Pforzheim, KV Konstanz und KV Rems–Murr.
Der Wortlaut von Z. 1813–1828 wird unter Einbeziehung der beiden bisherigen Absätze in drei neuen Kapitel „Bezahlbarer ÖPNV für alle – Deutschlandticket muss bleiben!“, „Ausbau Gütertransport auf der Schiene vorantreiben“ und „Bessere Bahn für alle – mehr Ausbau, Reaktivierung und Neubau“ ersetzt:

Bezahlbarer ÖPNV für alle – Deutschlandticket muss bleiben!

Das Deutschland-Ticket und das Jugendticket BW sind trotz allen seinen Hürden ein Garant für einen besseren und zugänglichen ÖPNV. An diesem Erfolg muss festgehalten werden.

Das Jugendticket BW wurde im Dezember 2023 für 365 Euro im Jahr eingeführt und ersetzte alles an Schüler- und Semestertickets von vorher – zu einem deutlich geringeren Preis. Durch die Preiserhöhung des D-Tickets zum Jahreswechsel 2025 um 9 Euro wurde still und heimlich diese volle Preiserhöhung an das Jugendticket BW weitergegeben. Und damit nicht genug, wurden die Preise 2026 erneut angehoben – ein Wortbruch der Bundesregierung, mitgetragen von den Verantwortlichen im Land. Das

alles darf nicht sein! **Wir sind gegen jede Preiserhöhung des Deutschland-Tickets und des Jugendticket BW.**

Die Linke fordert ein solidarisches Preissystem im ÖPNV. In einem ersten Schritt fordern wir ein flächendeckendes 29-Euro-Ticket, welches kostenfrei für Studierende, Schüler*innen, Auszubildende, Rentner*innen und einkommenslose bzw. einkommensschwache Menschen zur Verfügung steht. Perspektivisch fordern wir einen ticketfreien ÖPNV. Es hat sich gezeigt, dass günstige Tickets den Umstieg zu Bussen und Bahn befördern. Dafür soll die Landesregierung 400 Millionen jährlich im Haushalt zur Verfügung stellen.

Moratorium beim Ausbau von Straßen – Sanierung von Straßen und Brücken

Der Sanierungsbedarf bei den Brücken und Straßen in Baden-Württemberg ist enorm. Die Linke will durchsetzen, dass die Sanierung absoluten Vorrang hat, das heißt auch, dass der Aus- und Neubau von Autobahnen, Autobahnauffahrten und Bundesfernstraßen (z. B. die B31 West) gestoppt wird. Die freiwerdenden finanziellen Mittel, Planungs- sowie Baukapazitäten müssen dringend zur Sanierung eingesetzt werden.

Ausbau Gütertransport auf der Schiene vorantreiben

Eine klimafreundliche Wende geht nur mit Zügen. Die Linke fordert, den Güterverkehr auf der Schiene fit für die nächsten Jahrzehnte zu machen, Baden-Württemberg soll Vorreiter werden. Hierzu müssen wir mehr Kapazitäten auf Schienentrassen bringen, durch Ausbau **und** Neubau. Hoch genutzte Autobahn-Korridore sollen durch Bahntrassen neu erschlossen und so entlastet werden:

- (Mannheim Rbf –) Walldorf – Heilbronn – Schwäbisch Hall – Crailsheim (– Nürnberg) entlang BAB 6
- (Würzburg –) Osterburken – Heilbronn – Stuttgart – Singen (– Zürich) entlang BAB 81

Diese neuen Bahnkorridore sollen an Bestandsstrecken anbinden und, wo sinnvoll, vom Personenverkehr für Regional- und Fernzüge mitgenutzt werden. Das Land soll sich dafür einsetzen, diese neuen Trassen mittels Machbarkeitsstudien zu erörtern und anschließend schnellstmöglich im Bundesverkehrswegeplan als vordringlichen Bedarf einzutragen.

Bessere Bahn für alle – mehr Ausbau, Reaktivierung und Neubau

Seit dem Neun-Euro-Ticket fahren sehr viel mehr Menschen mit der Bahn. Viele Bahntrassen laufen deshalb seit Jahren weit über Kapazität und das Mehr an dringend gebrauchten Züge kann schlichtweg nicht fahren. Nur 71 Prozent der Trassen sind elektrifiziert, viele Strecken sind nur eingleisig.

Die vergangenen Landes- und Bundesregierungen wirken ambitionslos, wenn es um ein Konzept für den Zugverkehr der Zukunft geht. Die jetzige Bundesregierung hat ein 500 Milliarden Euro großes Sondervermögen für Investitionen hinter sich, aber ihr fällt nichts ein, um unsere Infrastruktur des 21. Jahrhunderts würdig zu machen.

Die Linke will frischen Wind und neue Ideen für die Bahn in den Landtag einbringen, deshalb fordern wir:

- Das Land soll eine neue **Gesamtstudie** anfertigen über die technische Machbarkeit der **Elektrifizierung & Zweigleisigkeit aller Bahnstrecken**. Strecken, bei denen dies bereits in Planung ist, sollen im Zeitplan bestmöglich beschleunigt werden. Dort, wo eine Elektrifizierung der Bahnstrecke mittels Oberleitungen nicht möglich ist, kommen batteriebetriebene Züge zum Einsatz. Wasserstoffprojekte im Bus- und Bahnverkehr lehnen wir ab.
- **Hauptkorridore** sollen einen **dichteren Takt mit längeren Zügen** bekommen. Dazu sollen die Bahnsteige auf mindestens 210 m verlängert werden. Als Mindestziel sollte ein landesweit flächendeckender 30-Minuten-Takt gesetzt werden. In den Nächten auf Samstag, Sonntag und Feiertage soll ein gänzlicher Nachtbetrieb eingeführt werden.
- Haltestellen, die vor Jahrzehnten aufgrund ihrer Wirtschaftlichkeit stillgelegt wurden (z.B. entlang Crailsheim – SHA-Hessental, Osterburken – Lauda), sollen wieder für den regulären Haltebetrieb reaktiviert werden.
- **Trassen mit überhoher Auslastung** (z.B. Mannheim – Heidelberg – Bruchsal – Karlsruhe) sollen **viergleisig ausgebaut** werden, sodass S-Bahn und Fern-/ Regionalverkehr eigene Gleise haben.
- Die **S-Bahn Stuttgart** soll auf einen Stammstrecken-Betrieb von 36 Zügen pro Stunde geplant werden (**alle Linien im 10-Minuten-Takt**). Dazu soll das gesamte Streckennetz der S-Bahn mit dem European Train Control System (ETCS) und die Stammstrecke mit Bahnsteigtüren (*Platform Screen Doors*) für einen reibungslosen Betrieb ausgerüstet werden.
- Mit Fertigstellung von **Stuttgart 21** soll direkt mit dem Bau eines dritten und vierten Gleis nach Feuerbach (**P-Option**) zur verkehrlichen Trennung des Fernverkehrs begonnen werden.
- **Die Regionalstadtbahn Neckar-Alb & der Ludwigsburger City-Express (LuCiE) müssen kommen**! Die beiden Regionen brauchen ein robustes und konkurrenzfähiges ÖPNV-Netz, die allen zukünftigen Anforderungen gewachsen sind.
- Das Land soll sich vehement dafür einsetzen, dass die **Planungen** und Umsetzung der **Schnellfahrstrecke Mannheim – Frankfurt** und der **Aus- und Neubaustrecke Ulm – Augsburg nicht auf Eis gelegt** werden. Es kann nicht sein, dass sich die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt selbst kleinste Expansionen ihres Fernverkehrsnetzes nicht leisten will!

- Die Planungen zur **Schnellfahrstrecke Mannheim/Heidelberg – Karlsruhe** sollen beschleunigt werden. Mannheim Hbf soll durch einen Lückenschluss zwischen den SFS nach Frankfurt und Stuttgart/Karlsruhe neue Gleise bekommen, die einen verkehrlich getrennten Betrieb von Fern- und Nahverkehr ermöglichen.
- Wo es nur geht, sollen **stillgelegte und zurückgebaute Bahnstrecken wieder reaktiviert** und bestehende Vorhaben stark beschleunigt werden. (z. B. Zabergäubahn, Lückenschluss Neckarelz – Aglasterhausen, Trasse Heidelberg – Schwetzingen – Speyer etc.)
- **Neue Trassen** sollen **für den Nahverkehr** erschlossen werden (Schwäbisch Gmünd – Göppingen – Kirchheim(Teck), Gaildorf West – Abtsgmünd – Aalen, Heilbronn – Neuenstadt – Möckmühl). Ein Lückenschluss Elzach – Hausach soll geprüft werden, um **direkte Zugverbindungen zwischen Stuttgart und Freiburg** zu ermöglichen.
- Das Land soll sich dafür einsetzen, dass ein **neuer Fernverkehrskorridor Zürich – Stuttgart – Heilbronn – Würzburg – Erfurt** (– Berlin) für bessere internationale und inländische Zugverbindungen erschlossen wird.
- Für den Aus-, Neubau und die Reaktivierung von Strecken fordern wir einen vollumfassenden **Bürokratieabbau** und eine **Digitalisierung** der Prozesse, um eine **einfachere, schnellere und verlässlichere Planung** zu gewährleisten. Zu diesem Zweck setzen wir uns für eine Reform bestehender Regulierungen ein, bspw. durch die Einführung von **Legalplanverfahren** und eines **Stichtagprinzips**.

Nachhaltige Verkehrsinfrastruktur in Kommunen und Städten

Die Linke will durch eine gute nachhaltige Verkehrsinfrastruktur die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der motorisierte Individual- und Güterverkehr deutlich reduziert wird. So können die Innenstädte und Kommunen die verkehrsarmen oder verkehrsfreien Zonen nach und nach ausdehnen. Damit wird Platz geschaffen, um die Kommunen und Städte stärker zu begrünen und Wasser hereinzuholen. Das ist vor dem Hintergrund der Klimaerwärmung dringend notwendig, um die Gesundheit der Einwohner*innen zu schützen und die Städte lebenswert zu machen. Damit es endlich auch in Baden-Württemberg Modellstädte gibt – und nicht nur in anderen europäischen Ländern – setzt die Landesregierung zur Finanzierung ein Programm von 100 Millionen Euro jährlich auf.
Wir fordern daher:

- Das Land setzt sich für die "**Vision Zero**" ein (Null Verkehrstote). Innerorts soll in Städten Tempo 30 gelten und Brennpunkte sollen möglichst schnell verkehrs-beruhigt werden.
- Das Land unterstützt Gemeinden bei der Einführung von flächen- und kostendeckender Parkraumbewirtschaftung. Es soll nach

Vorbild der Stadt Tübingen Preistarife nach Größe des Kfz gelten. Genauso soll eine flächendeckende Einführung des Mobilitätspasses angestrebt werden. Die Finanzierung des Mobilitätspasses soll nach französischem Vorbild um eine Arbeitgeberabgabe ergänzt werden.

- Für lebenswertere Städte fordern wir eine stadtweite Absenkung des Stellplatzschlüssels unter 1. In Neubauten soll der Schlüssel noch zusätzlich gesenkt werden, sofern in nächster Umgebung alternative Mobilitätsangebote wir Carsharing oder Mieträder angeboten werden. So sollen neue Räume für Menschen erschlossen und die Lebensqualität erhöht werden.
- Bei der Erschließung von neuem Wohnraum soll die Nahversorgung und die ÖPNV-Anbindung von Anfang an mitbedacht werden.

Begründung:
Zu Absatz „Bezahlbarer ÖPNV für alle“: Hier wurde der Stichpunkt des Leitantrags (Z. 1797 *ff.*) eingebettet. Das Thema Preiserhöhung und ÖPNV ist zu wichtig, als dass man es einem kleinen Stichpunkt in einer einseitigen Liste unterordnet.

Zu Absatz „Ausbau Gütertransport“: Hauptthese mehr Güter auf die Schienen. Die aktuellen Trassen (Rheintalbahn) sind ausgelastet und nicht allumfassend. Daher müssen neue Trassen gebaut werden. Alles andere wäre unehrlich bzw. NIMBYismus.

Zu Absatz „Bessere Bahn“:

- Einbettung von Z. 1787–1792 im Leitantrag. Erwähnung von Zweigleisigkeit
- Einbettung von Z. 1759–1763 im Leitantrag + Nachtverkehr.
- Einbettung von Z. 1784–1786 im Leitantrag plus Beispiele.
- Zusätzliche Einschübe: selbsterklärend

Zu Stichpunkt Stillgelegte Bahnstrecken & neue Trassen: Dichteres Bahnnetz muss ausgebaut werden. Dazu müssen größere Lücken (*Transit Deserts*) geschlossen werden mit neuen Bahntrassen. Deshalb sind einige Beispiele für eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit notwendig.

Zu Stichpunkt „Fernverkehrskorridor“: Perspektivisch muss eine solche Relation für den Fernverkehr gebaut werden. So kann die Region Heilbronn (Stadt- & Landkreis = ~500.000 Einwohner) zum ersten Mal seit 1991 einen Fernverkehrsanschluss haben.

Zu Stichpunkt „Bürokratieabbau“: Häufige Hürden beim Ausbau sind unzuverlässige Planungen, bei denen unklar ist, wie es um das Projekt steht. Außerdem werden die großen bürokratischen Hürden teils auch von Projekt-ablehnenden Bürgerinitiativen genutzt, um Schritte zu verzögern, sabotieren und aufzuschieben. Berechtigte Einwände werden so im

Gegenzug delegitimiert. Gerade diese aufschiebenden Effekte führen zu Kostensteigerungen und dem Unwillen, neue Infrastrukturinvestitionen zu tätigen.

Zu Absatz „Nachhaltige Verkehrsinfrastruktur“: Grundtext aus dem Leitantrag übernommen, sonst notwendige Ergänzungen und Fachtermini in dem Thema.

ÄA 147-L01: Z 1819-1828
Antragsteller*in: KV Tübingen
Ergänzung in Z 1824

Nachhaltige Verkehrsinfrastruktur in Kommunen und Städten
Die Linke will durch eine gute nachhaltige Verkehrsinfrastruktur die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der motorisierte Individual- und Güterverkehr deutlich reduziert wird. So können die Innenstädte und Kommunen die verkehrsarmen oder verkehrsfreien Zonen nach und nach ausdehnen. Damit wird Platz geschaffen, um die Kommunen und Städte stärker zu begrünen und Wasser hereinzuholen. Auch durch die Abschaffung der Stellplatzverpflichtung in der Landesbauordnung geben wir den Kommunen Spielraum, Platz zu schaffen. Beides~~Das~~ ist vor dem Hintergrund der Klimaerwärmung dringend notwendig, um die Gesundheit der Einwohner*innen zu schützen und die Städte lebenswert zu machen. Damit es endlich auch in Baden-Württemberg Modellstädte gibt – und nicht nur in anderen europäischen Ländern – setzt die Landesregierung zur Finanzierung ein Programm von 100 Millionen Euro jährlich auf.

Begründung: Die Abschaffung der Stellplatzverpflichtung bei Beibehaltung der Möglichkeit, Stellplatzsatzungen zu erlassen, würde den Kommunen in diesem Punkt die Hoheit über die Flächenpolitik geben. Das Land sollte die Kommunen nicht zwingen, Bauherren zu zwingen, Stellplätze zu bauen, wenn die Kommunen das nicht für notwendig halten. Es bestehen hier große Unterschiede zwischen den Gemeinden, deshalb wäre eine flexiblere Landesregelung richtig.

Änderungsanträge zum Kapitel Für eine echte Energiewende

ÄA 148-L01: Z 1854-1863
Antragsteller*in: Ökologische Plattform
Ergänzung in Z 1859

Die Stromproduktion soll sich am Bedarf orientieren, und vor allem gilt es, Speicherkapazitäten auszubauen. Neben der Verkehrswende trägt auch die energetische Gebäudesanierung zu einer Reduzierung des

Energiebedarfs bei. Wir wollen umfangreiche und attraktive Förderprogramme installieren, die ohne komplexe Antragsverfahren auch kleinere Betriebe und Unternehmen bei der Umrüstung unterstützen. Die Kosten für die energetische Sanierung von Wohngebäuden darf nicht auf die Mieter*innen umgewälzt werden. Hausbesitzer die zur Lebenszeit eine Wärmedämmung nicht mehr finanzieren können, müssen unterstützt werden. Wir setzen Anreize zur Energieeinsparung und fördern Technologien mit hoher Energieeffizienz. Dies senkt nicht nur die individuellen Kosten für die Verbraucher, sondern führt insgesamt zu einem geringeren Bedarf an Strom.

Begründung: Kleinvemieter sind oft finanziell bei energetischer Sanierung überfordert. Das sind keine Kapitalisten wie Vonovia oder vermögende Privatpersonen, sondern oftmals auch unsere Sympathisanten in höherem Alter. Typisch ist oft das 2-Familienhaus mit Vermieter im EG und Mieter im OG.

Änderungsanträge zum Kapitel Sozial-ökologische Land- und Forstwirtschaft, Arten und Tierschutz

ÄA 149-L01: Z 1952
Antragsteller*in: LAG Tierrechte & Tierschutz
Ergänzungen ab 1952

- Verpflichtung, in allen Ställen und Schlachthäusern Video-Überwachungssysteme zu installieren, um weitere Transparenz zu schaffen und Missstände direkt erkennen und beheben zu Können.
- Tiertransporte stark begrenzen, insbesondere Langstreckentransporte, und stattdessen regionale Strukturen stärken.
- Finanzielle, personelle und organisatorische Stärkung von Veterinärämtern, um engere sowie unangekündigte Kontrollen in der Nutztierhaltung, bei Tiertransporten und in Schlachtbetrieben zu ermöglichen.
- Landeseigene Flächen sollen bevorzugt an Betriebe vergeben werden, die nachhaltig und tierfrei wirtschaften.
- Förderprogramme und Umstiegshilfen sollen so angepasst werden, sodass Subventionen und Unterstützung gezielt in tierfreie Landwirtschaft wie den Anbau von Hülsenfrüchten, Hafer und Gemüse fließen, statt in die Tierhaltung.

ÄA 150-L01: Z 1974
Antragsteller*in: LAG Tierrechte & Tierschutz
Ergänzungen in Z 1974

- Pflicht zur tierfreundlichen Stadtplanung, etwa durch Taubenhäuser, Wildtierkorridore, Nistmöglichkeiten und Schutz von Lebensräumen in urbanen Räumen.
- Der Wildtierschutz soll ausgebaut werden, indem Schutzprogramme und die Vernetzung von Lebensräumen für wildlebende Tiere gestärkt werden.

ÄA 151-L01 : Z 1978
Antragsteller*in: LAG Tierrechte & Tierschutz
Streichung in Z 1978

- ~~Primatenversuche~~ Tierversuche in Baden-Württemberg verbieten. Alternative Verfahren zu Tierversuchen fördern und als Standard festsetzen.

ÄA 152-L01: Z 1980-1981
Antragsteller*in: KV Pforzheim
Streichung in Z 1980

- **~~Wildt~~Tiere in Zirkusbetrieben sowie Weihnachtskrippen mit lebenden Tieren auf Weihnachtsmärkten verbieten**

Begründung: Die Haltung von Tieren in Zirkussen, ob Wildtiere oder domestizierte Tiere, ist aus mehreren Gründen problematisch und sollte grundsätzlich verboten werden. Tiere leben dort meist in engen Käfigen oder Transportcontainern, die ihren natürlichen Bedürfnissen nicht gerecht werden. Weder Wildtiere noch domestizierte Arten wie Pferde oder Hunde können ihre typischen Verhaltensweisen ausleben, was zu körperlichen Schäden und psychischen Belastungen führt. Besonders große Tiere wie Pferde leiden unter der fehlenden Bewegungsfreiheit und entwickeln oft Muskelschwund oder Konditionsprobleme. Hinzu kommt der enorme Stress durch häufige Ortswechsel, laute Geräusche und die erzwungene Ausführung unnatürlicher Kunststücke. Um diese Auftritte zu ermöglichen, greifen Zirkusse zudem häufig zu fragwürdigen Trainingsmethoden, die auf Zwang oder Strafe beruhen und den Tieren langfristig schaden. Über die gesundheitlichen und psychischen Folgen hinaus bleibt die ethische Frage entscheidend: Tiere für reine Unterhaltung auszubeuten widerspricht einem verantwortungsvollen Umgang mit ihnen.

ÄA 153-L01 : Z 1983
Antragsteller*in: LAG Tierrechte & Tierschutz
Ergänzung in Z 1983

- Kastrationspflicht für privat gehaltene Haustiere bzw. vorrangig für Hauskatzen mit Freigang und unkontrolliertem Kontakt zu anderen

Tieren.

- Qualzuchten sollen verboten und streng kontrolliert werden, um Tierleid durch zuchtbedingte gesundheitliche Einschränkungen zu verhindern.
- Strengere Strafen bei Tierquälerei und konsequente Rechtsdurchsetzung.
- Mit einem Führerschein für Tier- bzw. explizit Hundehaltung Verantwortungsbewusstsein und Wissen zur artgerechten Haltung fordern.
- Die meisten Tierheime werden überwiegend ehrenamtlich betrieben und finanziert. Eine kostendeckende Finanzierung durch das Land sichert das Fortbestehen dieser Einrichtungen, die für die Rettung und Pflege von in Not geratenen Tiere unverzichtbar sind.
- Heimtierschutz durch strengere Regelungen im Handel und Förderung von Adoption statt Kauf.
- Um Verstöße gegen das Tierschutzgesetz auch in der landwirtschaftlichen Tierhaltung konsequenter zu sanktionieren, soll das Tierschutz-Verbandsklagerecht in Baden-Württemberg ausgeweitet werden. Das ermöglicht anerkannten Tierschutzorganisationen, die Rechte der Tiere einzuklagen.
- Jagd stark einschränken, Freizeit- und Trophäenjagd verbieten und stattdessen tierfreundliche Methoden des Wildtiermanagements fördern.
- Importverbote für Produkte, die unter Tierleid entstehen (z. B. Stopfleber, Känguruflеisch, Qualzuchtimporte).
- Verbot von Pelztierhaltung und Handel mit Echtpelzprodukten.
- Die Aufgabe des Landestierschutzbeauftragten soll es in Zukunft zusätzlich sein, regelmäßige Berichte über tierschutzrelevante Verstöße, Empfehlungen und Stellungnahmen zu veröffentlichen. Diese sollen für die Öffentlichkeit auch leicht zugänglich gemacht werden.
- Aufklärung und Angebote pflanzlicher Ernährung und Tierschutzes soll in öffentlichen und gemeinnützigen Einrichtungen im Land gefordert werden. Dabei soll auch im Unterricht Bildungsmaterial integriert werden.
- Nachhaltigkeitskriterien sollen in öffentlichen Ausschreibungen verankert werden, sodass tierleidfreie und klimafreundliche Produkte Vorrang haben.
- Eine generelle Kennzeichnungspflicht für vegane Produkte in allen Mensen, Cafeterien und Einkaufsläden soll eingeführt werden, um es leicht erkennbar zu machen, welche
- Lebensmittel/Essen tierleidfrei sind.
- Aus- und Weiterbildungsprogramme für Köchinnen, Landwirt:innen und Ernährungsberaterinnen im Bereich pflanzliche Ernährung sollen gezielt gefördert werden.
- Schutz mariner Ökosysteme, inklusive Verbot bestimmter Fangmethoden und Förderung pflanzlicher Alternativen zu

Fischprodukten.

Begründung:
hinzufügen

Änderungsanträge im Kapitel Konsequent für Frieden

ÄA 154-L01: Z1984 – 2009
Antragsteller*in: KV Böblingen
Ersetzen von Z1984-2009 durch

Für Frieden und Demokratie

Konsequent für Frieden

Die Linke setzt sich konsequent für Frieden ein. Wir lehnen den Einsatz der Bundeswehr im In- und Ausland ab. Eine starke Armee führt nicht zu mehr Sicherheit, sondern zu mehr Einsatzbereitschaft, diese Armee auch in Kriegen einzusetzen. Wir kämpfen nicht gegen andere Völker sondern verbünden uns mit ihnen gegen ihre Unterdrücker. Der Einsatz von Waffen verursacht Tod und Leid und ist kein Mittel zur politischen Konfliktlösung. Wir wollen keine (jungen) Menschen in sinnlosen Kriegen opfern, sondern unser Land friedensfähig machen!

„Kriegstüchtigkeit“ wie sie bürgerliche Parteien von Grünen über SPD bis CDU fordern, lehnen wir entschieden ab. Ebenso wollen wir nicht, dass Baden- Württemberg zu einem Militär-, Rüstungsforschungs- und Produktionsstandort für Mordwerkzeuge wird. Wir wollen eine Wirtschaft die Menschen dient und nicht zu deren Vernichtung führt.

Angesichts der heranrollenden Klimakatastrophe wollen wir uns nicht auf Rohstoff-Kriege einstellen und unsere Wehrhaftigkeit stärken. Die von der Landesregierung geplanten Ansiedlungen weiterer Rüstungsbetriebe im Land sind kontraproduktiv zum Umwelt- und Klimaschutz. Hoher Treibstoffverbrauch, energieintensive Waffenproduktion, Flächenbrände bei Übungen: Das Militär ist eine der klimaschädlichsten Einrichtung der Menschheit. Die Bundesregierung will bis 2030 die Klimaneutralität der Bundesverwaltung erreichen. Unserer Ansicht nach ist das unmöglich, wenn wir uns anschauen, was durch die Hochrüstung und die sogenannten Bundeswehr-Sondervermögen an neuen Kampfsystemen entwickelt werden soll. Solche Großprojekte sind nicht auf Klimaneutralität ausgelegt.

Wir werden uns nicht am Ausbau der Kriegswirtschaft durch die Landesregierung beteiligen, sondern weiter für Frieden und Abrüstung kämpfen. Unser Land braucht eine zukunftsfähige Wirtschaft und Perspektive für alle Menschen. Es braucht mehr zivile Freiräume und Förderung der Gemeinschaft.

Die Einführung der Wehrpflicht und eines Bundeswehr-Förderungsgesetzes, das Zivilklauseln verbieten würde und der Bundeswehr privilegierten Zugriff auf Forschungsergebnisse und in Klassenräume gewährt, lehnen wir ab. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere nachfolgenden Generationen eine Zukunft haben und wollen sie nicht als Kanonenfutter rekrutieren.

Wir stehen für freie und zivile Bildung und Forschung, die den Frieden und die Zusammenarbeit der Völker unterstützt!
Wir wollen ein Land von dem Friedenserziehung ausgeht und das für ein friedliches Miteinander, für Entmilitarisierung und Rüstungskonversion steht.

ÄA 155-L01: Z. 2004
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Nach Zeile 2004 einfügen:

Wir stehen für freie und zivile Bildung und Forschung, die den Frieden und die Zusammenarbeit der Völker unterstützt!

Die Linke stellt fest, dass die Netanjahu-Regierung, der selbsternannte Faschisten angehören, im Gazastreifen einen Genozid begeht. Sie setzt sich für eine friedliche Lösung des Nahostkonflikts ein und fordert dazu einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand im gesamten Gebiet von Palästina und Israel und einen vollständigen Abzug der israelischen Armee aus dem gesamten Gazastreifen. Unsere Solidarität gilt den Menschen in Israel, Palästina und weltweit, die für ein sofortiges Ende des Krieges und ein Ende der Besatzung kämpfen und sich gegen die ultrarechte Netanjahu-Regierung, die Hamas und die globalen Profiteure wenden. Wir stellen fest, dass die bisher im Landtag vertretenen Parteien sich durch ihre Parteinahme für die Netanjahu-Regierung (siehe z.B. Landtagsdrucksache 17/7593) an deren Verbrechen mit schuldig gemacht haben.

Begründung:
angesichts der immer neuen Verbrechen der Netanjahu-Regierung versteht sich Parteinahme für die Palästinenser:innen in diesem zutiefst asymetrischen Konflikt von selbst. Die angeführte Landtagsdrucksache (https://www.landtag-bw.de/resource/blob/481158/8b4246920920bb2eb5a8fd9489508f0b/17_7593_D.pdf) zeigt, dass jede Behauptung, der Nahostkonflikt gehe die Landespolitik nichts an, Unfug ist. Formulierungen des Antrags sind teils aus dem Chemnitzer Bundesparteitagsbeschluss übernommen (https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/chemnitzer-parteitag/beschluesse-und-resolutionen/detail/news/vertreibung-und-hungersnot-in-gaza-stoppen-voelkerrecht-verwirklichen/)
Ansprechperson: Wolfram Klein

ÄA 156-L01 : Z 2015
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Zeile 2015 bis 2018 ersetzen durch

- ~~keine Subventionen und Fördergelder mehr für Betriebe und Konzerne, die an Forschung und Herstellung von Rüstungsgütern und Kampfstoffen beteiligt sind und immense Gewinne erzielen, sondern Unterstützung für Betriebe, die dem Label Ziviler Betrieb beitreten.~~ Überführung der Rüstungsbetriebe in Gemeineigentum und Konversion in gesellschaftlich sinnvolle Produktion. Die Arbeitsplätze und Tarifverträge müssen erhalten bleiben.

Begründung:
Die Forderung nach Überführung der Rüstungskonzerne steht im Erfurter Programm und im Programm zur Bundestagswahl 2025. Wir sollten nicht dahinter zurückgehen.
Ansprechperson: Wolfram Klein)

ÄA 157-L01: Z 2020
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Nach Zeile 2020 einfügen

- Wir wollen das Geschäft mit dem Krieg beenden und Rüstungsexporte vollständig verbieten.

Begründung:
Eine seit langem erhobene Forderung, die auch so in unserem Bundestagwahlprogramm von 2025 steht.
Ansprechperson: Wolfram Klein

ÄA 158-L01: Z 2024
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Nach Zeile 2024 einfügen

- Wir lehnen die Aufrüstung ab und fordern stattdessen drastische Abrüstung sowie die Verwendung der Sonderschulden der Zeitenwende für die Bundeswehr für Investitionen in die soziale Infrastruktur
- Wir fordern den Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen.

Begründung:
Wir müssen weiter den Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen fordern und auch Abrüstung. Wir können nicht die Position einnehmen, dass wir den Status quo richtig finden. Wir schließen uns nicht der Position an, dass eine Aufrüstung der Bundeswehr die Sicherheit erhöht.

Ansprechperson: Wolfram Klein

ÄA 159-L01: Z 2034
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Nach Z 2034 einfügen:

- Keinerlei Zusammenarbeit des Landes Baden-Württemberg mit der Netanjahu-Regierung oder möglichen ähnlich ausgerichteten Nachfolgeregierungen.

Begründung:
ergibt sich aus Ergänzungsantrag nach Zeile 2004
Ansprechperson: Wolfram Klein

Änderungsanträge zum Kapitel Grundrechte schützen

ÄA 160-L01: Z 2148-2150
Antragsteller: KV Freiburg
Streichen und Ergänzen in Z 2150

Sicherheitskonzepte neu denken: Wir brauchen ein Maßnahmenpaket für Sicherheit mit Investitionen in gesundheitliche und soziale Arbeit, Jugendarbeit, Präventionsarbeit, sowie Unterstützungsmaßnahmen zur Überwindung von Drogenabhängigkeit. ~~und Maßnahmen gegen Drogenabhängigkeit.~~

Begründung: In der ursprünglichen Formulierung wird die Schwere von Suchterkrankungen verkannt, außerdem schwingt ein gewisser Unterton von Kriminalisierung der Betroffenen mit. „Maßnahmen gegen Drogenabhängigkeit“ könnten zudem theoretisch z.B. auch Polizeieinsätze sein.

ÄA 161-L01: Z 2162
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Z 2162 Am Schluss einfügen:

- Grundrechte wie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit wollen wir stärken. Schluss mit schikanösen Polizeiauflagen bei Demonstrationen. Anlasslose Massenüberwachung ...

Begründung:
wir erleben bei Demonstrationen immer wieder, dass die Polizei Auflagen z.B. wegen der Länge von Bannern erlässt oder z.B. bei Palästinademonstrationen Parolen wie „From the river to the sea“ als angebliche Hamas-Parole verbietet, was sie nachweislich nicht ist. Unabhängig davon, ob wir eine Parole richtig finden, verteidigen wir die demokratischen Rechte von Demonstrant:innen.

Ansprechperson: Wolfram Klein

Änderungsanträge zum Kapitel Rechtsstaatlichkeit sichern

ÄA 162-L01: Z 2190
Antragsteller: KV Freiburg
Ergänzung nach Z 2190

- Die Ersatzfreiheitsstrafe muss abgeschafft werden.

Begründung: Die Ersatzfreiheitsstrafe (wird angewandt, wenn Geldstrafen nicht gezahlt werden) ist ungerecht, fördert soziale Benachteiligung und diskriminiert einkommens- und vermögensschwache Menschen. Das Land BaWü kann die Regelung vermutlich nicht im Land umsetzen, sich aber mindestens im Bundesrat zur Reformierung / Abschaffung einsetzen.

ÄA 163-L01:Z. 2197
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
In Z 2197 ergänzen

Zur Sicherung der strukturellen Unabhängigkeit der Justiz wollen wir die Selbstverwaltung der Gerichte und Staatsanwaltschaften durch Justizräte einführen und die Weisungsgebundenheit der Beamt:innen der Staatsanwaltschaft nach § 146 Gerichtsverfassungsgesetz abschaffen.

Begründung:
Da uns ständig gesagt wird, dass in Deutschland die Justiz unabhängig sei, ist es sinnvoll, klarzustellen, dass tatsächlich die Staatsanwaltschaften ganz legal weisungsgebunden sind, bis hinauf zum Justizminister (und damit angesichts dessen, in wie hohem Maße Gerichtsurteile vom Agieren der Staatsanwaltschaft vor und während einem Prozess beeinflusst werden, auch die Justiz insgesamt starkem politisch Einfluss unterliegt). Selbstverwaltung von Staatsanwaltschaften und Weisungsgebundenheit schließen einander aus.
Ansprechperson: Wolfram Klein

ÄA 164-L01: Z 2215
Antragsteller*in: David Schecher, LAG Sicherheitsbehörden
Einfügen nach Z 2214

- **Freiwilligen Polizeidienst zu sozialarbeiterischen Kriseninterventionsteams transformieren:** Wir fordern die Auflösung des vollkommen unzeitgemäßen sogenannten freiwilligen Polizeidienstes. Stattdessen möchten wir die fast 600 Stellen in diesen Bereich professionalisieren und als ersten Schritt

für eine moderne und an der Gesellschaft ausgerichteten Transformation der Sicherheitsbehörden zu einem sozialarbeiterischen Kriseninterventionsteam umgestalten. Aufgaben dieser Teams ist die Begleitung und Unterstützung von Beamt*innen in sicherheitsrelevanten Bereichen zur aktiven Unterbrechung polizeilicher Eskalationsspiralen. Die Leitung dieser Teams soll dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration unterstehen und sozialarbeiterischen, deeskalativen Einsatztaktiken verpflichtet sein.

Änderungsanträge zum Kapitel Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen

ÄA 165-L01 : Z 2216
Antragsteller*in: KV Böblingen
Ersetzung Z 2216-2228
~~Unsere Demokratie in Baden-Württemberg und Deutschland ist nicht perfekt und doch die beste, die wir bisher hatten. Gleichzeitig steht sie von verschiedener Seite unter Beschuss. Bürgerproteste sind durch die Regierungsparteien der Mitte nur gerne gesehen, solange sie ein reibungsloses Durchregieren nicht behindern, Superreiche erkaufen sich mit einer Flut von Lobbyist*innen und gigantischen Parteispenden einen exklusiven Zugang zu politischen Entscheidungsträger*innen. Die autoritäre und extreme Rechte möchte alle, die nicht in ihr Weltbild passen, von der demokratischen Mitbestimmung ausschließen und Deutschland insgesamt autoritär umbauen. Hinzu kommt, dass die momentane Weltlage voller Krisen viele Menschen verunsichert. Existenzängste machen sie anfällig für rechten Populismus.~~
Unsere bestehende bürgerliche Demokratie wird zunehmend bedroht durch den erstarkenden Rechtspopulismus. Unsere Mitmenschen werden noch stärker aufgrund von gesellschaftlichen Zuschreibungen diskriminiert. Hass und Hetze verstärken gegenseitiges Misstrauen und Ängste. Die bunte und vielfältige Gesellschaft für die wir einstehen wird zunehmend in Frage gestellt und von Rechten bedroht.
Bei aller Kritik die wir an der gegebenen politischen Lage haben, müssen wir die bereits erkämpften Errungenschaften weiter verteidigen. Eine demokratische Gesellschaft muss auch daran interessiert sein ihre Vielfalt politisch zu repräsentieren. Wir bleiben weiterhin die Lobby für all Menschen.
Die bürgerliche Demokratie und die kapitalistische Wirtschaftsordnung bedingen einen stärkeren Fokus auf die Interessen der Wirtschaft, statt auf die Bedürfnisse der Bevölkerung. Die ständigen Krisen werden konsequent auf die Bevölkerung abgewälzt und führen zunehmend zu Existenzängsten. Wir wollen wieder den Menschen in den Mittelpunkt rücken und die

demokratische Teilhabe aller stärken. Nur so können wir den Lügen der Rechten effektiv entgegentreten.

~~Diesen Entwicklungen stellt sich~~ Die Linke ~~entgegen. Sie verteidigt die bestehende Demokratie und~~ kämpft ~~zugleich~~ für ~~deren~~ die Ausweitung der Demokratie ~~etwa~~ in Bereiche wie Unternehmen und Wirtschaft und setzt sich für einen besseren Zugang für politische Teilhabe ein. Denn Demokratie ist für uns die Basis unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens, unverzichtbar und muss auch dort Einzug halten, wo bisher von oben nach unten entschieden wird. Dies gelingt über gute Sozialpolitik, die Förderung politischer Bildung, kritischen Denkens und der Fähigkeit zur Empathie, aber auch durch mehr Möglichkeiten für direkte Demokratie und bürgerschaftliche Beteiligung. Es muss den Menschen leichter gemacht werden, sich einzubringen und mitzuentscheiden. Die hierdurch erfahrene Selbstwirksamkeit schwächt autoritäres Gedankengut. Gleichzeitig sagen wir: Kein Schritt nach rechts! Wir setzen uns konsequent gegen menschenfeindliche und diskriminierende Einstellungen ein. Gegen sie vorzugehen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

ÄA 166-L01: Z 2216
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
Z 2216 f. ändern in

~~Unsere Demokratie in Baden-Württemberg und Deutschland ist nicht perfekt und doch die beste, die wir bisher hatten. Gleichzeitig steht sie~~ Unsere demokratischen Rechte stehen von verschiedener Seite unter Beschuss.
[...]
~~Sie verteidigt die bestehende Demokratie und kämpft zugleich für deren Ausweitung etwa in Bereiche wie Unternehmen und Wirtschaft.~~ Wir verteidigen alle erkämpften demokratischen Rechte und kämpfen in allen Bereichen für mehr Demokratie.

Begründung:
Wir betrachten die kapitalistische Gesellschaft nicht als Demokratie, die wir verteidigen, weil sie in Wahrheit eine Diktatur der Banken und Konzerne ist. Wir verteidigen aber erkämpfte demokratische Rechte, die immer mehr beschnitten und von Polizei und Staatsapparat missachtet werden.
Ansprechperson: Wolfram Klein

ÄA 167-L01: Z 2216
Antragsteller*in: KV Mannheim, Theo Glam
Z 2216 ersetzen durch

~~Unsere Demokratie in Baden-Württemberg und Deutschland ist nicht perfekt und doch die beste, die wir bisher hatten. Gleichzeitig steht sie von~~

~~verschiedener Seite unter Beschuss.~~ Demokratie ist ein Prozess, welcher in der Vergangenheit hart erkämpft wurde und weiter ausgeweitet werden muss. Wir dürfen uns nicht auf den aktuellen Errungenschaften ausruhen und uns mit diesen zufrieden geben, sondern uns für weitere Demokratisierung einsetzen um das Maß politischer Teilhabe auszuweiten. Die bisherigen Ergebnisse der Kämpfe stehen nicht auf sicherem Boden und müssen verteidigt werden.

Änderungsanträge zum Kapitel Ehrenamt fördern

ÄA 168-L01 : Z. 2340
Antragsteller*in: KV Böblingen, Vanessa Krause
Ergänzung Unterkapitel „Ehrenamtliche Hilfsorganisationen“ nach Z. 2340

Ehrenamt stärken – Bevölkerungsschutz sichern

Mehr als 90 % des Zivil- und Katastrophenschutzes in Deutschland werden von Ehrenamtlichen getragen: beim Deutschen Roten Kreuz, THW, DLRG, ASB, Feuerwehr, Maltesern, Johannitern sowie in Wohlfahrtsverbänden wie Caritas und Diakonie. In Baden-Württemberg engagieren sich mehrere 100.000 Menschen in solchen Organisationen – sie leisten unverzichtbare Arbeit bei Naturkatastrophen, Großschadenslagen und im Alltag. Doch obwohl sie unser aller Sicherheit garantieren, fehlt es an Anerkennung, Absicherung und politischen Rahmenbedingungen. Der Nachwuchs fehlt, die Motivation sinkt. Das Ehrenamt wird allein gelassen.

Ehrenamtliches Engagement verdient höchste Anerkennung – es darf jedoch nicht dazu missbraucht werden, staatliche Verantwortung zu ersetzen und personal- und Sachkosten einzusparen.

Die Linke fordert deshalb ein umfassendes Landesförderprogramm zur Stärkung ehrenamtlicher Hilfsorganisationen. Wir wollen die Einsatzfähigkeit dieser Strukturen langfristig sichern und das Ehrenamt attraktiv und gerecht gestalten.
Ehrenamtliche Organisationen brauchen eine verlässliche Grundfinanzierung für Personal, Ausrüstung und Infrastruktur – unabhängig von Spenden. Zusätzlich sollen einsatzbezogene Mittel bei Katastrophenlagen bereitgestellt werden und nicht staatliche Hilfsorganisationen müssen mit staatlichen gleichgestellt werden, das heißt gleiche Bedingungen für alle Einsatzkräfte.

Steuerliche Entlastungen für Ehrenamtliche und unterstützende Arbeitgeber*innen sowie eine gerechte, einheitliche Aufwandsentschädigung für geleistete Stunden sind überfällig.

Echte Mitbestimmung ist ebenso zentral: Ehrenamtsbeiräte auf Landesebene sollen bei Förderentscheidungen mitreden können. Vor Ort müssen Organisationen von Anfang an in kommunale Projekte einbezogen werden. Für die Stärkung und Qualifizierung braucht es kostenfreie Schulungsangebote, den Ausbau von Ausbildungsstätten, Mentoring-Programme und die Anerkennung von Einsatzzeiten als rentenrelevante Leistungen.
Jugendgruppen und soziales Engagement müssen aktiv gefördert werden, um Nachwuchs zu sichern.
Auch die Infrastruktur vieler Organisationen muss modernisiert werden – von geschlechtergerechten Umkleiden bis hin zur digitalen Ausstattung.
Ein landesweiter Versicherungs- und Sicherheitsfonds soll Schutz bei Einsätzen, Übungen und Ausbildungen garantieren – inklusive Absicherung für Angehörige im Todesfall.
Gesellschaftliche Anerkennung darf nicht bei Sonntagsreden enden. Wir wollen landesweite Kampagnen für das Ehrenamt, sichtbare Wertschätzung vor Ort und konkrete Vorteile: einen Ehrenamtsbonus für Mobilität, Kultur und Bildung, Wohnraum- Initiativen für Ehrenamtliche sowie einen gesetzlichen Freistellungsanspruch und Lohnfortzahlung bei Einsätzen und Ausbildungen. Niemand soll Urlaub opfern müssen, um Leben zu retten.
Ehrenamt darf nicht am Papierkram scheitern. Wir fordern den Bürokratieabbau, standardisierte Verfahren und echte Unterstützung im Verwaltungsalltag.

Die Linke steht an der Seite derer, die sich freiwillig für das Gemeinwohl einsetzen. Sie verdienen Respekt, Sicherheit – und endlich die politische Unterstützung, die ihre Arbeit verdient.

Änderungsanträge zum Abschluss

ÄA 169-L01 : Z 2360
Antragsteller: Antikapitalistische Linke (AKL)
nach Z. 2360 einfügen

Liebe Wählerinnen, liebe Wähler,

ja, ein langes Programm mit vielen guten, wichtigen Forderungen - Die Linke hat viel vor! - aber es ist auch noch nie so viel nötig!
Wir versprechen: Wir bringen frischen Wind in den Landtag, wir werden eine Opposition, die sich endlich diesen Namen verdient.
Die Linke versteht sich als moderne sozialistische Partei der arbeitenden Klasse. Wir haben den Anspruch, die Interessen all jener zu vertreten, die dazu gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten – also die übergroße Mehrheit in unserer Gesellschaft. Die Stärke all dieser Menschen liegt darin, sich zusammenzuschließen im Bewusstsein ihrer gemeinsamen Interessen.

Wir können also im Landtag nicht ohne unsere gemeinsamen Kräfte außerhalb des Landtags das kapitalistische System überwinden.
Wir brauchen uns alle, jede und jeden von euch:
Wir rufen euch alle auf, nicht nur Die Linke zu wählen, sondern mit uns gemeinsam für eurer Interessen zu kämpfen.
Wir wollen gemeinsam die Macht der 99% aufbauen gegen die Herrschenden in diesem Land!
ALLE WOLLEN IN DEN LANDTAG - WIR WOLLEN DAS LAND VERÄNDERN - MIT EUCH!
NIEMALS ALLEIN - IMMER GEMEINSAM!

BEGRÜNDUNG:
Wichtig ist am Schluss das Versprechen für unseren Einsatz und der Appell, uns zu wählen und gemeinsam zu kämpfen.
Ohne Schluss hört das Programm bei einem Punkt plötzlich auf. Die Lesenden – falls sie überhaupt soweit im Programm durchgekommen sind – nehmen das Programm nach gut 50 Seiten wohl etwas erschöpft aus der Hand. Deshalb zum Schluss ein emotionaler Impuls in direkter Ansprache wie bei der Einleitung, um sie endgültig auf unserer Seite zu ziehen unter Aufnahme der auf den Landtagswahlkampf ausgerichteten leicht veränderten Parole aus dem Bundestagswahlkampf und unserer bewährten Parole der Solidarität, in die nun auch die Wähler:innen mit einbezogen werden.
Ansprechperson: Werner Ott

Änderungsanträge zu P1

ÄA 1-P1: Z. 80
Antragsteller*in: geschäftsführender Landesvorstand
Ergänzung in Zeile 80

Über die Höhe des zusätzlichen Beitrags ist Einvernehmen mit dem Landesvorstand vertreten durch die/den Landesschatzmeister:in herzustellen.

ÄA : Z. 93
Antragssteller*in: Kreisverband Heidelberg / Badische Bergstraße
Ergänzung ab Zeile 93:

9. Der Landesparteitag fordert die Mandatsträger:innen unseres Landesverbandes in Bundestag, Landtag und Gemeinderatsfraktionen auf, für verfügbare Jobs öffentlich oder mindestens mitgliederöffentlich Stellenausschreibungen zu veröffentlichen. Dies ermöglicht Bewerbungen aus Kreisverbänden und Regionen, die keine eigenen Mandate oder Fraktionen haben. Gleichzeitig stellen wir Transparenz über bezahlte

Posten in unserer Partei her und stärken damit den basisdemokratischen Mitgliedergedanken unserer Partei.

Begründung des Antrages:
Transparenz hört bei den Mandatsträger:innen selbst nicht auf. Auch bezahlte Stellen schaffen Machtverhältnisse und können zu Abhängigkeiten führen. Um diesem Risiko entgegenzuwirken, können wir die Vergabe von bezahlten Stellen transparenter gestallten. Gleichzeitig können sich so mehr Menschen einbringen. Der Antrag richtet sich nicht gegen die Mandatsträger:innen oder bisherige Angestellte in unserer Partei. Stattdessen soll er helfen, einen guten Rahmen für mehr Mitbestimmung und Transparenz zu etablieren und ein Verständnis für Personalbudget und die damit einhergehenden Prozesse bei den Mitgliedern zu schaffen.

Änderungsanträge zu I1

ÄA 1-I2: Z. 16
Antragsteller*in: geschäftsführender Landesvorstand
Streichung von Z. 49-50

~~II. Wir unterstützen die „Aktionszeitung – für eine Verkehrsindustrie mit Zukunft“ (https://aktionszeitung.de/) und beteiligen und an ihrer Verbreitung.~~

Begründung:
Erfolgt mündlich.

Änderungsanträge zu I2

ÄA 1-I2: Z. 16
Antragsteller*in: geschäftsführender Landesvorstand
Teilüberweisung an den Landesauschuss

Der 9. Landesparteitag, 3. Tagung, beschließt die Zeilen 7-33 und überweist die Zeilen 35-119 an den Landesausschusses.

Begründung:
Erfolgt mündlich.